Sommer 2019
Nr. 75, 25. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt







Inhaltsverzeichnis

Editorial

In dieser Sommerausgabe des grünen blatts machen Energiethemen wieder einen deutlichen Schwerpunkt aus. Das liegt einerseits an der allseits präsenten Klimakrise und den damit zusammenhängenden Protesten gegen die Politik und den Lebensstil in den mächtigsten Ländern der Welt. Das Thema Klima hat es sogar geschafft, zu einer Änderung der politischen Landschaft nicht nur im Europaparlament beizutragen. Andererseits gelingt es der Atomlobby tatsächlich wieder mehr und mehr Menschen auch in der angeblich atomkraftaussteigenden BRD durch manipulative Behauptungen, Ausblendungen und Falschaussagen in den Glauben zu versetzen, dass es nötig sein könnte, diese altmodische Katastrophentechnologie weiter nutzen oder gar ausbauen zu müssen.

Wir freuen uns, dass uns Texte bereitgestellt wurden, die sich mit Sprache und deren Bedeutung insbesondere im Kontext von Geflüchteten-Unterstützung oder auch ganz allgemein mit Strategien der Kommunikation befassen. Ein Artikel setzt sich mit Mehrfachdiskriminierungen und deren immer noch nicht vollends in den emanzipatorischen Diskursen erfassten Realitäten auseinander. Mit einem kurzen Überblick zu dem Vorpreschen einiger aggressiver Politiker*innen die Rote Hilfe e.V. verbieten zu wollen, möchten wir hier insbesondere unsere Solidarität zum Ausdruck bringen.

Jenseits der inhaltlichen Beiträge geht unsere Arbeit an der Konzeption und Neuausrichtung des grünen blatts weiter. Darüber informiert einerseits der Artikel auf der nächsten Seite, andererseits möchten wir eure Wünsche, Meinungen und Vorschläge zum Stand und zur Weiterentwicklung unseres Magazins mit einer Umfrage erfassen. Bitte beteiligt euch daran und sprecht auch andere Interessierte darauf an, die das grüne blatt vielleicht nur als Leseexemplare in Cafés oder Infoläden in die Hand bekommen.

Die Redaktion



Mit diesem Icon weisen wir im Heft auf zusätzliche Informationen auf der Internetseite vom grünen blatt hin. Beispielsweise, wenn wir nur einen Auszug abdrucken konnten oder die Referenzangaben nicht ins Heft gepasst haben - dann findest du diese online.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Falk Beyer, Jean Trauerweide, Jes, Leo, Hanni, Onno Oncken, Jörg Bergstedt u. a.

Redaktion
Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Iolanthe, Jan Kummerfeldt, Susann Baehs, Zimt

Satz und Layout
Dominik, Falk Beyer, Iolanthe, Jan Kummerfeldt, Zimt

Bildnachweis
Cover und Rückseite:
Grafik: Zimt
Hintergrundbild: pexels/pixabay

Auflage: 900 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100 % Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden. Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und/oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.

Update aus der Redaktion

redaktion Seit dem konzeptuellen Neustart des grünen blatts versucht die Redaktion im Redaktionsprozess wieder mehr Raum für Reflexion herzustellen. Nachdem die letzte Ausgabe mit Hilfe des neuen Konzepts erschienen ist, soll es hier einen Überblick darüber geben, was die derzeitige Redaktion bisher aus diesem Versuch gelernt hat.

Zeitpläne

Sowohl vor als auch nach dem Erscheinen der Ausgabe drehte sich in der Redaktionsarbeit viel um das Thema Zeitpläne und Fristen. Diese wurden in den letzten Jahren eher wenig eingehalten, was unter anderem dazu führte, dass kaum Zeit war, über eingereichte Artikel zu reden. Der Austausch über die Inhalte unseres Hefts ist aber wichtig, um die Zeitschrift inhaltlich zusammen zu halten. Weitere Folgen von nicht eingehaltenen Fristen sind, dass Prozesse wie Korrekturlesen und Layout sowie der Druck der Ausgabe entweder verschoben werden müssen, weil es schlicht nichts zu layouten gibt, oder dass sie unter mehr Zeitdruck stattfinden. Das wiederum bedeutet eine potentielle Überarbeitung – etwas, das wir vermeiden wollen. Genauso ist es wichtig, die Kapazitäten der Mitmachenden richtig einzuschätzen. Um genug Zeit für Diskussion, Korrektur und Layout zu haben, wird die Deadline für Artikel ab dieser Ausgabe strenger gehandhabt – was zu spät kommt, kommt im Zweifelsfall nicht mehr ins Heft!

Schon für die vorige Ausgabe hatten wir einen recht detaillierten Zeitplan mit vielen Zwischenschritten ausgearbeitet, der vor allem auf den Erfahrungen früherer grünes blatt-Redaktionen fußte. Erwartungsgemäß ließ sich nicht alles perfekt umsetzen, weswegen wir versucht haben, die Planung der nun vorliegenden Ausgabe an die beobachteten Abläufe beim letzten Mal anzupassen. Ob das wirkungsvoll war, wissen wir letztlich erst wieder im Nachhinein. Dies ist auch ein wichtiges Element der aktuellen Arbeitsweise der neuen Redaktion: Wir nehmen uns Zeit, nicht nur die inhaltliche Entwicklung des grünen blatts zu analysieren, sondern auch unsere Arbeitsprozesse, Zusagen und deren Verlässlichkeit, aufgetretene Probleme und Lösungsmöglichkeiten. Auch die Methoden und Techniken, die wir für die Redaktionsarbeit anwenden, verändern sich teilweise. So sind wir mehr und mehr weg von den prominenten, aber stark von Überwachung und Datensammlung betroffenen Werkzeugen wie Dropbox und Skype zu Anwendungen übergegangen, die ebenfalls einfach handhabbar sind, aber auf privaten Servern aufgesetzt und mit vertrauenswürdigerer Software betrieben werden.

Qualität

Wir haben den Anspruch, nicht nur neue Ausgaben zu produzieren, sondern auch gute. Dies führte dazu, dass die Redaktion angefangen hat zu erarbeiten, welche Qualitätskriterien an Artikel im grünen blatt eigentlich angelegt werden sollen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und wird uns auch in Zukunft beschäftigen. Eine bisher wichtige Erkenntnis des Prozesses war es, dass die Zielstellungen "hohe Standards" und "niedrige Mitmachhürden" ein herausforderndes Spannungsfeld darstellen. Eigens geschriebene, gut ausgearbeitete Artikel setzen Zeit und Energie voraus. Auch erfordern Qualitätsanforderungen aus der Redaktion von den Autor*innen, sich nach dem Einreichen von Artikeln noch auf Überarbeitungen einzulassen und hierfür weitere Energie und Zeit aufzubringen. Da das grüne blatt auf unbezahlter Arbeit basiert, stoßen wir hier verständlicherweise an Grenzen. Zudem soll es weiterhin möglich sein, dass auch weniger erfahrene Autor*innen Artikel veröffentlichen können.

Mit dem neuen Redaktionskonzept, dass einerseits auf höhere inhaltliche Qualität und andererseits auf ein besseres zwischenmenschliches Arbeiten abzielt, haben wir eine virtuelle Redaktionskonferenz eingeführt, die einige Tage nach der Artikeleinreichungsfrist stattfindet und der Ort ist, wo auf Schwierigkeiten der Verständlichkeit von Artikeln aufmerksam sowie Verbesserungsvorschläge gemacht werden können und grundsätzlicher Einspruch gegen die Veröffentlichung von eingereichten Texten erhoben werden kann (das grüne blatt ist kein "offenes Medium" mehr, das alles abdruckt, was uns erreicht). Das heißt nicht, dass wir in binärer Logik entscheiden: "das kommt rein, das nicht". Wie schon früher bemühen wir uns um konstruktive Lösungen gerade bei kontrovers diskutierten Beiträgen. Die guten Ideen, die im Laufe der Phase als offenes Medium entwickelt wurden, wie mit problematischen Inhalten umgegangen werden könnte, wollen wir auch zur Anwendung bringen.

Mitmachen!

Am letzten Juniwochenende findet in Magdeburg ein Redaktionstreffen derzeit Beteiligter und neuer Interessent*innen statt. Leider wird es bereits vorbei sein, wenn du dieses Heft in den Händen hältst, aber falls du Interesse an der Teilnahme gehabt hättest, lass es uns wissen! Wir werden uns sicherlich demnächst wieder für ein weiteres Treffen verabreden.

Was uns als Redaktion auch beschäftigt, ist die Frage, was unsere Leser*innen eigentlich über das grüne blatt denken. Deshalb gibt es mit dieser Ausgabe eine Umfrage, die ihr entweder online oder hinten in diesem Heft (Seite 37/38) beantworten könnt. Bitte nutzt diese Möglichkeit und helft uns, damit das grüne blatt zu verbessern!

Daneben freuen wir uns auch über Menschen, die interessiert sind, sich an der Redaktionsarbeit zu beteiligen. Entweder aktiv in der Kerngruppe, die auch das neue Konzept weiterentwickelt und dieses Projekt verbessern und ausbauen möchte, oder als partielle Unterstützer*in/Mitwirkende in konkreten Bereichen, wie Layout der Druckausgabe, Korrekturlesen, Illustrationen oder Titelbilder entwerfen, das grüne blatt bekannter machen oder Gelder für die Finanzierung der Kosten besorgen.

Weiterhin sind wir auf selbstgeschriebene Artikel und Beiträge von euch angewiesen. Das können Sachtexte, Analysen, Interviews, Kommentare, Prosatexte, Cartoons, Fotoserien oder andere Beiträge sein. Die Vielfalt dieses Magazins hängt ganz von den Zusendungen ab, die uns erreichen!

Geflüchteten-Soliarbeit – Welche Worte, wann und warum

Warum sprechen einige von „Flüchtlingen“, andere von „Geflüchteten“ oder benutzen die englischen Begriffe „refugees“, „non-citizens (Nicht-Staatsbürger*innen)“ oder gar „freedom fighters (Freiheitskämpfer*innen)“?

Und warum finden wieder andere alles unpassend?

Manchmal scheint es, als ginge es mehr um die ‚korrekten‘ Begriffe als um die Inhalte der individuellen und politischen Handlungen. Manchmal scheitert die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Gruppen daran, dass nicht die scheinbar ‚richtigen‘ Begriffe benutzt werden. Viele fühlen sich von diesen – oft in akademischen Zirkeln geführten - Diskussionen eingeschüchtert oder haben das Gefühl, dies hätte nichts mit den Problemen des Alltags zu tun.

Ist Sprache nun tatsächlich so wichtig, wenn es doch eigentlich darum geht zu handeln?

Ja, finden wir. Warum? Weil Sprache einen großen Einfluss darauf hat, wie wir über unterschiedliche Themen denken. Denn wir denken in Wörtern und Bildern, die sich in Sprache ausdrücken. Dadurch ist Sprache wichtig dafür, wie wir die Wirklichkeit verstehen (können). Darum ist es notwendig, darüber nachzudenken, welche Metaphern wir benutzen, was sie in uns auslösen und welche Interessen dahinter stehen könnten.

Fragen wir uns doch einmal, welche Bilder uns in den Kopf kommen, wenn wir zum Beispiel das Wort „Asylbewerberflut“ hören? Das Wort ‚Flut‘ steht normalerweise für eine Naturkatastrophe. Wenn es um Flucht und Migration geht, wird auffällig oft in einer Sprache gesprochen, die an eine Katastrophe denken lässt. Was hat das für Konsequenzen? Die flüchtenden Menschen werden so als Teil einer Naturkatastrophe und einer bedrohlichen ‚Masse‘ wahrgenommen. Dies kann dazu führen, dass eine Bevölkerung die Flüchtenden „klaglos“ aufnimmt, denn einer Naturkatastrophe kann man ja nicht entkommen. Meist wird diese Metapher aber benutzt, um das Gegenteil zu



provozieren: um in Aufnahmegesellschaften die Ansicht zu verbreiten, die Geflüchteten müssten mit entsprechenden Gegenmaßnahmen – wie eine ‚Flut‘ – eingedämmt werden.

Auch der oft verwendete Begriff „Flüchtlingskrise“ legt nahe, dass die flüchtenden Menschen das Problem seien und nicht beispielsweise ein die Flucht auslösender Krieg. Auch wird durch so eine Sprache ignoriert, dass unzureichende Aufnahmestrukturen und mangelhafte Organisation in den Aufnahmeländern (zum Beispiel in Deutschland) die ‚Krise‘ ausgelöst haben könnten. Dadurch werden menschengemachte Phänomene aus ihrem geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang gerissen. Geflüchteten Menschen die Berechtigung für ihre Migration abzusprechen, wird dadurch sehr viel leichter!

Denn: Sprache wird als politisches Instrument benutzt

Wir beobachten, wie in den Medien und in der Politik ein unsensibler oder offen rassistischer sprachlicher Umgang mit Flucht und Migration genutzt wird, um Flüchtende zu verunglimpfen, als Bedrohung darzustellen oder ihre Rechte einzuschränken.

Auch aus diesem Grund ist der Begriff „Flüchtlingskrise“ problematisch, denn er ignoriert die politische Verantwortung der Länder, in welchen flüchtende Menschen ankommen. Aber die ‚Krise‘, die spätestens seit dem Sommer der Migration 2015 sehr häufig so genannt wurde, hatte vor allem mit überforderten Aufnahmestrukturen zu tun. Dies führte zu Unterbringungen in Turn-hallen und Containern oder den unzumutbaren Zuständen vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo).

Warum aber war Deutschland offenbar so überfordert? Dies lag nur zum Teil an der hohen Zahl von Ankommenden, die innerhalb weniger Wochen über Österreich nach Deutschland kamen. Es lag vor allem daran, dass die deutsche Politik seit vielen Jahren die Strukturen für Geflüchtete zurückgebaut hat. Das heißt: Es gab weniger Unterbringungsplätze, weniger Personal beim Jugendamt, Sozialamt, Ausländerbehörden und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sowie viel zu wenig Sprachkurse, etc. Auf Ebene der Europäischen Union hatten insbesondere die Mittelmeerländer Italien, Spanien und Griechenland seit vielen Jahren auf die nun eingetretene hohe Anzahl Geflüchteter nach Europa hingewiesen, die sich aus den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umbrüchen im Nahen Osten, unter anderem durch den Arabischen Frühling und den Krieg gegen Libyen ausgelöst, ergeben würden. Doch

Deutschland und andere Länder schlugen diese Warnungen demonstrativ in den Wind und unternahmen zu wenig, um sich auf die zu erwartende Migration vorzubereiten. Vielleicht dachte die Bundesregierung, sich durch das Dublin-System abschotten zu können.

Kurz: Die ‚Krise' ist auch eine Krise der Politik, die zu erheblichen Mängeln geführt hat. Von ihr als „Flüchtlingskrise" zu sprechen, verschleiert diesen Zusammenhang. Da dieser Begriff dennoch momentan so viel genutzt wird, kann es aber sinnvoll sein, von der ‚sogenannten Flüchtlingskrise' zu sprechen, um auf die Problematik hinzuweisen, die dieser Begriff ausdrückt.

Sprache schafft Menschenbilder

Auch der Begriff ‚Flüchtling' reduziert die Menschen auf diese eine – wenn auch prägende – Erfahrung der Flucht. Die Nachsilbe ‚-ling', dient in der deutschen Sprache der Verniedlichung und – wenn wir einmal darauf achten – auch einer negativen und abwertenden Beschreibung. So zum Beispiel der Wüstling, der alles kaputt macht und gewalttätig ist, der Feigling, der sich nichts traut, der Neuling, der noch nicht so viel weiß und keine Erfahrung hat. Darüber hinaus beschreibt die Nachsilbe ‚-ling' den Begriff oder die Person als männlich. Somit gibt es keine weibliche Form von ‚Flüchtling'. Frauen, die sich ebenso wie Männer auf gefährliche und extrem anstrengende Fluchtrouten begeben, werden damit nicht benannt. Viele Menschen reden deshalb von „Geflüchteten". Zum einen ist diese Begrifflichkeit geschlechtsneutral und keine Verniedlichungsform, zum anderen ist "geflüchtet" ein Adjektiv, das uns dazu einladen kann, zu bedenken, dass es sich um geflüchtete Menschen handelt, die so individuell und unterschiedlich sind wie alle anderen auch.

Warum ist Sprachpolitik wichtig für Unterstützungsarbeit?

Etwas anderes ist es, wenn wir selbst Geflüchtete sind und dann von uns selbst in einer bestimmten Form sprechen. Einige sagen: „Wir sind non-citizens (Nicht-Staatsbürger*innen)." Andere sagen bewusst: „Wir sind Flüchtlinge und führen einen politischen Kampf für unsere Rechte."

Wenn wir Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind, haben wir aber beim Reden über Geflüchtete eine privilegierte Position, eine sprachliche Verantwortung und sollten die jeweiligen unterschiedlichen Selbstbezeichnungen akzeptieren.

Wie oben beschrieben, formt unsere Sprache die Denkmuster, mit denen wir unsere Umgebung und die anderen Personen in ihr erfassen. Für solidarische Unterstützungsarbeit ist es entscheidend, dass wir versuchen, uns gegenseitig auf Augenhöhe zu begegnen. Es ist wichtig, Menschen als Individuen wahrzunehmen, die sehr unterschiedlich auf Situationen reagieren, zum Beispiel auf die Strukturen in einer neuen Unterstützungsgruppe, oder auf Alltag oder Isolation im Lager.

Keiner der von uns benutzten Begriffe ist immer richtig. Der Begriff ‚Geflüchtete' wird – zurecht – vielfach kritisiert. Denn auch deutsche Behörden benutzen in letzter Zeit vermehrt ebenfalls die Begriffe ‚Flüchtlinge' und ‚Geflüchtete'. Als Flüchtlinge werden die bezeichnet, die Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung haben, als Geflüchtete die, die keine Chancen auf ein Bleiberecht haben. Hier wird versucht, zwischen „guten" und „schlechten" Neuankommenden zu unterscheiden. Darum wird auch der Begriff ‚Geflüchtete' wahrscheinlich bald nicht mehr angemessen sein.

Es geht uns auch nicht darum, abschließend einen ‚korrekten' Begriff vorzuschlagen, denn diese sind auch immer abhängig von Zeitpunkt und Situation. Viel wichtiger ist es uns, Denkprozesse über die Denk- und Handlungsmuster anzustoßen, die sich in Begriffen verstecken können. Bei dieser Reflexion über Sprache geht es uns keinesfalls darum, Begriffe einfach zu ersetzen. Denn die ‚korrekte' Bezeichnung für eine gesellschaftliche Gruppe oder ein Phänomen ist noch lange nicht ausreichend. Selbst wer die scheinbar ‚richtigen' Begriffe benutzt, kann damit etwas ‚Falsches' sagen. Die eigene Sprache zu überdenken und zu verändern ist nur ein Element auf dem Weg zu besseren Verhältnissen, nicht dessen Ende. Kritisches Denken muss sich auch – und vor allem – in Handlungsweisen widerspiegeln.

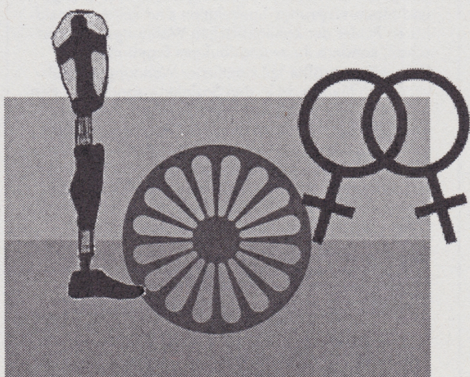
Gay, Gipsy, Gimpy

jes Gay, gypsy and jew - our country is so proud of you (homosexuell, Roma und Jude - unser Land ist so stolz auf dich), heißt die zentrale Liedzeile eines populären Liedes der Gruppe "RotFront". Sicher gibt es nicht viele Menschen, die genau diesen Gruppen, die gesellschaftlich diskriminiert werden, angehören. Aber ganz sicher ist es kein Zufall, dass dies genau diejenigen Gruppen waren, die aufgrund ihrer Geburt oder Identität im Nationalsozialismus umgebracht wurden.

Man muss "RotFront" zugute halten, dass sie schon drei Gruppen gemeinsam besingen und damit nicht vergessen, dass es verschiedene Opfer des Nationalsozialismus gab. Eine weitere Gruppe haben sie vergessen, welche im Nationalsozialismus per se als nicht lebenswert galt: Behinderte, also Menschen, die von der Gesellschaft behindert werden, weil sie nicht die Fähigkeiten haben, die angeblich normal sind.

Aktuell wie immer

Auch wenn die Zeit des Nationalsozialismus mittlerweile fast 75 Jahre her ist, sind dieselben Gruppen noch immer extrem benachteiligt. Nur die Schwerpunkte haben sich etwas verschoben. Nach einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung "Verlorene Mitte - Feindselige Zustände"[1] stimmen noch immer 5,1% klassischen antisemitischen Vorstellungen zu, aber die Abwertung von Roma und Sinti beträgt erschreckende 24,7%. Größere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich nur noch in der Abwertung von Langzeitarbeitslosen mit 51,4% und am stärksten bei Asylsuchenden mit 52,9%. Sicher auch ein Ergebnis des rechten Diskurses bis in die linken Parteien hinein.



Die Diskriminierung von Asylsuchenden ist dabei aber immerhin gesellschaftlich und medial oft ein Thema und daher allgemein bekannt. Die beständige Abwertung von Roma schafft es dagegen eher selten in die Medien. Höchstens wenn ein*e Mitarbeiter*in mal schriftlich und damit unübersehbar in eine Akte schreibt: „Leichter Zigeunereinschlag; besser nichts anbieten!", schafft es diese Form der Diskriminierung in die Medien.[2] Andere Akteure der Gesellschaft, wie der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Thomas Nitzsche, der auf seiner Website ungeniert vor den Gefahren des "fahrenden Volkes" warnt[3], bekommen hingegen kaum Aufmerksamkeit.

Auch Homosexuelle, die in weiten Teilen der Gesellschaft in Deutschland mittlerweile akzeptiert werden, leben noch immer in Lebensgefahr, wie man leider unter anderem an den Anschlägen in Orlando[4], Tel Aviv[5] oder London[6] sieht. In vielen Ländern droht Homosexuellen sogar die Todesstrafe, und noch 2013 wurde Albanien als das homosexuellenfeindlichste Land Europas bezeichnet.[7] Und obwohl sich einige Politiker*innen der rechten Parteien in Europa als Verteidiger*innen der Homosexuellen darstellen, stellen sie gleichzeitig immer offener ihre Rechte infrage. So kämpfte die AfD zum Beispiel gleichzeitig "gegen die volkserzieherische Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen"[8], so als ob Homosexuelle es in Deutschland einfacher hätten als Heterosexuelle, und gleichzeitig sieht sie sich als "einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland"[9]. Die Diskriminierung ist noch nirgends in Europa zu Ende.

Intersektionalität

Was bei all den Berichten und Statistiken fast immer vergessen wird, ist dass ein Mensch gleichzeitig mehrere Diskriminierungen haben kann. Das Lied von RotFront besingt diese Intersektionalität sogar, also die Tatsache, dass Menschen von mehreren Diskriminierungen gleichzeitig betroffen sein können. Denn ihre fiktive Person ist jüdisch, Roma und homosexuell. Aber gerade weil die Kombination aus jüdisch, Roma und homosexuell selten ist, hat dieses Lied eine Besonderheit, die verhindert, dass man es vergisst, selbst wenn man es nur ein einziges Mal gehört hat.

Dabei sind andere Kombinationen durchaus häufig. Roma zum Beispiel sind aufgrund der Diskriminierungen, die sie in vielen Ländern erleiden müssen, häufiger Asylsuchende. Dasselbe gilt auch für Homosexuelle. Andere Kombinationen hingegen sind wieder seltener, weil es zum Beispiel für Behinderte ungleich schwerer ist, überhaupt zu fliehen und damit Asylsuchende zu werden. Trotzdem gibt es auch sie.

Das Asylrecht, oder was im Einzelfall davon übrig ist

Nach dem Nationalsozialismus wurde in das deutsche Grundgesetz der Paragraf 16a eingeführt, der jedem Menschen, der politisch verfolgt wird, Asyl garantiert. Dies war eine der Lehren, welche aus der Verfolgung und Diskriminierung im Nationalsozialismus gezogen wurden. Damit in Zukunft Menschen ein Land haben, in das sie fliehen können, wenn sie aufgrund ihrer Geburt oder ihres politischen Engagements nicht dort, wo sie sich aufhalten, leben können. Vielleicht etwas, auf dass man in diesem Land wirklich stolz sein könnte, wenn dieses Recht denn noch existieren würde.

Am 06. Dezember 2018, dem Tag, an dem Millionen Kinder Süßigkeiten von einem imaginären Nikolaus bekommen, wurde Fllanxa Murra aus Taucha von Polizist*innen mit Gewalt abgeholt und abgeschoben. Dabei wurden ihr zwangsweise Medikamente verabreicht, und sie trug von ihrer Abschiebung Hämatome davon. In Albanien wurde sie dann direkt vom Flughafen in eine Psychiatrie eingewiesen.[10]

Fllanxa Murra ist homosexuell, Roma und hat keine Beine mehr. Nicht, dass sie nicht noch weitere Diskriminierungsmerkmale hätte. Sie ist auch arm, eine Frau, mehrfaches Gewaltopfer und war auch Asylsuchende. Und das sind nur offensichtliche Benachteiligungen von denen ich weiß. Aber wenn schon drei der Diskriminierungen, die im Nationalsozialismus tödlich waren, nicht ausreichen, um in Deutschland Asyl zu bekommen, braucht man sich auch nicht weiter zu bemühen, oder? Das Asylrecht schützt nicht mehr. Und sie ist leider kein Einzelfall

Solidarität muss praktisch werden...

RotFront singen später im selben Lied: "You must stand up and say it loud" (Du musst aufstehen und es laut sagen). Aber zu Fllanxa wurde zu wenig geschrieben. Und laut wurde fast niemand. Dabei könnte genau das Fllanxa helfen. Denn nach Einschätzung ihres Anwaltes in Deutschland waren sowohl der negative Asylbescheid als auch die Abschiebung illegal. Aber wenn jetzt niemand aufsteht und laut wird, dann sinken ihre Chancen, Recht zu bekommen.

Natürlich ist sie leider nur einer von vielen Fällen, in denen Menschen die Grundrechte verwehrt werden. Jamal M. zum Beispiel war als suizidal bekannt und beging auch unmittelbar nach seiner Abschiebung nach Afghanistan Suizid.[11] Und wieviele Menschen exakt nach ihren Abschiebungen gestorben sind, weiß niemand. Aber Fllanxa lebt und für eine Person aufzustehen, kann auch anderen helfen. Wir müssen eben nicht nur für Fllanxa aufstehen, aber auch für sie. Wie es auch im Lied heißt "we need a true friend" (wir brauchen einen wahren Freund). Und das ist es, was Fllanxa jetzt braucht, Menschen, die wirklich für sie da sind.

Es geht darum, die Grundrechte für alle zu verteidigen. Auch das ist Teil des Liedes. In einer Aufzählung wird als Ziel "We can love who we choose" (Wir können lieben wen wir aussuchen) für die Homosexualität erwähnt. Dass man dazu aber auch dort sein muss, wo so etwas möglich ist, wird viel zu leicht übersehen. Fllanxa Murra muss das Recht haben, zu leben, wo sie will, leben, wie sie will, und die größtmögliche Sicherheit bekommen, die sie als vielfach Diskriminierte haben kann.

Einige Gruppen, wie die "Kirchengemeinde Taucha" oder die "Lesben gegen Rechts Leipzig", sind dafür auch schon aufgestanden. So konnte Fllanxa mittlerweile in eine eigene Wohnung in Albanien ziehen und hat auch ihre Prothesen, welche sie bei der Abschiebung nicht mitnehmen konnte, nachgeschickt bekommen. Trotzdem ist sie weiterhin vielfach bedroht und kann z.B. kaum ihre Homosexualität leben.

Daher: Helft mit. Unterstützt sie, indem ihr den Fall bekannt macht, spendet, wenn ihr Geld habt, schreibt Artikel oder Abgeordneten. Macht Aktionen. Erinnert auf Demos an sie und verhindert, dass dieser Fall vergessen wird.

Damit auch endlich der Schluss des Liedes Realität werden kann. Dort heißt es: "Let her choose the way she likes to" (Lass sie den Weg wählen, den sie sich wünscht). Denn sie ist gay, gipsy and gimpy.

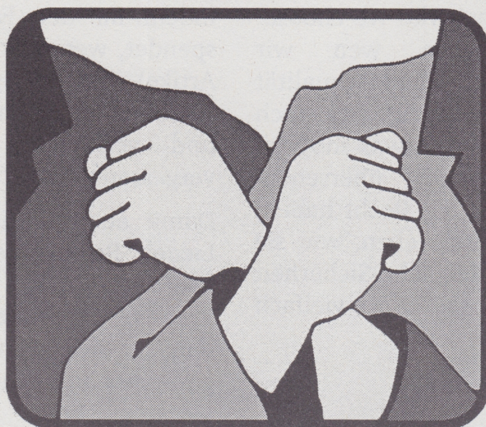
Quellen:

1 https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie/
2 http://www.taz.de/!5581417/
3 https://ob-jena.com/2018/10/23/raeumung-droht-die-letzte-woche-offizielle-duldung-fuer-den-wagenplatz-in-jena-loebstedt-laeuft/
4 https://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_von_Orlando_am_12._Juni_2016
5 https://www.n-tv.de/panorama/Anschlag-auf-Homosexuelle-article444003.html
6 https://philosophia-perennis.com/2019/01/19/london-maennergruppe-veruebt-saeure-anschlag-auf-homosexuelle/
7 https://web.archive.org/web/20130521082437/http://www.gaystarnews.com/article/albania-most-anti-gay-country-europe260313
8 https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf
9 https://afdkompakt.de/2017/09/20/alice-weidel-im-exklusiv-interview-mit-philosophia-perennis/
10 http://www.taz.de/Abschiebung-nach-Albanien/!5559408/
11 https://www.n-tv.de/politik/Familie-beerdigt-Afghanen-Jamal-M-article20532318.html

Kein Verbot der Roten Hilfe!

Jes Im Moment arbeiten verschiedene Stellen im Staat daran, die Arbeit von kritischen Organisationen zu erschweren. So hat der Bundesfinanzhof Attac die Gemeinnützigkeit entzogen und damit die Arbeit extrem behindert.

Noch weiter geht aber nun die Forderung des Bundesinnenministers Horst Seehofer den Verein "Rote Hilfe e.V." gleich zu verbieten. Als Begründung behauptet er in einem Artikel im Focus, als Gegenleistung zur juristischen und finanziellen Unterstützung durch die Rote Hilfe dürften "die Delinquenten keine Aussagen bei der Polizei machen und müssen sich verpflichten, auch nach verbüßter Strafhaft den 'revolutionären Straßenkampf' fortzusetzen." Gegen diese Falschbehauptung hat die Rote Hilfe e.V. eine einstweilige Verfügung durchgesetzt. Focus, Focus online, wie auch dem Verfasser des Artikels wird es damit verboten, diese nachweislich falsche Aussage zu verbreiten. [1]



"Diese Aussage ist entweder schlecht recherchiert oder soll Repressionsdruck gegen die Rote Hilfe e.V. erzeugen. Beides lassen wir uns nicht bieten. Seit über 40 Jahren unterstützt unser Verein linke Aktivist*innen im Fall von staatlicher Repression während sozialer Proteste wie Demonstrationen gegen Rechts, für Klimagerechtigkeit, die Rechte von Geflüchteten, internationale Solidarität und Frieden. Außerdem verteidigen wir die politischen Grundrechte und engagieren uns in Bündnissen zum Beispiel gegen die neuen autoritären Polizeigesetze oder Verschärfungen im Asylrecht. Unsere Arbeit ist legitim und leider auch bitter nötig in diesen Zeiten. Gegen Verunglimpfungen wehren wir uns vor allem politisch, nutzen aber auch juristische Mittel wie in diesem Fall." [2]

Gemäß ihrer Satzung unterstützt die „Rote Hilfe" dabei alle, die für die Ziele der Arbeiter*innenbewegung, die internationale Solidarität, den antifaschistischen, antisexistischen, antirassistischen, demokratischen und gewerkschaftlichen Kampf sowie gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg eintreten. [3]

Mittlerweile erhält die Rote Hilfe Unterstützung von vielen Seiten. So gibt es Solidaritätserklärungen aus nahezu allen Spektren der politischen Linken: unter anderem vom Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V., Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Neue Richtervereinigung e.V., der Humanistischen Union, der Interventionistischen Linken, von parteinahen Jugendverbänden wie ['solid], Jusos oder der Grünen Jugend, von Abgeordneten der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, migrantischen Verbänden, libertären Initiativen bis zu zahlreichen antifaschistischen Gruppen. (1 u.3)

Auch direkt bei der Roten Hilfe e.V. werden mehr Menschen aktiv. Seit dem Interview gab es mehr als 800 Neueintritte und somit hat der Verein nun mehr als 10 000 Mitglieder. So bleibt die Hoffnung, dass die Rote Hilfe gestärkt aus diesem Angriff hervorgeht.

Quellen:
1:http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/Kein%20Verbot%20der%20Roten%20Hilfe_.pdf
2: https://www.rote-hilfe.de/news/bundesvorstand/959-rote-hilfe-e-v-setzt-einstweilige-verfuegung-gegen-den-focus-durch-erhoehte-mitgliederzahl-durch-welle-der-solidaritaet
3: https://www.rote-hilfe.de/news/bundesvorstand/919-rote-hilfe-e-v-ist-politische-akteur-in-und-leistet-legitime-

Verbotsdiskussion von 2018

Nachdem die Mitgliederzahlen der Roten Hilfe laut Verfassungsschutzbericht von 2006 mit 4300 Unterstützern in 35 Ortsgruppen auf 8000 Unterstützer in 51 Ortsgruppen im Jahr 2016 gestiegen waren, engagierte sich 2018 der Bundestagsabgeordnete Armin Schuster (CDU) für ein Verbot der Organisation durch das Innenministerium unter Horst Seehofer (CSU). Laut Auffassung der Bundesregierung leiste die Rote Hilfe „linksmotivierten Straf- und Gewalttätern politische und finanzielle Unterstützung". Der Verein diskreditiere das Rechtssystem pauschal als „Gesinnungsjustiz". Seine Unterstützung für linke Straftäter gehe „über den Bereich einer zulässigen Verfassungskritik hinaus". Auch trete er für eine „mit dem Grundgesetz unvereinbare sozialistisch-kommunistische Staatsordnung" ein. All dies seien „verfassungsfeindliche Ziele". Das Innenministerium äußerte sich zu „etwaigen Verbotsüberlegungen" nicht öffentlich. Das Nachrichtenmagazin Focus berichtete hingegen im November 2018, dass Seehofer die Rote Hilfe tatsächlich verbieten wolle.

Dies wurde von der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) als ein „rein politisch kalkuliertes Manöver" kritisiert. Die Jusos forderten auf ihrem Bundeskongress die SPD dazu auf, „das angekündigte Verbot zu verhindern", da sich die Rote Hilfe für Grundrechte engagiere. Die Bundestagsabgeordnete Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, ihr seien keine Gründe bekannt, die ein Verbot rechtfertigen würden.

Quelle:
https://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Hilfe_(Verein)#Geschichte



Ankettblockade eines Kohlezuges bleibt straffrei

Es war die erste Ankettblockade eines Kohlezuges. Im August 2012 kettete sich eine Gruppe von fünf Aktivisten mit Unterstützung weiterer, unbekannt gebliebener Personen auf der damaligen Hambachbahn fest und legte so für mehrere Stunden die Transportstrecke für Braunkohle vom Tagebau in das Kraftwerk Niederaußem lahm. Das Besondere an der Aktion: Es war die erste ihrer Art, und sie hatte gleich zwei Ziele. Zum einen sollte sie die Debatte um Klimawandel und Kohleausstieg befeuern, die damals noch ganz am Anfang stand. Zum anderen aber sollte sie der noch zaghaften Klimabewegung Mut machen, über symbolische Aktionen hinauszugehen. Nicht zufällig fand die Blockade kurz nach der Besetzung des Hambacher Forstes statt. Beide und dann folgend viele weitere solcher direkten Aktionen hoben den Protest auf ein neues Niveau, welches sich bis heute immer weiter gesteigert und inzwischen zu einem - nicht ausreichenden - Ausstiegsszenario der vor einigen Jahren noch kohlefreundlichen Politik geführt hat.

Einen solchen Erfolg wünschen die Aktivisten von 2012 nun all denen, die seitdem wegen vieler weiterer Aktionen vor Gericht gestellt würden. "Freispruch für alle und Kohleausstieg sofort - das bleibt unser Ziel und Wunsch. Wir ketten uns weiter an, wo es nötig ist! Schafft 1, 2, 3 ... viele Hambis - nicht nur beim Klimaschutz!"

"Ich bin zufrieden. Unsere Aktion hat Aufsehen erregt und viele Nachahmer*innen gefunden, die es zum Teil sogar viel besser gemacht haben. Das war unser Ziel. Anders als in den ersten Jahren nach der Aktion brauchen wir den Prozess jetzt nicht mehr, um Widerstand in Gang zu schieben."

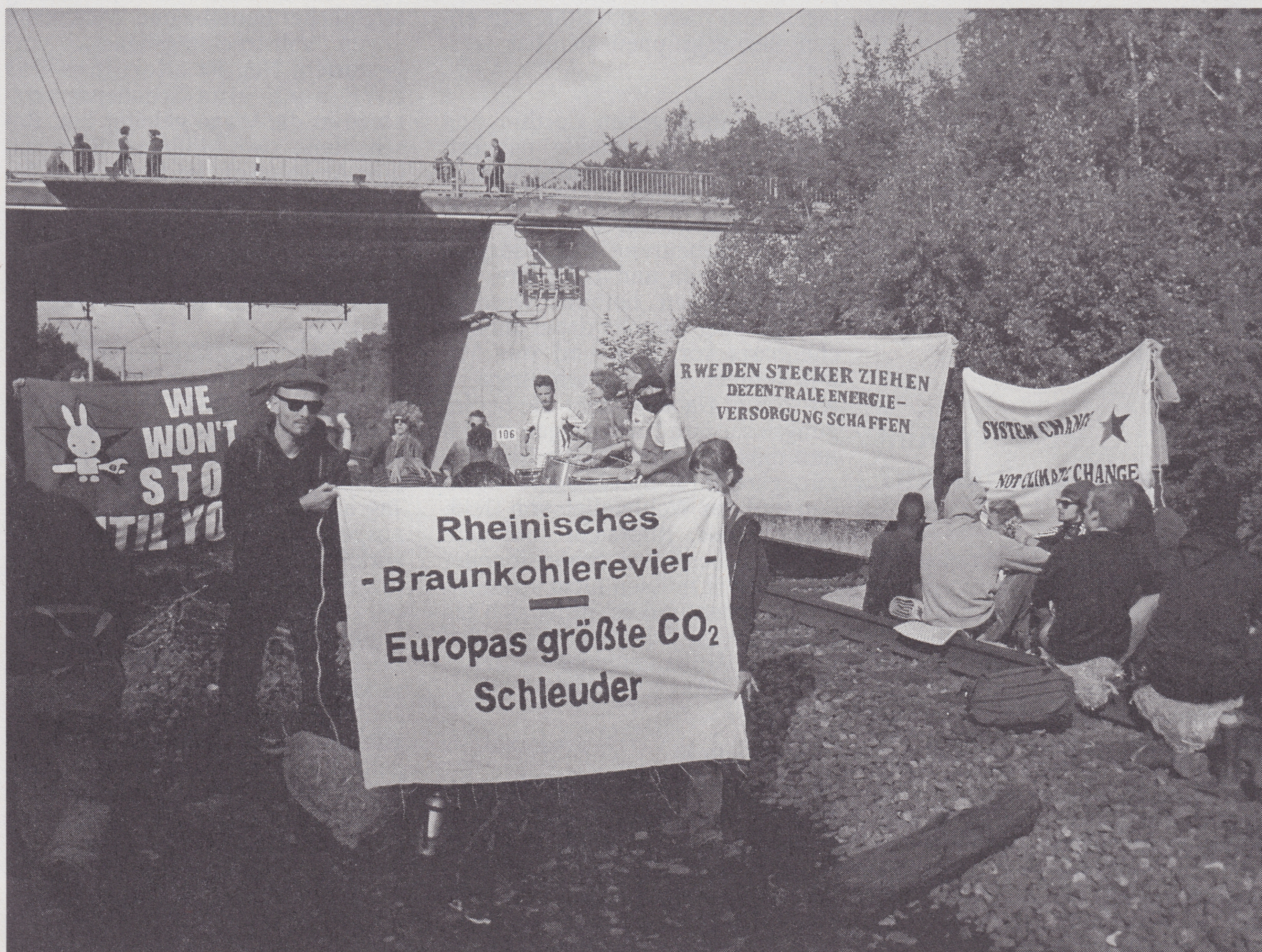
Jörg Bergstedt

Beschluss zur Verfahrenseinstellung:

http://www.projektwerkstatt.de/media/text/kohle_strafrecht_190213einstellung.pdf

Internetseite zum Prozess (nach Erhebung der Anklage):

http://www.projektwerkstatt.de/index.php?p=14017



Don't shut up – Shut down!

Im November 2017 fand die Klimakonferenz COP23 in Bonn statt. Begleitet wurde diese von vielseitigem Protest: Demonstrationen, kreativen Aktionen, einem Alternativgipfel und einer Ende-Gelände-Massenaktion. Am 15.11.2017, dem dem Tag, an dem die „Klima-"Kanzlerin Merkel in ihrer Rede bei den Klimaverhandlungen mal wieder hohle Phrasen von sich gab, den Klimawandel zur Schicksalsfrage der Menschheit erklärte und versprach, Deutschland würde sich zur Einhaltung der Ziele „an die Arbeit machen" ohne dabei ein Wort über einen baldigen Kohleausstieg zu verlieren – an diesem Tag drang eine Gruppe von Aktivist*innen in das Gelände des Braunkohlekraftwerks Weisweiler ein, besetzte dort mit technischen Hilfsmitteln über mehrere Stunden die Kohlezufuhr und erzwang dadurch das beinahe vollständige Abschalten des Kraftwerks. Das Kraftwerk musste im Laufe des Vormittags um 92% gedrosselt werden. Drei von vier Blöcken wurden ganz abgeschaltet. Damit wurde gezeigt: Es gehen nirgendwo die Lichter aus, auch wenn RWE und dem Konzern wohlgesonnene Politiker*innen das regelmäßigen behaupten.

Warum Kleingruppenaktionen?

Seit Jahren wächst die aktivistische Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Was vor acht Jahren mit Klimacamps und Kohlezugblockaden mit wenigen hundert Menschen begann, zieht inzwischen mehrere Tausend Menschen aus ganz Europa jedes Jahr ins Rheinland und andere Braunkohlereviere. Ende Gelände hat es geschafft, mit großen Massenaktionen Berichterstattung zur besten Sendezeit zu bekommen, damit viele Menschen über die Thematik zu informieren und zu empören. Das zeigt, dass Massenaktionen einen wichtigen Beitrag leisten, um Themen in die Breite zu tragen. Aber sie sollten unser Meinung nach nicht die einzige Antwort der Klimagerechtigkeitsbewegung auf die globale Ungerechtigkeit und die fortlaufende Zerstörung von Lebensgrundlagen sein. Wir wünschen uns ein qualitatives Wachstum der Bewegung, das durch immer größere Massenaktionen nicht automatisch erreicht wird. Steigende Aktivist*innen-Zahlen bei Großaktionen bedeuten nicht unbedingt auch eine nachhaltige Organisierung in Strukturen. Außerdem wird inzwischen schon ein Gleichbleiben der Zahlen medial und bewegungsintern als Misserfolg gewertet. Wir begrüßen deshalb, dass sich der Fokus in den letzten Jahren mit skillsharingevents, Unterstützung von Kleingruppenaktionen und vielen neugegründeten Klimagruppen zumindest ein Stück weit verlagert und mehr Aktivitäten in engen Bezugsgruppen sichtbar werden.

Aktivist*innen gehen dorthin und stören, wo die Scheiße passiert. Nicht nur in Braunkohlegebieten; auch überall sonst, wo der Kapitalismus, Rechtsruck, Sexismus und globale Ausbeutung dafür sorgen, dass Menschen und Tiere ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Kleingruppen können dabei unberechenbarer vorgehen und zum Teil mit weniger Aufwand wirkungsvoller stören. Dabei können sie bedingungsloser ihre Forderungen stellen und müssen nicht auf die Gemeinnützigkeit ihrer Bündnispartner*innen und das Wohlwollen von Geldgeber*innen Rücksicht nehmen. Auch die Leitlinien professioneller Pressearbeit müssen nicht strikt befolgt werden und es öffnet sich ein Spielraum für Experimente und den Aus- und Aufbau eigener Medien.

Warum wurde diese Aktion durchgeführt?

Mit der Aktion wollten die Aktivist*innen aktiv in die Klimazerstörung eingreifen. Dabei sollte auch gezeigt werden, dass es nicht viele Menschen braucht, um einen messbaren Effekt zu erreichen. Mit der Ortswahl wollten sie das Spielfeld für Aktionen, das sich bisher (abgesehen von einer spontanen Kraftwerksbesetzung in der Lausitz) weitestgehend auf Tagebaue, Kohlebagger und die Zugverbindung beschränkt hatte, auf die Kohleversorgung im Kraftwerk erweitern. Andererseits wollten sie die internationale Medienpräsenz um die COP nutzen, um zu zeigen, dass die „Lichter" selbst dann nicht „ausgehen", wenn eines der größten Kohlekraftwerke Europas ausfällt.

2 Millionen Euro Schadensersatz? Portokasse?

Inzwischen sind die Repressionsorgane aktiv geworden. Fünf Aktivist*innen (alle anderen Beteiligten konnten nicht identifiziert werden) wird Hausfriedensbruch, Störung öffentlicher Betriebe und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Neu ist allerdings das RWE auch eine Schadensersatzklage in die Wege geleitet hat. Bescheidene zwei Millionen Euro soll ihre Anwaltskanzlei einklagen. Sowohl von der Klage wegen Hausfriedensbruch, als auch von der Forderung nach 2 Millionen Euro ist auch ein Fotograf betroffen, der die Aktion journalistisch begleitete.

Europas größter Klimakiller, dessen Kraftwerke weltweit Lebensgrundlagen zerstören, will also Millionen von einer Gruppe Menschen, die einen kleinen Teil des Schadens verhindert hat, den der Konzern jeden Tag anrichtet. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass RWE wirklich die Hoffnung hegt, von den Angeklagten auch nur einen Bruchteil der geforderten Summe zu bekommen. Sollte das Verfahren nach ihren Vorstellungen verlaufen, dürfte klar sein das die Aktivist*innen zahlungsunfähig sein werden. Warum also der ganze Aufwand? Es geht um Einschüchterung. Offensichtlich wollen sie Menschen unbedingt davon abhalten, in Zukunft vergleichbare Aktionen zu machen.

Lebensversicherung für eine widerständige Existenz

Die Klage kommt nicht überraschend. In der Vorbereitung der Aktion wurde dieses Szenario von den Aktivist*innen in Betracht gezogen. Es gab bisher nur wenige Beispiele für die Drosslung von Kraftwerksblöcken durch eine so überschaubare Gruppe. Aber was würde es heißen, wenn RWE wirklich Erfolg haben sollte? Die Betroffenen haben dann die Möglichkeit eine Vermögensauskunft abzugeben. D.h. das sie für 30 Jahre – danach werden die Schulden getilgt – nicht mehr als ca. 1000 Euro im Monat verdienen dürfen. Außerdem kann die*der Gerichtvollzieher*in bei ihnen zu Hause vorbei kommen, um wertvolle Gegenstände zu pfänden. Vielleicht vermutet die Leser*innenschaft dieser Zeitschrift ja bereits, dass die Angeklagten weder über ein monatliches Einkommen von über 1000 Euro verfügen noch ein Eigenheim vorzuweisen haben, dass ihnen weggepfändet werden könnte. Es ist durchaus möglich das Leben so einzurichten, dass RWE wirklich keinen Cent zu Gesicht bekommt. Aber die Zeiten ändern sich doch! Kommt nicht für alle irgendwann der Moment, in dem mensch sich mal etwas leisten möchte? Oder einfach die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft zu groß werden und ein Einlenken erzwingen. Job, Kinder, eine gute Ausbildung, eine geräumige Wohnung und mal nett Essen gehen? Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist, was das Alter betrifft, durchaus divers. Trotzdem wird auf jedem Klimacamp oder Plenum deutlich, dass die meisten Aktivist*innen unter 30 sind. Ein Berg Schulden ist somit zumindest eine Absicherung die Menschen vor einer Existenz ohne widerständigen Alltag und Aktivismus bewahrt. Für viele also durchaus eine Überlegung wert. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass derartige Gedanken aus einer privilegierten Position geäußert werden. Für Menschen, die aufgrund von Rassismus Schwierigkeiten haben eine Wohnung zu finden, ist es vielleicht keine Option sich auch noch durch einen Schufa-Eintrag das Leben schwer zu machen. Oder wie ist es mit Menschen, die schon immer schwer arbeiten mussten, um über die Runden zu kommen und sich im Notfall nicht auf ein gutsituiertes Elternhaus verlassen können? Nichtsdestotrotz ist „Von uns kriegt ihr nix!" eine kraftvolle Aussage, durch die die Einschüchterungsversuche durch RWE zurückgewiesen werden. Direkte Aktionen gegen die fossilen Industrien stehen in Solidarität mit den Betroffenen des Klimawandels, den Millionen von Menschen, die jetzt schon unter der Zerstörung leiden, und den hunderten von Millionen, die in den nächsten Jahrzehnten darunter leiden werden.

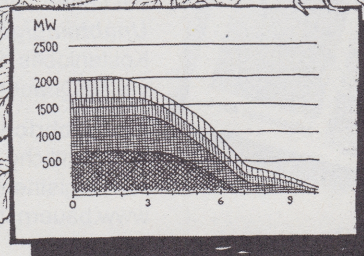
Die Kampagne WeDontShutUp

Mehr Informationen:

http://www.wedontshutup.org

Aktivistisches Workshop-Angebot:

http://www.zuckerimtank.net



Friedensaktivistin geht ins Gefängnis – Solidaritätsaufruf

Der Friedensnobelpreis für ICAN im letzten Jahr hatte große Signalwirkung, die Bewegung für eine atomwaffenfreie Welt wird ernst genommen. Durch die Aufkündigung des sogeanannten INF-Vertrags zwischen den USA und Russland, ist die Gefahr jedoch noch längst nicht gebannt... Europa wird zwischen den "Atommächten" zu einer potentiellen Angriffsfläche, wo Atomwaffen stationiert sind, gibt es diese Bedrohung.

Kurz um, auch dieses Jahr wird im August wieder an Hiroshima und Nagasaki erinnert damit sich die Geschichte nicht wiederholt und dafür, dass wir die unmenschliche und unkontrollierbare Gefahr, die uns die Atomkriegsuhr (Doomsday Clock) vergegenwärtigt, und die momentan auf 2 Minuten vor 12 Uhr steht, eines Tages endgültig bannen können. Aus aktuellem Anlass schreibe ich, um auf eine Aktivistin aufmerksam zu machen, die für ihre Überzeugung, der deutschen Regierung auch das Unrecht dieser ganzen Angelegenheit vor Augen führen zu müssen ins Gefängnis kam! Der Prozess sollte nicht aus Mangel öffentlichen Interesses einfach vergessen werden!

Ins Gefängnis für eine atomwaffenfreie Welt

Traditionell wurde ziviler Ungehorsam mit freiwilligen und unfreiwilligen Gefängnisaufenthalten schon häufig verbunden. „Was für eine Wucht hat das, als unschuldiger Mensch ins Gefängnis zu gehen" fragte schon Thoreau. In der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung war die Kampagne „jail for bail" zum Massenphänomen geworden und hat großen politischen Druck erzeugt. Auch andere gewaltfreie Bewegungen nahmen bewusst Gefängnisaufenthalte in Kauf, auch viele Aktive in der deutschen Friedensbewegung der 80iger Jahre setzten ein starkes politisches Zeichen für ihren schließlich erfolgreichen Widerstand gegen die neue Atomwaffenbewaffnung.

An diese Erfahrungen knüpft Clara Tempel (23 Jahre) vom Jungen Netzwerk für politische Aktionen (Junepa) mit ihrem Entschluss an, einen Teil der verhängten Tagessätze im Gefängnis abzusitzen. 2016 besetzte sie mit acht weiteren Aktivist*innen die Startbahn auf dem Atomwaffenstützpunkt Büchel, um zumindest für eine kurze Zeit die /völkerrechtswidrige atomare Teilhabe Deutschlands /und die deutschen militärischen Übungsflüge zum Atomwaffenabwurf zu unterbinden. Sie wurde deshalb zu 30 Tagessätzen verurteilt. In allen nachfolgenden Instanzen konnte dieses Urteil nicht aufgehoben werden, so dass sie zur Zeit zusammen mit ihrer Mitklägerin eine Verfassungsbeschwerde eingereicht hat, um endlich vom obersten Gericht die Völkerrechtswidrigkeit dieser atomaren Teilhabe feststellen zu lassen und deshalb ihr Handeln vom Recht gedeckt sei. Das Urteil wurde trotzdem vorläufig rechtskräftig und damit vollstreckbar. Ein Teil der 30 Tagessätze wurde als solidarische Aktion von anderen Atomwaffengegner*innen übernommen. Mit dem Entschluss, ihre restliche „Geldstrafe" als „Ersatzfreiheitsstrafe" abzugelten, ist kein Schuldeingeständnis verbunden. Nach wie vor ist sie überzeugt, dass der Regelübertritt Hausfriedensbruch angesichts des großen Unrechts, das von diesen Übungsflügen ausgeht, nicht nur moralisch legitim, sondern auch legal vor dem Gesetz ist und sie somit, von der Verfassung verpflichtet (siehe Artikel 25 GG), gesetzeskonform gehandelt hat. Mit der Entscheidung, die Ersatzfreiheitsstrafe von 7 Tagen am 21.3.2019 in Hildesheim anzutreten, verband Clara die Hoffnung, den bisher unbeachteten ständigen Völkerrechtsbruch der deutschen Bundesregierung stärker in die Gesellschaft zu tragen und dafür zu sensibilisieren.

Es gab während ihres Gefängnisaufenthaltes vielfältige Aktionen, die im Internet, Newsletter und durch Pressearbeit veröffentlicht wurden. Claras Stimme ist hörbar und sichtbar, denn auch jetzt finden wieder Proteste in Büchel statt: Die deutsche Atomwaffenpolitik braucht eine Umkehr.

Onno Oncken

Diese Petition bitte auch unterschreiben, sie ist an Frau Merkel adressiert.

https://aktion.nuclearban.de/node/9

ICAN unterstützen:

https://atombomber-nein-danke.de

oder schauen ob er / sie mal Zeit hat nach Büchel zu reisen dieses Jahr

http://www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden/artikel/528edbdd66c0fec84383f0e403747c41/mach-mit-aktionspraesenz2019.html

Aufruf zu Solidarität mit der russischen Umweltorganisation Ecodefense

Teilnehmer*innen der Atommüllkonferenz, Anti-Atom-Initiativen und Einzelpersonen protestieren mit einer Petition gegen sich verschärfende, repressive Maßnahmen der Putin-Administration gegen die russische Nichtregierungsorganisation Ecodefense.

Im Juli 2014 hatte das russische Justizministerium die Umweltorganisation Ecodefense zu Ausländischen Agenten erklärt – nach erfolgreichen internationalen Protesten: Beispielsweise konnten Urantransporte aus dem westfälischen Gronau in verschiedene Zwischenlager unter freiem Himmel an russischen Standorten beendet werden, der Bau eines Atomkraftwerkes in der Exklave Kaliningrad wurde verhindert. Ecodefense spielte zusammen mit südafrikanischen Aktivist*innen eine Schlüsselrolle beim Stopp des Projektes zum Bau von 8 russischen Atomreaktoren in Südafrika. Die Nichtregierungsorganisation (NGO) darf seither stärker überwacht und zusätzlich kontrolliert werden. Ecodefense setzt sich stets gegen die Vorwürfe seitens des russischen Justizministeriums zur Wehr und betont seine Unabhängigkeit. Bisher wurden mehrere Strafbefehle gegen die NGO erlassen, denen Ecodefense nicht nachgekommen ist. Lediglich einem persönlichen Strafbefehl gegen den Direktor der NGO wurde Folge geleistet, um ihn persönlich nicht weiter dem Druck der Staatsmacht auszusetzen.

Justizministerium eskaliert

In der ersten Februarwoche 2019 hat nun das Justizministerium eine Eskalation der Lage betrieben: es wurden drei weitere persönlich adressierte Strafbefehle zugestellt und weitere Geldstrafen in Höhe von 2,1 Million Rubel (ca. 28.000 Euro) gegen die NGO, zudem wurde das Konto von Ecodefense eingefroren. Ecodefense ist Mitglied im Climate Action Network und beteiligt sich wie die Bürgerinitiative Umweltschutz Lü-chow-Dannenberg e.V. auch im Bündnis Don't Nuke The Climate kritisch an den Weltklimakonferenzen. Seit 2007 kennen und schätzen BI-Mitglieder und Vorstände die fachlich fundierte Arbeit der unabhängigen Umweltorganisation Ecodefense, die sich für den Schutz der russischen Bevölkerung vor Umweltschäden engagiert und zur Umweltbildung und -information beiträgt. Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen hat zusammen mit anderen regionalen Initiativen, sowie auch mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) seit etwa 2005 zahlreiche Informationsveranstaltungen mit Ecodefense im Münsterland organisiert, um die Atommülltransporte von Gronau nach Russland zu thematisieren, die dann vor rund 10 Jahren eingestellt wurden. Der BBU kritisiert scharf, dass die engagierte Arbeit von Ecodefense für eine lebenswerte Zukunft massiv behindert wird.

Aufruf zu Solidarität

Angesichts der verschärften Repression gegen Ecodefense rufen wir international Organisationen und Menschen zur Solidarität auf. Dieser Aufruf kann weiter verbreitet werden und es wird zu eigenen Berichten über die Geschehnisse ermuntert.

Anders schreiben – Anders

Hanni Selten besprechen wir mit politischen Gegner*innen oder generell Andersdenkenden Fragen unserer Zeit und die eigene Filter- und Wohlfühlblase wächst und lässt uns kaum noch in Begegnung kommen. Wie können wir, als aktive Menschen, etwas bieten, dass diesen Streit wieder fördert, dass uns zuhören lässt und andere erreicht, die ganz anderer Meinungen sind? Dieser Text soll Vorschläge formulieren, ohne jeden Anspruch einer wissenschaftlichen Fundierung, ohne politische Rhetorik und ohne journalistischen Objektivitätsanspruch.

Ein Versuch:

In einer Zeit, in der digitale Kommunikation (online) exponentiell zunimmt, politische Akteure stark werden, die vorher kaum Einfluss hatten, und wirtschaftliche Zwänge zunehmen, erleben Einzelne sehr schnell, was es heißt, gegen Windmühlen zu kämpfen. Manche glauben, dass im Web gegen Hass und Faschist*innen sowie Lobbyist*innen anzuschreiben schon die Weltrettung sein kann. Egal ob Familie, Freundeskreis, Arbeitskolleg*innen oder Aktivist*innen: Wir zersplitten uns, einzelne werden einsamer, wir polemisieren, wir wollen Recht haben und die Anderen haben nur Killerphrasen und laben sich an einer teilweise nicht nachvollziehbaren Angstwahrnehmung. Vielleicht werde ich auch älter und bemerke das heutzutage erst, dennoch sollten neue Dimensionen zu neuen Handlungsoptionen führen. Wirklich neu ist die technische Digitalisierung und Automatisierung, Rechtspopulisten mit ganz neuen Einfluss-/Machtoptionen, wirtschaftlich zunehmender Druck, mannigfaltige Folgen der Umweltzerstörung und eine Wohlstandsschere, die bald bricht, wenn sie weiter aufgezerrt wird.

Eine große Herausforderung liegt meines Erachtens im Verlernen des guten konstruktiven Streitens, schlecht ausgeprägter Kommunikationskompetenzen und in einem wissenschaftlichen Elfenbeinturm, der zunehmend Ansprüche an Didaktik verliert. Zudem kommt noch der Aspekt einer fehlenden anarchistischen oder auch generellen linken Einigkeit, selbst die Umweltbewegung hat es da nicht mehr so leicht. Nachfolgend möchte ich Vorschläge machen, die uns ermöglichen können, anders zu schreiben und Kommunikation anders zu versuchen.

Vorschlag 1 – Sag mir doch erst mal, wer du bist

Viele Texte lesen wir, ohne den*die Autor*in zu kennen. Wir verlassen uns auf das Medium, über das publiziert wird, wie Belege angeführt werden und ob es wissenschaftliche Beweise gibt. Doch unser Gehirn funktioniert nur zu einem kleinen Teil auf der Sachebene. Neue Denkanstöße, neue Fakten, neue Argumente müssen wir uns durch Lernen aneignen. Dies verlangt, dass wir altes überholtes Wissen revidieren – ja, verlernen! Lernprozesse sind emotionale Perioden unseres Handelns. Neugier, Empathie, Freude, Gemeinschaftsgefühle etc. und auch negative Gefühle fördern Lernprozesse. Dieses "Lernen" findet auch in Debatten statt – wenn sich Menschen zuhören und Lösungen gemeinsam finden wollen. Und damit ich einer Person zuhöre, helfen Nahbarkeit und Kenntnisse zum biografischen Hintergrund. Das schafft eine erste Vertrauensebene und alle sind auch als Individuum wahrnehmbar. Die Vorstellung einer Person kann biografische oder identitäre Aspekte beinhalten, vielleicht sogar beides.

Meine Wenigkeit ist kurz vor der Wende geboren und im ländlichen Raum mitten in Sachsen groß geworden. Ich komme aus einer Arbeiter*innen-Familie und hatte eher weniger finanzielle Privilegien. Als Teenager kam meine Politisierung, die mich bis heute Fragen stellen lässt. In der Schule fiel es mir oft leicht und ohne Auslandserfahrung schloss ich meinen Bachelor ab. Heute mache ich "irgendwas mit Medien" und kann mich auf keinem Fachgebiet Spezialist nennen. Derzeit suche ich Möglichkeiten, solidarisch & gemeinschaftlich zu wohnen und zu arbeiten.

So oder so ähnlich könnte das aussehen. Dabei ist besonders zu beachten, dass die Lesenden oder Mitdiskutant*innen wirklich eine Verbindung aufbauen, wie schnell diese später wieder abbricht ist ein anderer Aspekt. Dennoch kann solch eine "persönliche Öffnung" dazu führen, dass ein Angebot (in Form jedweder Kommunikation) eher wahrgenommen wird und Rezipienten offener gegenüber Argumenten werden. Wichtig: Bei sich selbst bleiben.

Vorschlag 2 – Klarheit hinter der Absicht

Viele schreiben und sind sich nicht wirklich im Klaren, was eigentlich die Absichten der eigenen Formulierungen sind. Ist es ein Debattenbeitrag, will jemand neue Wahrheiten verbreiten, geht es um neue wissenschaftliche Erkenntnisse, soll eigentlich Überzeugung, ein Kompromiss oder Konsens am Ende herauskommen oder angeboten werden? Gerade in politischen Kontexten kann eine Aufklärungsabsicht schnell als arrogantes Verhalten wahrgenommen werden. Ein gutgemeinter Hinweis kann Angst vor Bevormundung auslösen und wenn ich daran denke, dass viel zu oft Personen über andere Personen urteilen oder für eine Gruppe Solidarität einfordern, dann können Rezipienten denken, dass sie etwas falsch gemacht hätten. Dies führt nur zu oft zu Abkehr, Abgrenzung und Verschlossenheit. Es ist sehr schwer, Menschen zu ereichen, die nicht im eigenen Kontext stehen. Dennoch fördert eine klar formulierte Absicht Transparenz und bietet viel direktere Ansätze, zu interagieren. Das lässt sich auf YouTube, durch die Kultur der Influencer und Kommentierung sehr gut beobachten. Umgekehrt lösen z. B. diffuse polarisierende Posts sehr häufig impulsgesteuerte Emotionsausbrüche aus und Kommentardiskurse eskalieren. Ähnlich wie im Journalismus könnten Beiträge klar benannt werden, wie ein Kommentar oder ein Interview. Im politischen Kontext gibt es ja schon ein paar Begrifflichkeiten, wie Aktionsbericht oder Reportagen von Aktionen. Ich denke, dass wir mehr Kommentare, persönliche Umfragen, Lyrik, Kunst, Erklärbärtexte für Einsteiger*innen, offenen Streit, in dem wir Offenheit und Zugeständnisse anbieten, brauchen.

streiten – Andere erreichen!?

Vorschlag 3 – Adressat*innen beachten

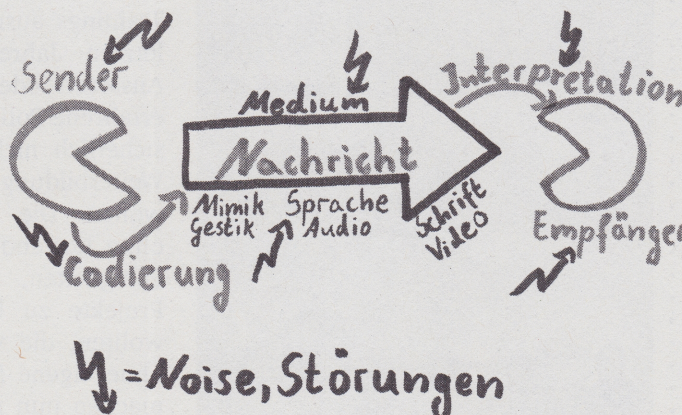
Oft stellt sich die Frage nach szeneinternen und externen Rezipienten. Viele, die schon Pressemitteilungen geschrieben haben, kennen genau diesen Aspekt: sich also die Zielgruppe meines Textes vor Augen führen. Wenn ich Sachtexte lese, vermisse ich oft eine Rhetorik, die mich als Außenstehenden abholt und mir sachliche komplexe Zusammenhänge erklärt. Auf einem wissenschaftlichen Rationalismus kann sich niemand ausruhen. Denn unser Handeln ist durch unsere Emotionalität geprägt. Gleichermaßen vermisse ich Emotionalität und Meinung sehr oft. Es mag für die Vermittlung von Sachverhalten stimmen, dass rationale Objektivität Sinn ergibt. Aber ein Sachverhalt kann nur durch das Was? Wer? Wann? und Wo? nachprüfbar geschildert werden. Alle weiteren Fragen sind schon Interpretationen, welche wiederum immer durch unsere eigene Persönlichkeit beeinflusst werden. Dazu spielt noch ein weiterer Aspekt von Kommunikation eine entscheidende Rolle: Noise, also Faktoren, die das Senden und Empfangen von Botschaften erschweren oder gar die Datenmenge reduzieren. Noise kann zum Beispiel Lärm sein, wenn wir uns unterhalten, oder die zu lesende Sprache lerne ich gerade erst. Oder ich kenne Fremdwörter nicht, Hintergründe und Fachwissen fehlen mir. Oder der/die Schreibende wirkt irgendwie unsympatisch, dann sinkt auch meine Aufnahmekapazität. Ebenso können unterschiedliche Biografien durch eigenes "Erfahren haben" zum selben Sachverhalt zu unterschiedlichster Bewertung kommen. Viele weitere Aspekte sorgen dafür, dass Schreiben und Lesen sowie digitale Kommunikation eher nicht zu einem größeren Verständnis meines Gegenüber führen. Hier einen Ausweg zu finden, ist sehr schwer. Aber ein geeigneter Weg könnte die Didaktik sein. Sich also die Frage stellen, WIE schreibe ich es für WELCHE Zielgruppe. Ich selbst bin als Teamender in der non-formellen Bildung tätig und muss mir ganz genau überlegen, wie ich Kinder in einer Schulklasse anspreche und wie ich zum selben Thema Erwachsene (tlw. schon Ü40-Jährige und älter) begeistere. In diesem Punkt muss ich vor allem die Motivation der Adressaten wecken und den womöglich neuen Erkenntnissen eine Sinnhaftigkeit für deren eigenes Leben anbieten.

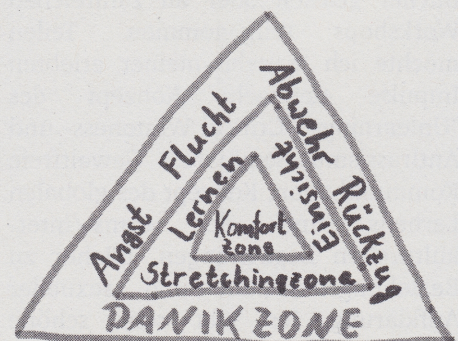
Vorschlag 4 – Menschen begegnen sich

Wenn wir akzeptieren, dass wir für einen Erkenntnisgewinn oder ein Eingeständnis Mut und Neugier brauchen, also auch aus unserer Komfortzone austreten, dann können wir im nächsten Schritt einer anderen Person begegnen. Diese hat auch ihre Komfortzone verlassen und gemeinsames Lernen wird möglich. Besonders das "Voneinander-Lernen" dynamisiert sich in der sogenannten Stretchingzone. Denn in diesem Moment hilft es nur, der anderen Person ein Grundvertrauen entgegenzubringen, sich empathisch zuzuhören und sicherzustellen, den/die Andere/n auch verstanden zu haben. Häufig passiert es, dass wir Aussagen bewerten, bevor wir die Chance genutzt haben, Nachfragen zu stellen, womit offene Kommunikation gemeint ist, statt rhetorisch mein*e Gegenüber in die Falle zu locken. Bei kritischen Themen oder starken Kontroversen lohnt es sich immer, zunächst Sachverhalte gemeinsam zu beschreiben (Definitions-Konsens), dann können wir uns jeweilige Betroffenheiten schildern und Verständnis füreinander bilden. Im Kern solcher Begegnungen kann dann ein Raum entstehen, in dem alle Beteiligten gemeinsam Lösungen und Ideen erörtern. Das braucht Übung und ist in Bezug auf zahlreiche Themen überhaupt kein Zuckerschlecken. Außerdem bedeutet es auch immer, die eigene Wahrheit/Position in Teilen als veränderlich zu begreifen. In uns selbst findet dabei ein Prozess des Lernens statt, der uns individuell emotional schwer treffen kann. Denn ich habe eventuell jahrelang "falsch" gedacht/gehandelt/gefühlt, selbst Kleinigkeiten können solche Gefühle in uns auslösen. Je länger wir Menschen Haltungen und Handlungen nicht reflektieren und bereit sind, unser Leben lang zu lernen und wieder zu verlernen, desto mehr manifestieren sich diese Überzeugungen in uns. Jede*r kann sich dabei beobachten, wenn wir in Alltagssituationen Veränderungen ausgesetzt sind, ob es leicht oder schwer fällt. Stellen wir uns nur mal Diskussionen um Ordnung und Sauberkeit in WGs und Wohnprojekten vor. Auch wenn die Praxis in Bezug auf politische Themen komplexer sein mag, lassen sich kommunikationstechnisch etliche Analogien erkennen.

Abschluss

Wir leben in Filterblasen und in Zeiten, in denen Menschen Gefühle





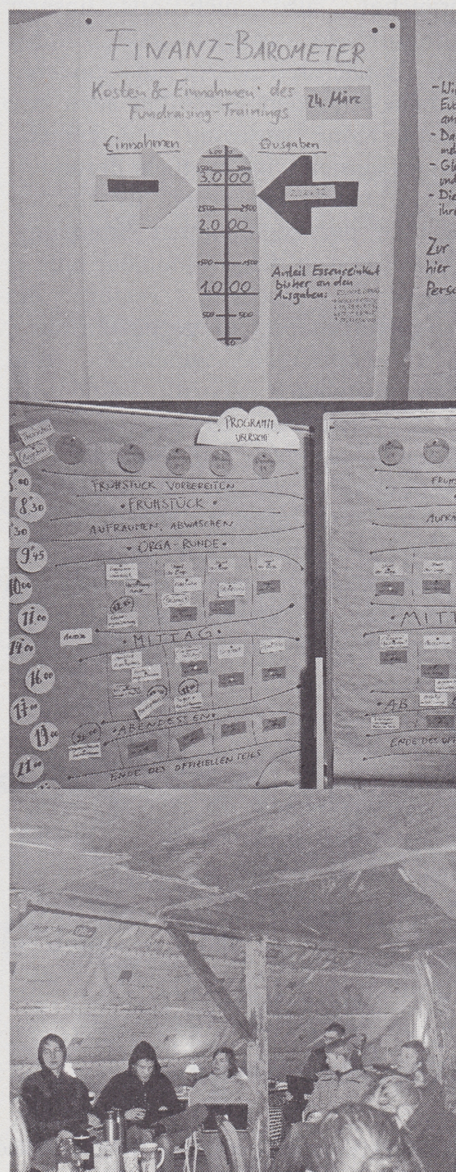
Modellhafte Darstellung! Viele weitere Aspekte und Phänomene sind nicht dargestellt.

benennen, die wir oft gar nicht nachvollziehen können. Ängste, Sorgen und fehlende Motivation werden oft angeführt und als Ursache für politische Überzeugungen und einfache Lösungen benannt. Menschen wollen Gewohntes verteidigen, andere Menschen wollen solidarisch sein. Wir streiten und suchen die besten Argumente und verkennen dabei, dass wir uns als Spezies Mensch in einem unendlichen Lernprozess befinden. Was vor 100 Jahren "die Wahrheit" war, ist heutzutage vielleicht nichts mehr wert. Und das ist auch gut so, denn Manifestation ist unflexibel, kann kaum reagieren und bricht meist komplett weg. Ich wünsche mir Fehlerfreundlichkeit, offenes Kommunikationsverhalten, gemeinsames (Ver-)Lernen, Ehrlichkeit, Mut zum Experimentieren, keine psychische oder physische Gewalt gegen Menschen und andere nicht-menschliche Tiere und Authentizität.

Ich glaube, eine Ursache unserer heutigen festgefahrenen Streitkultur ist, dass in zu wenigen Familien und Bildungseinrichtungen geeignete Strategien und Kompetenzen vermittelt werden. Von Diskriminierungsmechanismen über Ernährungsgewohnheiten, Kommunikation oder auch sexuelle Aufklärung (denkt nur mal an vorgelebte Rollenbilder) und vieles mehr waren nicht Hauptgegenstand meiner Erziehung und "Ausbildung". Viele müssen sich als Erwachsene mühsam selbst Inhalte und Wissen aneignen, das schmerzt, ist anstrengend, konfrontiert uns und lässt uns auch gern mal aufgeben, dann machen sich Ignoranz und Egoismus breit.

Mir ganz persönlich haben vor allem direkte emotionale Erfahrungen geholfen, mich förmlich bestärkt und motiviert, Gelerntes zu überdenken. Vielleicht hast du auch schon etliche Bücher gelesen oder an zahlreichen Workshops teilgenommen. Teilen möchte ich manche meiner erlebten Impulse dennoch: Konzept des "Unlearnings", Critical Whiteness- und Antirassismus-Seminare, Gewaltfreie Kommunikation, Konzept des globalen Lernens und der trans-/interkulturellen Begegnungen, Bücher zu Beziehungsmodellen und sexueller Aufklärung (es gibt sehr schöne humorvolle Bücher dazu: "Schlampen mit Moral", "Das Vagina Buch" u.w. Von Goedele Liekens, "Make love" etc.), Mina Ahadis Kampf gegen religiöse Vereinnahmung, Wole Soyinkas EssayBand "Die Last des Erinnerns" und seine Belletristik, Ranga Yogeshwars Klarheit, im allg. Bücher/Magazine zu historischen Entwicklungen/Epochen, zahlreiche Feministinnen, Anarchist*innen und Tierbefreier*innen, Satire (Humor und so!), die Bewegung der Zapatistas und am dankbarsten bin ich für ganz persönliche Beziehungen/Erfahrungen zu/durch politische Gruppen & Vereine und vor allem meinen Freund*innen!

Mit der herzlichen Einladung zu streiten – für lebenswerte und solidarische Verhältnisse aller!



Spendenaufruf

fb Dieser Aufruf soll dazu beitragen, dass das Fundraising-Training für politische Projekte zukünftig wieder/weiter eine niedrigschwellige Möglichkeit für politisch Aktive und Engagierte zur Kompetenzbildung und Selbstermächtigung sein kann, indem unabhängig von Einkommen oder finanziellen Reserven insbesondere Menschen ohne große Erfahrungen bei der Beschaffung von Geldern für ihre Projekte und Ideen lernen, wie sie Förderanträge stellen und ihre Visionen Wirklichkeit werden lassen können.

Seit mehr als zehn Jahren bieten wir mit dem Fundraising-Training für politische Projekte Menschen aus ökologisch-aktivistischen, antirassistischen und anderen emanzipatorischen Politikfeldern diese Möglichkeit. Dabei haben wir unsere Methoden und das Trainingskonzept immer weiter entwickelt und zu optimieren versucht, wobei unsere eigenen Erfahrungen mit den Seminaren, aber insbesondere auch das – wenn manchmal in seiner Vielfalt auch widersprüchliche – Feedback der Teilnehmer*innen eingeflossen ist. So entstand das zehntägige intensive Programm, das nicht nur Theoriewissen vermittelt, sondern insbesondere auf die praktische Erprobung und konkrete Anwendung bei einem eigenen – echten – Projektantrag setzt.

Während in den Anfängen vor allem junge Aktivist*innen, die oft noch gar keine Erfahrungen mit Zuschüssen oder Fördermitteln hatten und selbst auch kaum Mittel, um einen Teilnahmebeitrag entrichten zu können, die Teilnehmer*innen der Trainings ausmachten, sind es in den letzten Jahren vielmehr bereits in Ansätzen oder sogar schon ziemlich erfahrene Politengagierte gewesen, die sicherlich nicht reich sind, aber sich Weiterbildung leisten können und wollen. Die Zahl derer, denen wir ohne Kostendruck die Aneignung der Fähigkeiten, Mittel für idealistische Projekte zu beschaffen, ermöglichen wollten, die weniger erfahrenen und ohne eigene Mittel agierenden Leute, machen nun nur einen kleinen Anteil aus. Das finden wir schade, weil wir insbesondere diese fördern wollen.

zum Fundraising-Training für politische Projekte

Einen Grund sehen wir darin, dass sich das Fundraising-Training als Möglichkeit, Kompetenzen bei der Organisierung von Geldern für politische Projekte zu erlangen, in "etablierteren" Politkreisen herumgesprochen hat, was manchmal auch mit aus unserer Sicht als Coachs der Trainings unpassenden Erwartungen hinsichtlich des Finanzvolumens der hier bearbeiteten Projektanträge einhergeht. Sicherlich zeigt die Erfahrung, dass es möglich ist, ein paar Zehntausend Euro für ein größeres Projektvorhaben im Rahmen des Fundraising-Trainings einzuwerben. Wenn ein oder zwei Teilnehmer*innen solche großen Anträge bearbeiten wollen, ist das für uns okay, aber sprengt doch den zeitlichen Rahmen des Trainings (für eine optimale Begleitung solcher Projektgrößen einschließlich Theorieteilen reichen zehn Tage einfach nicht aus); solche Anträge werden oft nicht fertig und können von uns in diesem Rahmen nicht optimal begleitet werden. Wir wollen das Training gern wieder auch attraktiver für Aktivist*innen mit "kleineren" Vorstellungen machen, denn Projektanträge über einige wenige Tausend Euro, oder auch nur einige Hundert, bieten einfach besseres Potenzial für einen effektiven Lernerfolg.

Mit dem Fundraising-Training wollen wir als Veranstalter*innen aber auch nicht "Verlust" machen, d. h. wir finden, dass die Seminare sich selbst tragen sollen, denn sie befähigen die Teilnehmer*innen ja dazu, zukünftig leichter Finanzmittel zu organisieren. Die Politstrukturen, die das Fundraising-Training tragen, sollen ihre Ressourcen nicht in die Finanzierung dieser Veranstaltung stecken müssen, sondern weiterhin für inhaltliche Themen Kapazitäten haben. Das Fundraising-Training ist nach unserer Erfahrung in unseren Kreisen das einzige Weiterbildungs-angebot, das immer ausgebucht ist, während inhaltliche Themen nur von Wenigen genutzt werden, weswegen wir dort möglichst ohne Teilnahme-beiträge auskommen wollen. Diese Ressourcen wollen wir nicht für die Finanzierung des Fundraising-Trainings verwenden müssen.

Daher ist die Ansage an unsere Trainingsteilnehmer*innen immer, dass es keine vorgegebenen Teilnahmebeiträge gibt, aber dass wir uns wünschen, dass die Beiträge insgesamt die Kosten decken. Somit besteht in der Theorie für Jede*n die Möglichkeit, auch ohne Geld teilzunehmen, aber das alles funktioniert nur, wenn andere, die es können, solidarischer sind und deutlich mehr als den Durchschnittsbeitrag zahlen. Das funktioniert am Anfang des Trainings meist nur mäßig, weil die Selbsteinschätzung linker Aktivist-*innen oft ist, dass sie selbst nicht viel Geldmittel haben – was sicherlich nicht falsch ist. Jedenfalls entsteht so dann Druck, doch noch mehr Geld zusammenzukratzen, damit das Training keinen Verlust macht. Den Druck verspüren alle, aber am belastendsten ist er für die, die praktisch über (fast) kein Geld verfügen, sich aber in der Gruppendynamik schnell gedrängt fühlen, doch noch mehr geben zu sollen.

Dem wollen wir entgegenwirken, indem ein spendenbasierter Puffer für den Notfall aufgebaut wird, auf den zurückgegriffen werden kann, wenn die selbstbestimmten Teilnahmebeiträge nicht zusammenkommen – und der explizit dazu dienen soll, den Druck auf diejenigen mit den geringsten finanziellen Mitteln zu reduzieren.

Vor etwa einem Jahr haben wir zum ersten Mal einen solchen Aufruf an die Interessent*innen und ehemaligen Teilnehmer*innen des Fundraising-Trainings für politische Projekte verschickt. Im Ergebnis kamen Spenden in Höhe von 380 EUR zusammen. Bei dem darauffolgenden Training in diesem Jahr waren wir fast gezwungen dieses Geld gleich wieder auszugeben. Glücklicherweise erreichten uns im Nachgang noch einzelne Einzahlungen, die die Kosten dieses Seminars letztlich deckten. Die Wichtigkeit dieses Puffers hat sich aber hierdurch bereits gezeigt. Allerdings sind die bislang eingegangenen Spenden nur ein Bruchteil der entstehenden Ausgaben (Hauskosten, Fahrtkosten der Helfer*innen, Nahrungsmittel und Materialkosten). Wir sind also auf eure solidarische Unter-stützung angewiesen, um das Ziel zu erreichen, das Fundraising-Training als niedrigschwelliges Angebot auch für Teilnehmer*innen mit niedrigen Finanzmitteln attraktiv machen zu können.

Daher unsere Bitte und Aufruf: überlegt, was es euch "wert" ist und welche Möglichkeiten ihr habt, um dazu beizutragen, dass möglichst viele emanzipatorisch Engagierte die Kompetenzen erlangen, idealistische oder auch einfach hilfreiche Projekte eigenständig organisieren und Finanzierung selbst beschaffen zu können! Unsere Ursprungsmotivation zu diesen Trainings war, dass es immer nur Einzelne, und immer wieder dieselben, waren, die sich um das Geld für die politische Arbeit zu kümmern hatten, obwohl kaum jemand Lust hat, immer vor allem dafür Zeit aufbringen zu müssen und sich nicht auch mit der eigentlichen inhaltlichen Arbeit befassen zu können. Die Kompetenzvermittlung an viele Aktive soll dem Abhilfe leisten.

Bei Bedarf könnt ihr für eure Spende eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung erhalten. Bitte überweist euren Beitrag an:

Kontoinhaber: UBiKuKuJuSo e.V.

IBAN: DE39 4306 0967 4010 0938 00

BIC: GENODEM1GLS

Institut: GLS-Bank

Verwendungszweck: Fundraising-Training

Mehr zum Fundraising-Training für politische Projekte:

https://www.projekthaus-doebeln.org/index.php?title=Fundraising-Training_f%C3%BCr_politische_Projekte

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 01.09.2019

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Entwicklungen im polnischen Atomprogramm

NukeNews Ohne dass eine Aktualisierung des Atomprogramms (einschließlich der Entscheidung ob der erste Bauplan fortgesetzt werden soll oder nicht) angekündigt wurde, hat das Polnische Energieministerium am 23. November 2018, kurz bevor der UN-Klimagipfel (CoP24) in Katowice abgehalten wurde, seinen Entwurf der „Energiepolitik für Polen bis 2040 (PEP2040) veröffentlicht und damit für die öffentliche Konsultation vorgelegt, die am 15. Januar 2019 abgeschlossen wurde. Manche polnische Umwelt-NGOs haben angemerkt, dass der Entwurf nicht von einer Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung (SEA) begleitet wurde, wodurch der Entwurf ungültig ist und das polnische und europäische Recht gebrochen werden.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Polish_nuclear_program_developments



Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Altes Schlafmittel in

Anmerkungen aus der Anti-Akw-Bewe

Anti Atom Büro Hamburg *Viel ist zu dem seit einiger Zeit vorliegenden Abschlussbericht der „Kommission für Wachstum, Stukturwandel und Beschäftigung", in dem manche gerne einen Beschluss zum bundesdeutschen Kohleausstieg sehen, bereits gesagt worden. Kaum beleuchtet wurde der Bericht der sogenannten Kohlekommission bislang aus (bewegungs-)historischer Perspektive.*

Diesen Versuch unternimmt der vorliegende Kommentar aus der Anti-Akw-Bewegung, die in den letzten Jahrzehnten bereits zweimal mit ähnlichen Beschlusslagen zu tun und somit Gelegenheit hatte, damit etwas Erfahrung zu sammeln.

Von Akteuren und Anliegen

Wenn Regierungen Kommissionen einsetzen, kann davon ausgegangen werden, dass das Problem, das sie angehen sollen, so delikat und der dahinterliegende Konflikt in der Gesellschaft so wirkmächtig geworden ist, dass eine Lösung bzw. die Befriedung des Konflikts nur möglich erscheint, wenn alle relevanten Akteure eingebunden sind. Das Ergebnis solcher Kommissionen muss deshalb immer auch daraufhin analysiert werden, wie welche Akteure und Anliegen bedient worden sind.

Drei Akteure der Kohlekommission können unmittelbar als Gewinner beschrieben werden:

- die aktuelle Bundesregierung, die nach einem Sommer tiefster Krisen endlich einen Beweis ihrer Handlungsfähigkeit erbringen musste und ihn mit diesem Ergebnis erbringen konnte,
- die Energiewirtschaft, die sich mit konventioneller Technik in ungünstigen Zeiten bewegt und die weitreichende Bestandsgarantien erhielt, gerade für ihre am wenigsten zeitgemäßen und umkämpftesten Anlagen
- und die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, deren teils vor Landtagswahlen stehende Regierungen nun hoffen dürfen, mit milliardenschweren Infrastrukturprogrammen die nahezu allerorten erstarkende AfD einhegen zu können.

Was aber ist mit den Klimainteressen? Vertreten durch die großen Umweltverbände saß auch die Klimabewegung in Teilen mit am Tisch.

Für sie sieht das Ergebnis schlechter aus: Von den fünf größten CO_2-Emitenten Europas, allesamt Braunkohlekraftwerke, stehen vier in Deutschland. Wäre es in der Kohle-Kommission um das Anliegen gegangen, möglichst schnell die CO_2-Emissionen Deutsch-



Grafik: Politisches Schnippelbilderbuch



neuen Schläuchen
gung zum verkündeten „Kohleausstieg“

lands zu reduzieren, wäre ein schnelles Ende dieser Kraftwerke besonders naheliegend gewesen.

Von den laut Beschluss in den nächsten fünf Jahren stillzulegenden Kraftwerken sind jedoch weniger als ein Viertel Braunkohlekraftwerke. Lediglich einzelne Blöcke werden abgeschaltet. Keinem einzigen Standort droht in den nächsten Jahren das Aus.



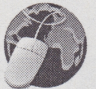
Die deutschen Rekordhalter bleiben unangefochten in den Top Ten der CO_2-Quellen Europas. Die Klimabewegung wird also kärglich abgespeist beim „Kohleausstieg“, obgleich – und das ist bemerkenswert – der milliardenschwere Kompromiss der politischen Öffentlichkeit nicht zuletzt mit Blick auf die Klimainteressen schmackhaft gemacht werden soll.

Der Ausstieg: ein Wiedergänger

Als langjährig Aktive der Anti-Akw-Bewegung wundern wir uns über diesen Widerspruch kaum, kommt uns doch das energiepolitische Muster in diesem Papier nur zu bekannt vor. Bereits aus dem sog. „Atomkonsens“, im Jahr 2000 ausgehandelt von der damaligen rot-grünen Bundesregierung und den großen Energieversorgungsunternehmen, gingen die vier „Energieriesen“ mit großzügigen „Restlaufzeiten“ für ihre AKW und somit Bestandsgarantien als heimliche Gewinner hervor, während das Papier vornehmlich als umweltpolitische Leistung verkauft wurde. Und das Muster kehrte im Ausstieg von 2011, Merkels gefeierter atompolitischer Kehrtwende, wieder. Zwar wurden absolut veraltete Schrottreaktoren wie die AKW Krümmel und Biblis abgeschaltet, jedoch bekam fast die Hälfte der anderen AKW einen Bestandsschutz für fünf bis zehn Jahre. Angesichts der gesellschaftlichen Stimmung nach dem GAU in Japan war das eine überraschend magere Bilanz für die Anti-Akw-Bewegung und eine ähnliche, wie wir sie jetzt für die Klimabewegung ziehen müssen.

Fukushima: Erster Kontakt mit Kernschmelze

NukeNews Anfang 2019 konnte zum allerersten Mal seit dem Beginn der Katastrophe eine Forschungssonde geschmolzene Überreste atomaren Brennstoffs berühren – laut Tokyo Electric Power Co. „ein lang erwarteter Meilenstein im Kampf für den Rückbau. Die Sonde legte einen Trümmerteil am Boden des Blocks 2 von Fukushima Daiichi frei und maß Härte, Temperatur und Radioaktivität des Materials. Diese sind nötig, um die letztendlichen Behälter und die Ausrüstung für die Entfernung des geschmolzenen Brennstoffs zu konzipieren. Außerdem machte sie Fotos vom Inneren des Sicherheitsbehälters. Diese scheinbar wenig relevante Nachricht verdeutlicht das anhaltende Desaster in Fukushima, wo immer noch wenig Wissen und Methoden für den Umgang mit den Auswirkungen das Atomunfalls vorhanden sind, während die Öffentlichkeit die Katastrophe für beendet hält ...

http://www.asahi.com/ajw/articles/AJ201902140041.html 



Atomproblematik in Belgien

NukeNews Belgien ist wahrscheinlich in der schlechtesten Situation in Westeuropa – mit einem Atompark von sieben Reaktoren in französischem Besitz. Drei von ihnen haben das Alter von 40 Jahren überschritten, die Nutzung wurde für 50 Jahre erlaubt. Diese Reaktoren werden oft wegen ungeplanter technischer Probleme angehalten. Zwei andere Reaktoren, Tihange 2 und Doel 3, werden von verschiedenen Fehlern geplagt und ihre Reaktorgebäude wurden nicht ernsthaft überprüft. Die Kontrollorganisation FANC ist notorisch unfähig, die Sicherheitsverstöße von ENGIE zu verhindern. Die Politiker*innen von MR und NVA der jetzt endenden Regierungskoalition wollen einen neuen Reaktor bauen und alle Reaktoren bis zum 50. Betriebsjahr nutzen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Nuclear_waste_in_Belgium



Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und eine Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net

Selbst in den Details ähneln sich die Beschlüsse: Beim Großteil der in den nächsten Jahren abzuschaltenden Kohlekraftwerke handelt es sich um längst nicht mehr rentable Steinkohlekraftwerke. In den kommenden Jahren wären sie ohnehin abgeschafft worden, nun aber können die Konzerne für diesen Schritt Stilllegungsprämien verlangen, die sie sonst nicht erhalten hätten. Als besonderen Clou gibt es für die Besitzer des umstrittenen, nach Rechtsverstößen bei der Genehmigung und wegen technischer Probleme nie ans Netz gegangenen Kraftwerkes Datteln eine fette Entschädigung. Auch hier liefert der „Atomkonsens" eine Vorlage: Für das AKW Mühlheim-Kährlich, das rechtswidrig auf erdbebengefährdetem Grund errichtet worden war und nach nur rund 30 Monaten Laufzeit vom Netz genommen werden musste, bekam RWE mehr als 30 Jahre Volllastbetrieb als Reststrommenge gutgeschrieben und konnte sie auf andere AKW übertragen.

BEI DER NÄCHSTEN ERDE
MACHEN WIR ALLES BESSER

EHRLICH!

Politisches Schnippelbilderbuch

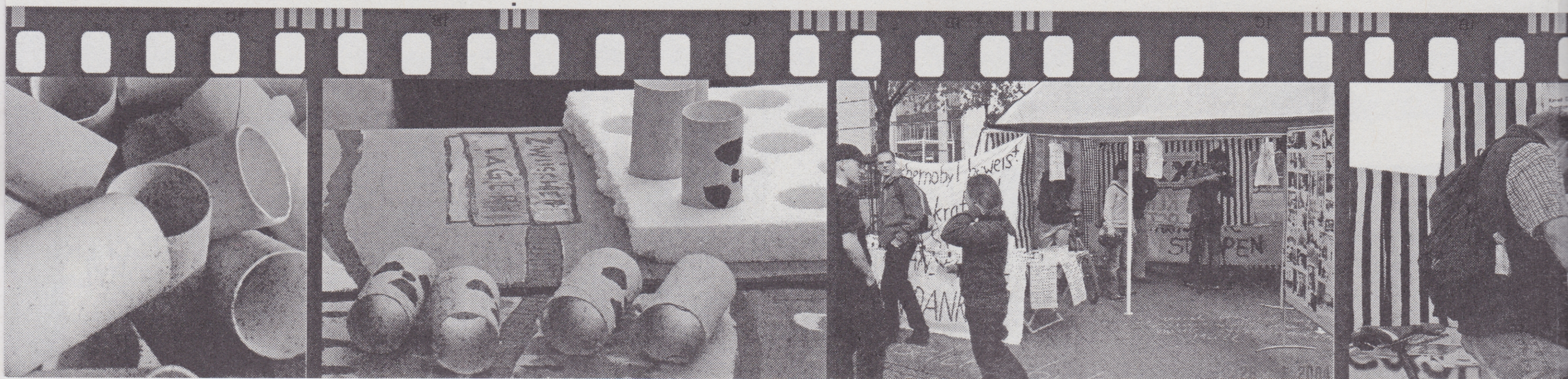
Geschaffen wurde damals wie heute vor allem Planungssicherheit für die Konzerne inklusive Bestandsschutz für ihre wichtigsten Anlagen. Und das in einem – gelinde gesagt – herausfordernden Marktumfeld: angesichts einer durch Fukushima schockierten Öffentlichkeit 2011 und angesichts einer verkündeten Energiewende, der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst und krachend verfehlter Klimaziele.

Energiepolitik mit Zeitzünder

Eine zentrale Erkenntnis des sog. „Atomausstiegs" ist, dass derlei Politik vor allem die Reaktion auf aktuelle Kräfteverhältnisse ist und Konzerne und Regierung versuchen, die Zeit für sich spielen zu lassen. Nach Fukushima 2011 war die Liste der sofort abzuschaltenden Schrottreaktoren schnell zusammengestellt. Für die Übrigen wurde das Ende der Stromproduktion vage für zehn Jahre später benannt. Erst als angesichts der massiven Proteste klar wurde, dass dieser Plan wegen seiner unsicheren Aussichten nicht durchsetzbar war, entschied sich die Regierung Merkel für Zwischenschritte: Vier, sechs und acht Jahre nach dem GAU sollte jeweils ein Reaktorblock abgeschaltet werden (Ende 2019 Philippsburg 2). Die übrigen Kraftwerke sollten dann alle zehn bzw. elf Jahre später stillgelegt werden.

Ähnliches findet sich im sog. Kohleausstieg. Nach einer initialen Stilllegung von größtenteils unrentablen Steinkohlekraftwerken, die öffentlichkeitswirksam inszeniert wird, soll ähnlich wie bei den Entwürfen zum Atomausstieg bis Anfang des übernächsten Jahrzehnts erst einmal nicht mehr passieren als das, was marktwirtschaftlich geboten erscheint: „Die aktuell vorliegenden Studien gehen davon aus, dass bis 2030 die Emissionen der Energiewirtschaft auch ohne zusätzliche Maßnahmen signifikant sinken werden." (S. 17 des Abschlussberichts). Die Zielmarke „Ausstieg" wird dann auf das Jahr 2038 verlegt.

Aber werden sich Politiker*innen in 3,5 Legislaturperioden noch an Beschlüsse



aus dem vorletzten Jahrzehnt gebunden fühlen? Ist das nicht ebenso zweifelhaft wie das Versprechen, dass gut zweieinhalb Legislaturperioden nach dem verkündeten Atomausstieg 2022 die verbliebenen Reaktoren tatsächlich vom Netz gehen? Obwohl Bayern den Netzausbau behindert, wo es geht? Obwohl die CDU den Ausbau der Windenergie erfolgreich torpediert? Und obwohl die aktuelle Umweltministerin vernehmbar warnt, dass nirgendwo sonst in der Welt Kohle- und Atomausstieg gleichzeitig stattfinden sollen, während in den Zeitungen die neuesten AKW-Technologien als Klimaretter vorgestellt werden? Doch, ist es. Zweifel an Ausstiegsversprechen sind höchst angebracht, meinen wir, und halten es für keineswegs unwahrscheinlich, dass man sich je nach Opportunität zum gegebenen Zeitpunkt „Laufzeitverlängerungen" überlegt, wie 2010, als die schwarzgelbe Merkel-Regierung kurzerhand den rot-grünen „Atomkonsens" vom Tisch wischte.

Wach bleiben!

Wachsamkeit und ungebrochener Widerstandsgeist wären somit mehr als angebracht. Doch fatalerweise werden mit Ausstiegsversprechen ganz unabhängig von ihrer Glaubwürdigkeit selbst radikale Umweltbewegungen befriedet. Mit der Verkündung des sog. „Atomausstiegs" schwand die Mobilisierungsfähigkeit der ehemals beeindruckenden Anti-Atom-Bewegung. Heute werden Personen, die aus denselben guten Gründen aufstehen, die vor zehn Jahren noch Tausende auf die Straßen und in die Wälder brachten, für ihre Aktionen bestenfalls belächelt.

Es wird kluges Agieren brauchen, um die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung beim Thema Kohle vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Gelingt dies nicht, könnte der Kohlekompromiss nicht nur keine Verbesserung, sondern in seiner Eigenschaft als Schlafmittel für die kritische Öffentlichkeit sogar eine dramatische Verschlechterung der Ausgangssituation für das Klima bewirken.

Um aktionsfähig zu bleiben, scheint es uns angezeigt, den Widerstand in den Dörfern zu unterstützen, die vom Weiterbetrieb der Braunkohlekraftwerke betroffen sind. An ihrem Beispiel lässt sich wohl am deutlichsten zeigen, dass ein Kohleausstieg nicht stattfindet, und in den Initiativen vor Ort lassen sich Verbündete finden, die nicht einfach das Aktionsfeld wechseln (können), wenn das Thema Klimapolitik in absehbarer Zeit als abgehakt gilt.

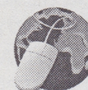
Energiepolitik bleibt Handarbeit

Für eine Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind

AKW-Erneuerungen und -Erweiterungen in Ontario (Kanada)

NukeNews Ontario steht vor einem Wendepunkt – es könnte seine 18 alternden Atomreaktoren stilllegen ODER es könnte sie erneuern, wodurch es sich für die nächsten 50 Jahre der teuren Atomkraft verschreiben würde. Die Regierung hat entschieden, zwölf Reaktoren zu erneuern und die Laufzeit von sechs zu verlängern. Währenddessen bietet Ontarios Nachbar Quebec günstige erneuerbare Energie aus Wasserkraft für ein Drittel des Preises an. Die Ontario Air Alliance spricht sich weiterhin für einen Deal mit Quebec aus, um die teuren AKWs zu ersetzen.

http://www.Close-Pickering.ca
http://www.cleanairalliance.org/no-nuke-news/



Anti-Atom-Infodienst

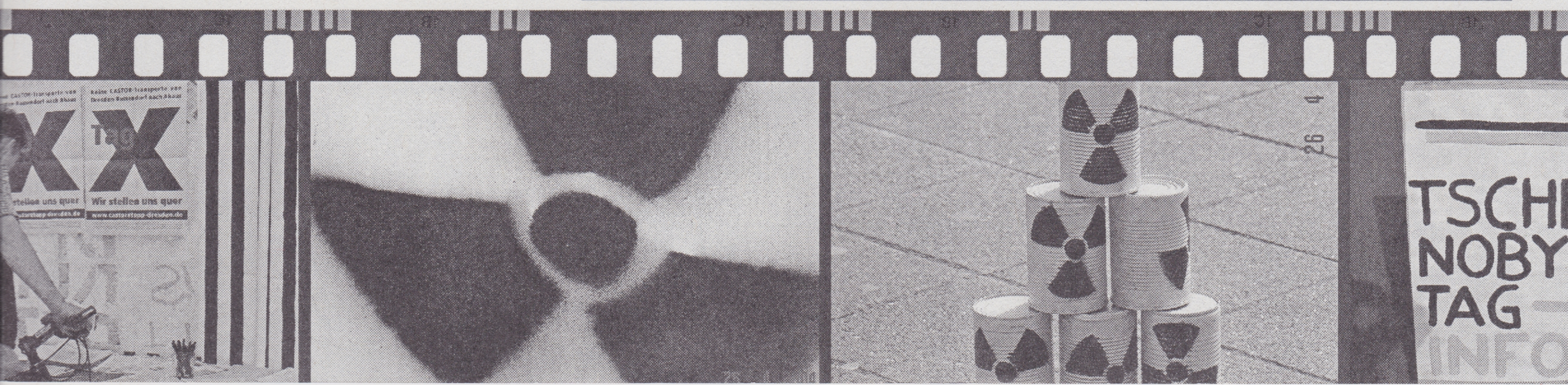
Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 6. September 2019
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit acht Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen „NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz und knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift tragen und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 06.09.2019 schicken.



Japanische AKW-Projekte im Ausland abgesagt

NukeNews Wegen steigender Kosten bis auf das Doppelte der ursprünglich veranschlagten Ausgaben hat der japanische AKW-Bauer Mitsubishi Heavy Industries Ltd. seine Beteiligung am neuen Atomkraftwerk in Sinop (Türkei) aufgegeben, wie Anfang Dezember 2018 mitgeteilt wurde. Weitere Pläne japanischer Lobbyist*innen, sich am Bau von Atomkraftwerken in anderen Ländern zu beteiligen, wurden bereits abgesagt (Vietnam 2016, Taiwan 2014). Das geplante Wylfa Newydd AKW-Projekt in Anglesey, Großbritannien, ist derzeit das einzige noch übrige ausländische Bauvorhaben einer japanischen Firma, in diesem Fall Hitachi Ltd. Auch dort wurde alle Arbeit eingestellt. Im Februar berichtete die BBC, dass der walisische Minister die Hitachi-Bosse in Japan treffen wolle, um Finanzierungsmöglichkeiten zur Rettung des Bauvorhabens zu besprechen. Auch hier waren teure Baukosten der Grund. Nur ein paar Wochen bevor die Arbeit in Anglesey unterbrochen wurde, hat eine andere japanische Firma, Toshiba, ihre AKW-Bauvorhaben im Vereinigten Königreich (Moorside-Projekt in Cumbria) wegen finanzieller Probleme abgewickelt.



http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Japanese_NPP_projects_abroad_canceled

Atomkraft als

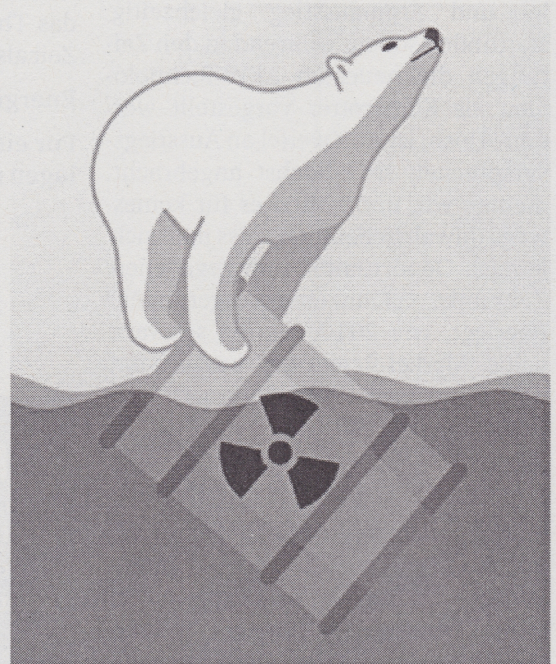
Zurzeit erleben wir in Belgien eine „erstaunliche Bewegung“, um das Klima zu retten. Es zeichnen sich eine Vielzahl von Vorschlägen, aber auch Ablehnungen, ab. Jede*r versucht, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer*innen für einem Gedankenaustausch zu erregen, manchmal konstruktiv, manchmal antagonistisch.

Im Kampf um das Klima gibt es mehrere Ansatzpunkte: die wichtigsten sind Industrie, Dämmung, Verkehr, Landwirtschaft und Stromerzeugung. Im Bereich der Stromerzeugung gibt es einen breiten Konsens, die Nutzung von Kohle und Öl – den umweltschädlichsten fossilen Brennstoffen – zu verurteilen. Erdgas, auch fossiler Herkunft, produziert deutlich weniger CO_2 pro Kilowattstunde (kWh) und könnte die Versorgungslücken überbrükken, die die aktuellen Erneuerbaren je nach Wind und Sonnenschein hinterlassen. Pro-Atom-Strömungen haben in jüngster Zeit „klimafreundliche“ Tugenden bei den Atomreaktoren entdeckt und versuchen nun, die Nukleartechnik als eine Variante im Kampf gegen die Klimakatastrophe zu etablieren.

Was ist davon zu halten? Wir stellen elf Argumente vor:

Atomkraft erzeugt CO_2, ist also nicht CO_2-frei

Atomkraft ist nicht CO_2-emissionsfrei! Derzeit werden während des gesamten Verarbeitungszyklusses spaltbaren Materials – also von der Mine bis zum Abfall – zwischen 88–146 g CO_2 durch Atomstromerzeugung emittiert, viel mehr als Wind (10 g), Photovoltaik (32 g) oder Geothermie (38 g)[1]. Der CO_2-Ausstoß ist vergleichbar mit einem Gas-und-Dampfturbinen-Kraftwerk (GuD-Kraftwerk)[2]. Die thermische Umweltverschmutzung durch Druckwasserreaktoren ist nicht unerheblich: Nur ein Drittel der Wärmeenergie des Reaktors wird in Strom umgewandelt, die restlichen zwei Drittel werden in Form von Wasserdampf in die Atmosphäre oder über Wärmetauscher in den angrenzenden Fluss oder das Meer freigesetzt.



Globale Energieversorgung: Atomkraft hat nur bescheidenen Platz

"Nuklear" werden weltweit nur 10 % des Stroms und weniger als 5 % der Gesamtenergie produziert. 85 Prozent der weltweiten Energie stammen aus Öl, Kohle und Gas. Auf globaler Ebene betrachtet, könnte die Atomkraft gleichzeitig mit fossilen Energieträgern aufgegeben werden. In Belgien, das heute bei seiner Stromversorgung zur Hälfte von Atomkraft abhängig ist, wird es ei-



"Rettung des Klimas"?

nes mehrjährigen Plans bedürfen, um aus der Atomenergienutzung auszusteigen.

Atomenergienutzung verschmutzt Umwelt und Trinkwasser

Die Atomindustrie erzeugt fortlaufend für jedes Kilo spaltbares Material 4 bis 5 Tonnen Uranabfälle. Ein Teil davon vergiftet Erde, Luft und Trinkwasser. Die Reaktoren produzieren weltweit 10.500 Tonnen abgebrannte Kernbrennstoffe sowie eine Vielzahl weiterer radioaktiver Abfälle und Emissionen. Reaktoren benötigen für ihre Kühlsysteme gigantische Mengen Wasser, bis zu 4 Milliarden Liter Wasser pro Tag, was die verbleibende Trinkwassermenge reduziert und die aquatischen Ökosysteme schädigt.

Atomkraft übergeht Menschenrechte + das indigene Recht auf Land

Die meisten Uranminen befinden sich in Gebieten, die von indigenen Völkern, Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ oder einkommensschwachen Bevölkerungen bewohnt werden. Radioaktive Strahlung ist für Frauen und Mädchen im Vergleich zu Männern doppelt schädlich. Und sie ist besonders schädlich für Föten und Babys, deren Pflege meist in der Verantwortung der Frauen liegt. Radioaktive Verseuchung wird der Umwelt (und den Menschen) für Hunderttausende von Jahren schaden.

Atomenergie blockiert den Einsatz erneuerbarer Energien

Die Atomkraft benötigt hohe direkte und indirekte Subventionen. Dabei handelt es sich um Finanzierung, Forschung und Entwicklung, Steuervorteile, Verlagerung der Haftpflichtversicherung, staatliche Versicherung und letztendlich die Sorge für Abfälle und den Rückbau der AKW durch die Gesellschaft; die Liste ist nicht vollständig. All dies lenkt das Eingreifen des Staates von dem Feld ab, wo es wirklich nützlich wäre: den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen.

Atomkraft ist gefährlich

Katastrophen wie Three Mile Island/Harrisburg (1979), Tschernobyl (1989) und Fukushima (2011) beeinträchtigen eine nationale Wirtschaft oder können sie sogar zum Kollabieren bringen, unerwünschte politische Instabilität schaffen und die Energiepolitik zum Scheitern bringen, die eigentlich notwendig wäre, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken. In Belgien steht das AKW-Doel mit vier Reaktorblöcken nur 12 km vom Grote Markt in Antwerpen entfernt. Es stellt in einer potenziell gefährlichen petrochemischen "SEVESO"-Zone eine ständige Bedrohung für unser Land dar. Die durch Risse geschwächten Atomreaktoren Doel 3 und Tihange 2 müssen sofort und endgültig geschlossen werden!

Die „zivile Atomenergie“ ist untrennbar mit dem Militär verbunden

Druckwasserreaktoren wurden ursprünglich aus den Anlagen der nordamerikanischen U-Boote entwickelt, aber auch von den Erkenntnissen aus den auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben abgeleitet. Die Wiederaufbereitungsanlagen liefern aus dem Abfall der zivilen AKW die nötigen Materialien, um Atombomben herzustellen. Oft werden militärische Argumente vorgeschoben, um dadurch nukleare Probleme als „Verteidigungsgeheimnis“ zu verschleiern und die

Neueste Entwicklungen in Japans Atompolitik

NukeNews Im Sommer 2018 hat das japanische Kabinett einen neuen grundlegenden Energieplan angenommen, der Ziele für den Energiemix des Landes bis 2030 setzt – einschließlich Szenarios bis 2050. Atomkraft soll wieder einen Anteil von mehr als einem Fünftel der Energieproduktion erreichen. Vor den Explosionen in Fukushima in 2011 hatte Atomkraft noch ein Drittel des Stroms ausgemacht. Nach den Explosionen, die den Beginn der anhaltenden Atomkatastrophe darstellen, wurden alle Reaktoren für mehrere Jahre abgeschaltet. Seit Februar 2019 wurden neun Blöcke wieder aktiviert und 21 von 54 Reaktoren von Japans Prä-Fukushima-Flotte wurden dauerhaft stillgelegt, doch die Regierung strebt an, alle übrigen Reaktoren wieder in Betrieb zu nehmen.

http://www.world-nuclear-news.org/NP-Japanese-Cabinet-approves-new-basic-energy-plan-0307184.html





Schwedisches Gericht gegen Endlager

NukeNews Die Entscheidung des schwedischen Umweltgerichts vom 23. Januar 2018 gegen die Umsetzung des KBS-Modells für ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Schweden ist nun auch auf Englisch verfügbar. Obwohl dies nicht die finale Entscheidung ist, war sie ein großer Rückschlag für die Atomindustrie. Der Fall ist interessant, weil dasselbe Modell, nur mit noch reduzierteren Sicherheitseigenschaften, im finnischen Onkalo-Projekt, dem Endlager für hochradioaktiven Müll bei den Olkiluoto-Atomreaktoren, angewendet wird. Und obwohl die bedeutende Entscheidung des Gerichts in Schweden, wo das Modell entwickelt wurde, fehlende Sicherheitsaspekte hervorhebt, scheinen weder die finnischen Behörden noch die Betreiber die Technologie überdenken zu wollen. Stattdessen verbreiten sie stolz, Onkalo werde das "erste Endlager (für hochradioaktiven Müll) der Welt"...

http://www.nonuclear.se/files/mmd20180123summary-statement-case-m1333-11spent-fuel.pdf



Einrichtungen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Zwanzig US-Atombomben sind in Kleine-Brogel stationiert, unter dem Befehl des obersten Befehlshabers der US-Armee: Präsident Trump.

Atomenergie ist teuer für Haushalte

Da die zwei Firmen Engie Electrabel[3] (Tochterfirma des französischen Engie-Konzerns, zuvor unter „Gaz de France" und „GDF Suez" bekannt)[4] und EDF Luminus[5] (EDF ist ein anderer französischer Konzern, dem über dieses Tochterunternehmen 10 % der belgischen AKW gehören) ALLE belgischen Atomkraftwerke besitzen und weil diese die Hälfte des belgischen Stroms produzieren, können die beiden Unternehmen den Strompreis bestimmen, ohne dass die Konkurrenz sie daran hindern kann. Der Strompreis für private Haushalte ist sehr hoch, wohingegen die Großindustrie von einem niedrigen Tarif profitiert, um zu verhindern, dass Konkurrenten auf den Markt kommen. Der freie Markt funktioniert in der Praxis nicht.

Atomkraft bedroht unsere demokratischen Rechte

Engie Electrabel hat eine so große finanzielle Macht und einen so starken Einfluss auf den Strom-Markt, dass das Unternehmen vom Parlament schon verabschiedete Gesetze ignorieren kann oder sogar die Gestaltung von Gesetzen so beeinflussen kann, dass diese ihren Interessen entsprechen. So schreibt das Gesetz aus dem Jahr 2003 den Ausstieg aus der Atomkraft dahingehend vor, dass die Atom-Reaktoren nach 40 Betriebsjahren stillgelegt werden müssen. Und dann wurde die Laufzeit der drei Reaktoren, die diese 40 Jahre erreicht haben, auf einmal um zehn Jahre verlängert! Es wurde ein Sondergesetz verabschiedet, um das durch den Staat getragene nukleare Risiko festzuschreiben (Pariser Konvention 1960, belgisches Gesetz 1964–85). Die Bundesagentur für Kernsicherung ist nicht in der Lage, notwendige Kontrollen in den AKW durchzuführen. Und selbst eine Menschenkette von 50.000 Menschen zwischen Tihange und Aix (Juni 2017), sowie eine Petition von 500.000 Unterschriften (übergeben Juli 2018) haben auf unsere Behörden bisher keine Auswirkungen gehabt.



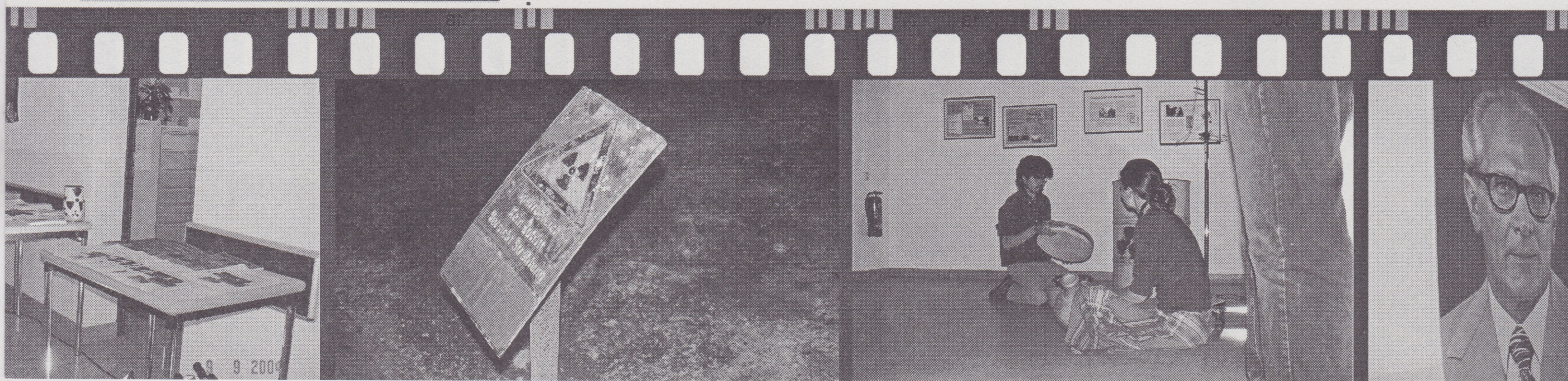
Grafik: Andy Wolff

Atomkraft ist schlecht für die Gesundheit

In jeder Phase der Erzeugung von Atomstrom, bei jedem Schritt des „nuklearen Verarbeitungszyklusses" kann die Gesundheit von Mensch und Tier langfristig beeinträchtigt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Krebserkrankungen wie Schilddrüsenkrebs oder Leukämie, aber auch um andere Krankheiten und genetische Probleme wie angeborene Fehlbildungen; selbst bei minimalen Dosen, aber langer Strahlungsexposition.

Atomkraft ist zu „langsam"

Der Bau neuer Reaktoren – die weniger gefährlich als die aktuellen Modelle wären – ist deutlich zu langsam, um die Klimaherausforderung zu bewältigen, wenn die bestehenden Reaktoren endgültig im Jahr 2025 abgeschaltet werden würden. Das geplante EPR-AKW Flamanville in Frankreich, dessen Inbetriebnahme im Jahr 2011 für den Preis von 2,5 Milliarden Euro erwartet wurde, soll nun 2020 – und jetzt zu ei-



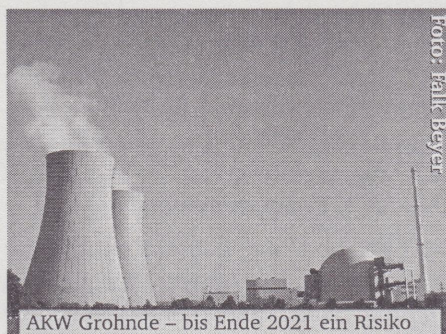


DON'T NUKE THE CLIMATE

nem Preis von 11 Milliarden Euro! – ans Netz geschaltet werden.

Fazit: Lösungen für die Klimakatastrophe sind leicht zu finden ... aber schwer anzuwenden

Eine schnelle und sozial gerechte Lösung für die Klimaherausforderung wäre es, die Stromerzeugung aus fossilen UND nuklearen Brennstoffen zu beenden. Es ist notwendig, ein intelligentes Netz zu etablieren, das es ermöglicht, die Quellen erneuerbarer Energien: den Wind, das Meer, die Sonnenstrahlen, die Erdwärme, die



AKW Grohnde – bis Ende 2021 ein Risiko

Energie der Flüsse hinzuzufügen, damit sie sich gegenseitig die Lücken füllen. Der Einsatz von Elektrizität muss reduziert werden, indem unnötige und sogar schädliche Nutzungen beseitigt und die Effizienz von Strom in allen Anwendungen erhöht werden. Wir nennen das die „Negawatt", also die überflüssigen 30 % der Stromnutzung.

All dies muss Teil eines gesellschaftlichen Plans der belgischen Elektrizitätsversorgung sein, der sich über fünf Jahre erstrecken sollte und etliche Milliarden Euro kosten wird. Ein solcher Plan ist zu wichtig, als dass er dem Verwaltungsrat der ENGIE in Paris übertragen werden sollte, der sich seit 2003 weigert, solche Ideen umzusetzen, durch die der von unserem Parlament beschlossene Atomausstieg bewältigt werden kann. Die Bürger*innen müssen gemeinsam ihre Bedürfnisse und die Mittel bestimmen, um sie umzusetzen. Inzwischen müssen die gefährlichsten Reaktoren, Doel 3 und Tihange 2, sofort und dauerhaft abgeschaltet werden.

Leo Tubbax, Nucléaire Stop Kernenergie

Fußnoten:

1: http://www.dont-nuke-the-climate.org/activities/ – *gesichtet 14. Mai 2019*
2: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk&oldid=188422575 – *gesichtet 14. Mai 2019*
3: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Engie_Electrabel&oldid=187390857 – *gesichtet 14. Mai 2019*
4: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Engie&oldid=187629258 – *gesichtet 14. Mai 2019*
5: https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=EDF_Luminus&oldid=894867032 – *gesichtet 14. Mai 2019*

Internationales Aktionscamp gegen Atomwaffen

NukeNews Zusammen können wir die geplante Atombombe stoppen! Bitte beteiligt euch an der deutschen Kampagne, um die existierenden US-Atomwaffen wieder nach Hause zu schicken und die Produktion der neuen B61-12 Atombombe zu stoppen, die von den Vereinigten Staaten bis 2020 gebaut und in fünf europäischen Ländern stationiert werden soll – Italien, Belgien, Holland, Türkei und Deutschland. Wir laden Anti-Atom-, Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen, mit Schwerpunkt auf jungen Menschen, zu unserem Friedenscamp vom 8.-16. Juli 2019 am Haupttor des Militärflughafens Büchel in Deutschland ein! Das internationale Aktionscamp ist Teil unserer 20 Aktionswochen vom 26. März bis 9. August (Nagasaki Gedenktag). Zwanzig Wochen repräsentieren die 20 B61-Wasserstoffbomben, die sich noch immer auf dem Militärflughafen Büchel befinden. Unser Friedenscamp umfasst Vernetzung, Mahnwachen und gewaltfreien zivilen Ungehorsam.



http://www.nuclear-heritage.net/index.php/International_Action_Camp_against_nuclear_weapons

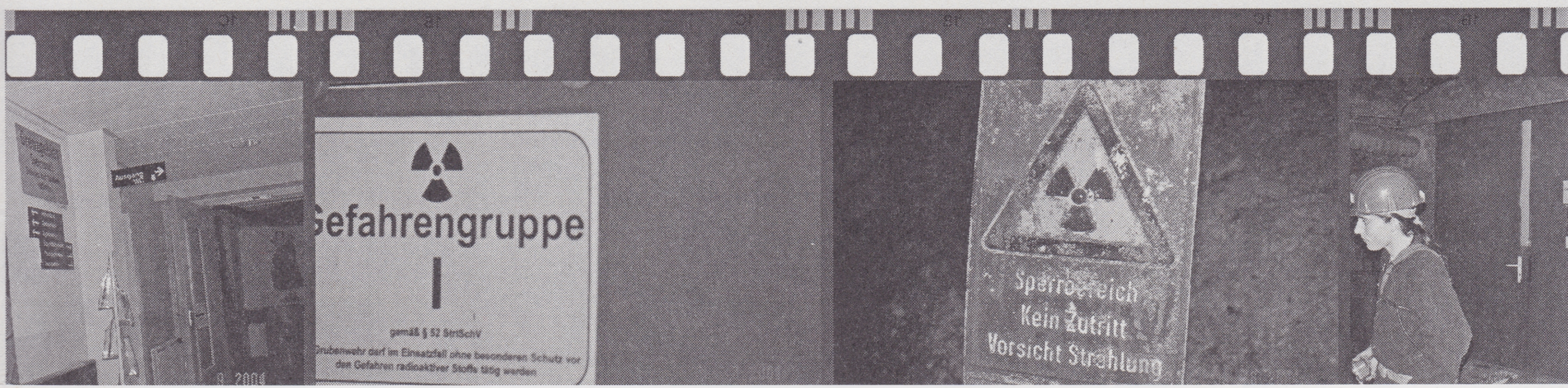
International Network Office

Öffnungszeiten: mittwochs 14–16 Uhr

E-Mail: office@nuclear-heritage.net **Mobil:** +358 41 7243254
Telefon: +49 3431 5894177 **Fax:** +49 911 30844 77076
Jabber/XMPP: network.office – Domain: jabber.ccc.de
Internetseite: http://office.nuclear-heritage.net
Skype: projekthaus.mannsdorf Am Bärental 6, D-04720 Döbeln

Unterstützung der weltweiten Vernetzung von Anti-Atom-Aktivist*innen: *Kontaktvermittlung zu Fachleuten & Expert*innen für Vorträge, Studien & Konferenzen bzw. zu Gruppen in ähnlichen Feldern; Koordination mehrsprachiger Publikationen; Vernetzungstreffen*

Freiwillige, die im Network Office für eine überschaubare Zeit mitarbeiten wollen, sind herzlich willkommen!



Indien: kaum atomare Entwicklungen

NukeNews 2018 wurden von der indischen Regierung weder außergewöhnliche Anschaffungen getätigt oder Fortschritte erzielt, noch gab es massive Anti-Atom-Mobilisierungen auf Graswurzel-Ebene wie in den direkten Fukushima-Folgejahren. In all diesen Gesichtspunkten erscheint die oberflächlich beobachtbare Realität weniger beeindruckend als viele Beobachter*innen erwartet hätten. Dennoch sind viele kleine Schritte erfolgt und der Herausgeber von Dianuke.org hat einen detaillierten Bericht über die atomaren Aktivitäten Indiens im letzten Jahr erstellt.

https://www.dianuke.org/indias-immodest-nuclear-quest-in-2018-the-measured-normalization-of-a-nuclear-state/



Aborigine-Frauen verklagen Cameco, um Uranabbau in West-Australien zu verhindern

NukeNews Derzeit liegt in West-Australien ein grundlegender Rechtsfall vor, um die kanadische Uranfirma Cameco daran zu hindern, in Yeelirrie Uran abzubauen. Drei Aborigine-Frauen aus Yeelirrie und die wichtigste westaustralische Umweltgruppe Conservation Council of WA bringen die Landesregierung und Cameco vor Gericht, um die Rechte der Traditional Owners, d.h. der Bewohner*innen vor der Kolonisation, aufrecht zu erhalten und die heiligen Gebiete in der empfindlichen westaustralischen Wüstenlandschaft vor dem Uranab-bau zu schützen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Aboriginal_women_take_Cameco_to_court_to_stop_uranium_mining_in_Western_Australia



Positionspapier: Zwischenlagerung hoch

Vorbemerkung

Das Positionspapier „Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle" ist im Rahmen der Atommüllkonferenz, einem regelmäßigen bundesweiten Treffen von Initiativen, Umweltverbänden und kritischen Wissenschaftler*innen, entstanden. Das Papier ist kein Plädoyer für eine dauerhafte Oberflächenlagerung hochradioaktiver Abfälle. Bis zur Beendigung der Oberflächenlagerung müssen die Abfälle jedoch so sicher wie möglich gelagert werden. In Deutschland werden weiterhin in den noch laufenden Atomkraftwerken, den Forschungsreaktoren, in der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementfertigung in Lingen täglich radioaktive Abfälle produziert. Es ist dringend erforderlich, diese Produktion von Atommüll durch Stilllegung der Anlagen sofort zu beenden.

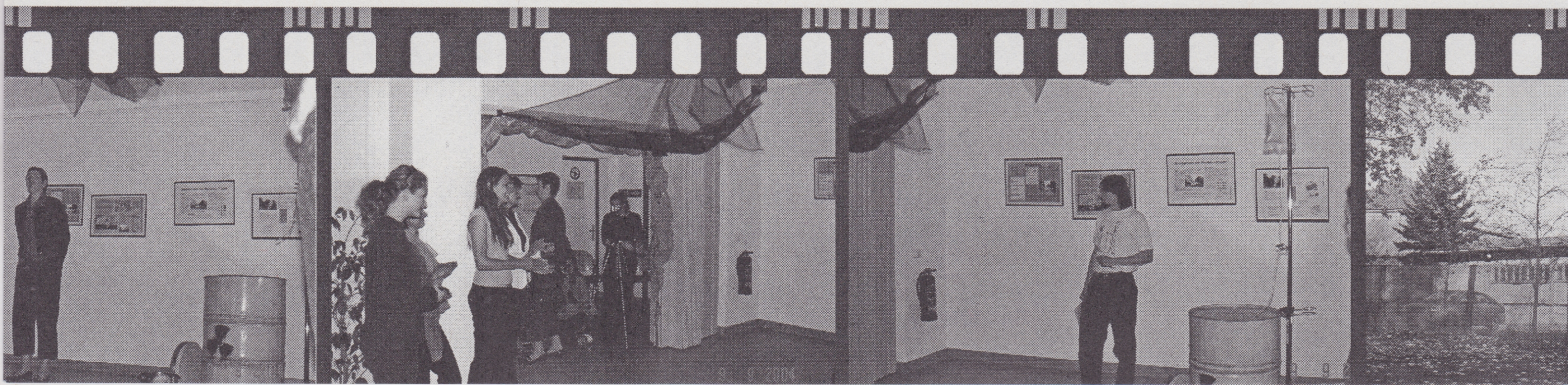
Seit dem Beschluss der gesetzlichen Beendigung der Atomenergienutzung zur Stromproduktion zum 31.12.2022 und der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes wird von verantwortlicher Seite von einem „Neustart" in der Atommüllpolitik gesprochen und von der Verantwortung, welche die Gesellschaft für den radioaktiven Müll übernehmen müsse. Parallel dazu wurden die AKW-Betreiber, die über Jahrzehnte hohe Gewinne eingestrichen haben, 2016/17 von ihrer finanziellen Verantwortung für eine sichere Lagerung radioaktiver Abfälle entbunden. Zudem soll der Staat die Verantwortung für die Zwischenlagerung übernehmen.

Die Atommüllkonferenz hat die Entlassung der Konzerne aus der Haftung scharf kritisiert. Die Konzerne und der Staat, der in den Forschungszentren selbst höchst problematische Abfälle produziert, sind in der Pflicht, für eine sichere Verwahrung der radioaktiven Abfälle zu sorgen. Es ist nicht Aufgabe der Gesellschaft und der Anti-Atom-Bewegung, Gefahren zu akzeptieren und fertige Lösungen zu präsentieren. Wir verstehen es – wie in den vergangenen Jahrzehnten – vor allem als unsere Aufgabe, schonungslos auf bestehende und künftige Gefahren hinzuweisen und von den Verantwortlichen Lösungen einzufordern.

Ausgangssituation

Derzeit lagern mehr als 1.000 Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen in den zentralen Zwischenlagern in Ahaus, Gorleben und Lubmin sowie in den dezentralen Zwischenlagern in Jülich und an 12 AKW-Standorten. Die Zwischenlager in Lubmin und Jülich werden vom staatlichen Unternehmen Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) betrieben, Ahaus und Gorleben sind seit dem 1. August 2017 im Besitz der neu gegründeten staatlichen Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Die Standortzwischenlager wurden von der BGZ zum 1. Januar 2019 übernommen.

In Gorleben und Lubmin sind keine weiteren Einlagerungen vorgesehen. In Ahaus sollen die Brennelemente aus den Forschungsreaktoren in Berlin, Mainz und Garching sowie aus dem stillgelegten Versuchs- und Leistungsreaktor (AVR) in Jülich eingelagert werden. Weiterhin ist für Ahaus die Lagerung von hochdruckkompaktierten radioaktiven Abfällen in Transport- und Lagerbehältern neuer Bauart aus der Wiederaufarbeitung in La Hague beantragt. Um weitere Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben zu vermeiden, sollen die Zwischenlager in Ohu, Philippsburg, Biblis und Brokdorf in den nächsten Jahren zusätzlich Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Sellafield und La Hague aufnehmen.



radioaktiver Abfälle

Zusätzlich lagert noch etwa ein Drittel der insgesamt anfallenden bestrahlten Brennelemente (in Tonnen Schwermetall[1]) in den Nasslagern der Atomkraftwerke oder sie werden erst noch durch den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis zum 31.12.2022 produziert.

Die Genehmigung für die Zwischenlager ist jeweils auf 40 Jahre begrenzt. Für das Zwischenlager Gorleben endet sie am 31.12.2034, für das Zwischenlager Ahaus am 31.12.2036 und für das Zwischenlager Lubmin am 31.10.2039. Die Genehmigungen für die Standortzwischenlager laufen zwischen 2042 und 2047 aus. Auch die Genehmigung jedes einzelnen Lagerbehälters ist auf 40 Jahre begrenzt. Selbst 2047 wird jedoch auch nach den zuversichtlichsten Prognosen kein tiefengeologisches Atommülllager in Betrieb sein.

Durchwursteln beenden – Längerfristige Zwischenlagerung als Fakt

Seit Beginn der Atomenergienutzung weigern sich Betreiber und Staat, die sichere, dauerhafte Lagerung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle als Problem anzusehen und konzeptionell anzugehen. Stattdessen findet ein Durchwursteln von Übergangslösung zu Übergangslösung statt, gepaart mit haltlosen Versprechungen gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Nach der Entscheidung 1979 gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben sollten als „Übergangslösung" zentrale Zwischenlager in Ahaus und Gorleben dienen. Aufgrund der Probleme, welche die Durchsetzung der Castor-Transporte in die zentralen Zwischenlager Ahaus und vor allem Gorleben mit sich brachten, wurden in den 2000er Jahren weitere zwölf Zwischenlager an den AKW-Standorten errichtet mit der Zusage, „nur die Brennelemente aus den jeweiligen Atomkraftwerken für höchstens 40 Jahre" aufnehmen zu müssen. Dementsprechend beziehen sich auch die Untersuchungen und Sicherheitsnachweise für Behälter und Lagerung an allen Standorten nur auf einen Zeitraum von 40 Jahren. Dies ist auch so im Atomgesetz geregelt.

Längst ist klar, dass die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in tiefengeologische Lager oder andere mögliche Alternativen auch nach dem ambitioniertesten Zeitplan noch nicht begonnen, geschweige denn abgeschlossen sein wird, wenn die Zwischenlagergenehmigungen auslaufen werden. Damit ist schon jetzt absehbar, dass das bisher in Deutschland verfolgte Konzept der Zwischenlagerung hochradioaktiven Mülls, das für 40 Jahre vorgesehen war, gescheitert ist. Neue Konzepte für eine längerfristige Zwischenlagerung sind dringend erforderlich, damit diese noch bei der Neugenehmigung des Lagers in Lubmin und vor dem Auslaufen der Genehmigungen für die Zwischenlager in Gorleben (2034) sowie Ahaus (2036) umgesetzt sein können.

Doch die Bundesregierung will auch dieses Problem aussitzen. Laut Nationalem Entsorgungsprogramm (NaPro) werden „die technischen Voraussetzungen für eine verlängerte Aufbewahrung" in den derzeitigen Zwischenlagern untersucht. Nach der Entscheidung für einen Standort für ein tiefengeologisches Lager hoffen die Verantwortlichen, sich mit einem zentralen Eingangslager am dann beschlossenen Standort über die Zeit retten zu können. Tatsächlich treten jedoch bereits jetzt in der ersten Phase der

CESOPEs Anti-Uran-Kämpfe in Tansania

NukeNews Uranabbau ist ein Vorgang mit langfristigen negativen Folgen. Seit 2008 tritt CESOPE mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Uranabbau in der Bahi-Dodoma-Region, Manyoni-Singida-Region und der Namtumbo-Songea-Region ein und versucht, Bewusstsein bei den Gemeinschaften zu schaffen, die vom Uranabbau betroffen sein werden. CESOPE hat auch Entscheidungsfindungsorgane und Einflusskanäle auf verschiedenen nationalen und internationalen Ebenen beeinflussen können. Folgender Report liefert einen Überblick über die Ergebnisse, die im Jahr 2018 erreicht werden konnten.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/CESOPE%27s_anti-uranium_struggles_in_Tanzania



Russische Atommüllprobleme und Herausforderungen

NukeNews Russland ist eines der wenigen Länder der Welt mit einer kompletten Atom-Kette (inklusive Uranabbau, Urananreicherung, Brennelementeherstellung, Atomkraftwerke, U-Boote, Eisbrecher, Atomwaffen, Wiederaufarbeitungsanlagen, Atommüll-Management etc.). Atommüll wird an jedem Schritt der Kette produziert. Aus historischen Gründen (starke Verbindung zum Militär) und wegen der derzeitigen politischen Situation (mangelnde Redefreiheit, mangelnde Vereinigungsfreiheit, Schikane von Umweltschützer*innen) sind die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft eingeschränkt – sowohl beim Zugang zu Informationen als auch bei der öffentlichen Beteiligung an der Entscheidungsfindung.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Russian_radioactive_waste_issues_and_challenges





Wiederaufnahme des Baus eines Atomkraftwerks in Brasilien

NukeNews Sowohl die vorherige als auch die ab 2019 amtierende brasilianische Regierung wollen wieder in den Bau des dritten brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 einsteigen, der zweimal unterbrochen wurde: 1983 und 2016. Sie wollen dafür jedoch die überholten Pläne aus den 1970ern verwenden. Um diese Absurdität zu verhindern, haben zivilgesellschaftliche Organisationen eine Petition für eine Überprüfung der Pläne ins Leben gerufen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Resumption_of_the_construction_of_a_nuclear_power_plant_in_Brazil 

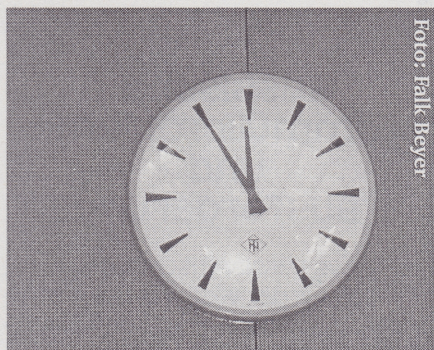


Foto: Falk Beyer

Bericht über einen Besuch der ehemaligen nach Fukushima evakuierten Gebiete

NukeNews Mitarbeiter*innen der Organisation Freunde der Erde Japan haben vor kurzem einen Bericht über ihren Besuch einiger Regionen veröffentlicht, die nach den Explosionen in Fukushima 2011 evakuiert wurden. Der Bericht liefert Fotos und Eindrücke sowie grundlegende Informationen – auf Japanisch, aber mit einem Onlineübersetzer verständlich.

https://foejapan.wordpress.com/2018/11/16/hamadoori_visit/ 

Standortsuche Verzögerungen bei der Sammlung geologischer Daten auf.

Ein zentrales Eingangslager an einem Standort vor der rechtskräftigen Genehmigung eines tiefengeologischen Lagers würde diesen Standort vorzeitig zementieren bzw. bei einem Scheitern des Projektes zu zahlreichen unnötigen Transporten an einen anderen Standort führen.

Im Rahmen der Forschungsplattform ENTRIA wurden Zwischenlagerkonzepte in anderen Ländern untersucht und auch eine Langzeitzwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle betrachtet. Sowohl das Bauwerk, das Lagerkonzept als auch die Lagerbehälter können sicherheitstechnisch besser ausgelegt werden, als dies derzeit in Deutschland der Fall ist.

Unsere Forderungen sind:

a) Ein möglichst hohes Sicherheitsniveau bei der Lagerung radioaktiver Abfälle darf nicht mit der Behauptung verhindert werden, die zeitliche Lücke zwischen Ende der Genehmigungen und Einlagerung der Behälter in ein tiefengeologisches Lager wäre so gering, dass sie mit der bestehenden Infrastruktur leicht überbrückt werden könnte.

b) Keine Errichtung eines großen zentralen „Eingangslagers" über ein Pufferlager hinaus, insbesondere nicht frühzeitig an einem noch nicht endgültig genehmigten Standort eines tiefengeologischen Lagers, wie es das Nationale Entsorgungsprogramm vorsieht.

c) Die Bundesregierung muss zeitnah ein tragfähiges Konzept für eine möglichst sichere, längerfristige Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle vorlegen. Ein einziges zentrales Zwischenlager lehnen wir ab.

d) Bei einem solchen Konzept müssen die internationalen Erfahrungen und die Ergebnisse der ENTRIA-Forschungen berücksichtigt werden. Weitere Forschung muss finanziert werden. Herausforderungen für die längerfristige Zwischenlagerung weit über die bisher betrachteten Zeiträume hinaus sind zudem u.a. der Erhalt von Know-how, die Sicherung der Dokumentation, die Verfügbarkeit von Ersatzteilen etc.

e) Bei einem solchen Konzept muss ebenfalls berücksichtigt werden, dass Atomtransporte mit hochradioaktivem Atommüll nicht zuletzt angesichts der Terrorgefahren ein großes Sicherheitsrisiko darstellen.

f) Alle Sicherheitsnachweise in Neugenehmigungen sollten sich auf eine Größenordnung von 100 Jahren beziehen.

g) Teil dieses Konzeptes muss auch das weitere Vorgehen bezüglich eines Neubaus des Zwischenlagers Nord in Lubmin sein. Es ergibt keinen Sinn, hier nur für wenige Jahre einen Neubau nach alten Standards zu genehmigen.

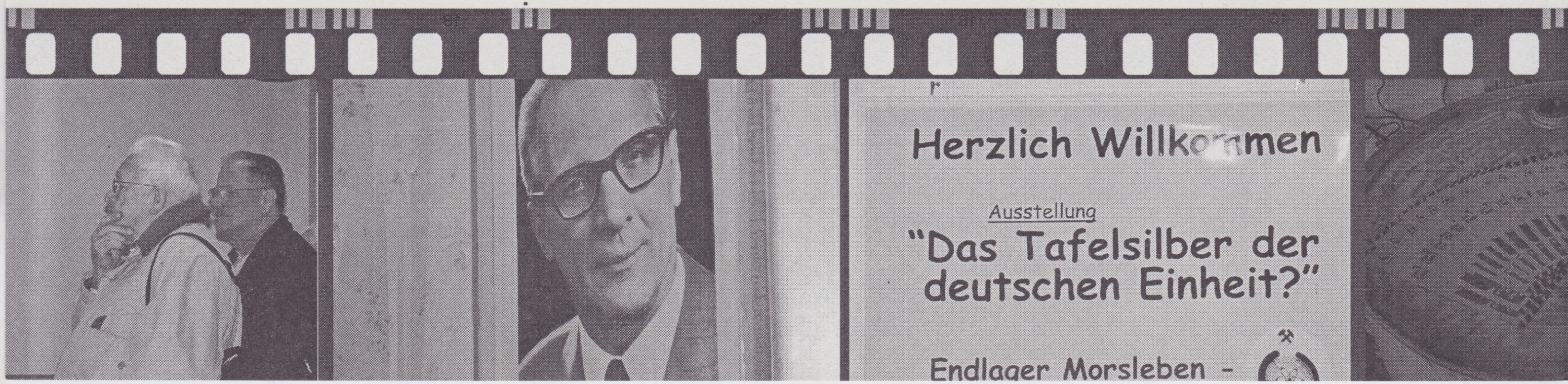
Sicherheitsdefizite bei den existierenden Zwischenlagern

Basis für das Sicherheitskonzept der oberirdischen Trockenlagerung in Deutschland ist die Sicherheit der Transport- und Lagerbehälter. Sie sollen einen ausreichenden Schutz vor Störfällen und gegen alle Einwirkungen von außen gewährleisten.

Dies ist der erste Abschnitt des Positionspapiers zur Zwischenlagerung von hochradioaktivem Atommüll, das durch die Atommüllkonferenz am 5. November 2018 verabschiedet wurde. Das vollständige Dokument ist auf der Internetseite vom grünen blatt zu finden sowie bei der Atommüllkonferenz. (...)

http://www.atommuellkonferenz.de/wp-content/uploads/Positionspapier_Zwischenlagerung_hoch_radioaktiver_Abfaelle.pdf 

1: *Tonnen Schwermetall: Speziell für abgebrannte Brennelemente wird die Maßeinheit „Tonnen Schwermetall (t SM)" benutzt. Das Metall der Hüllrohre, Abstandhalter, etc. wird dabei nicht mitgerechnet.*



Eine Woche Anti-Atom, Vernetzung, Skillsharing & mehr!

Internationales Anti-Atom-Sommercamp in Döbeln

ik Vom 12. bis 18. August 2019 wird in Döbeln erneut ein Internationales Anti-Atom-Sommercamp stattfinden. Das Gathering wird von Organisator*innen aus dem Nuclear Heritage Network, einer informellen globalen Plattform für Anti-Atom-Aktivist*innen, arrangiert. Es wird eine Gelegenheit für Aktivist*innen und Interessierte verschiedenster Länder und Kontinente sein, gemeinsam zusammenzukommen, sich auszutauschen, neue Netzwerke zu knüpfen und Kampagnen und Netzwerke zu stärken, Strategien zu diskutieren und voneinander zu lernen.



Es wird Präsentationen und Vorträge, Exkursionen und Workshops zu vielen Themen im Atombereich geben. Noch werden Beiträge gesammelt und das Programm erarbeitet. Beiträge können gemailt werden an: camp2019@nuclear-heritage.net

Das Programm ist auch offen für zusätzlichen Input und Ideen und alle Teilnehmer*innen sind eingeladen ihr Wissen zu teilen oder von Auseinandersetzungen mit Atomkraft in ihrer Region zu berichten. Während des Camps werden Aufgaben und Verantwortung geteilt und das Camp-leben gemeinsam organisiert. Das Gathering wird einfache Verpflegung und Campingmöglichkeiten bereitstellen. Es wird keine festen Teilnahmegebühren geben, aber Beiträge basierend auf einer solidarischen Selbsteinschätzung sind notwendig, um diese Veranstaltung möglich zu machen.

Unterstützt werden kann auch durch Dolmetschen während des Camps und Verbreitung der Campwerbung! Des Weiteren kann beim Aufbau der Campinfrastruktur vom 7.–11. August oder beim Aufräumen und Abbau vom 19.–21. August geholfen werden! Aktivist*innen und Organisator*innen und alle anderen Interessierten sind eingeladen am Internationalen Anti-Atom-Sommercamp teilzunehmen.

http://camp2019.nuclearheritage.net

40 Jahre kein AKW Zwentendorf

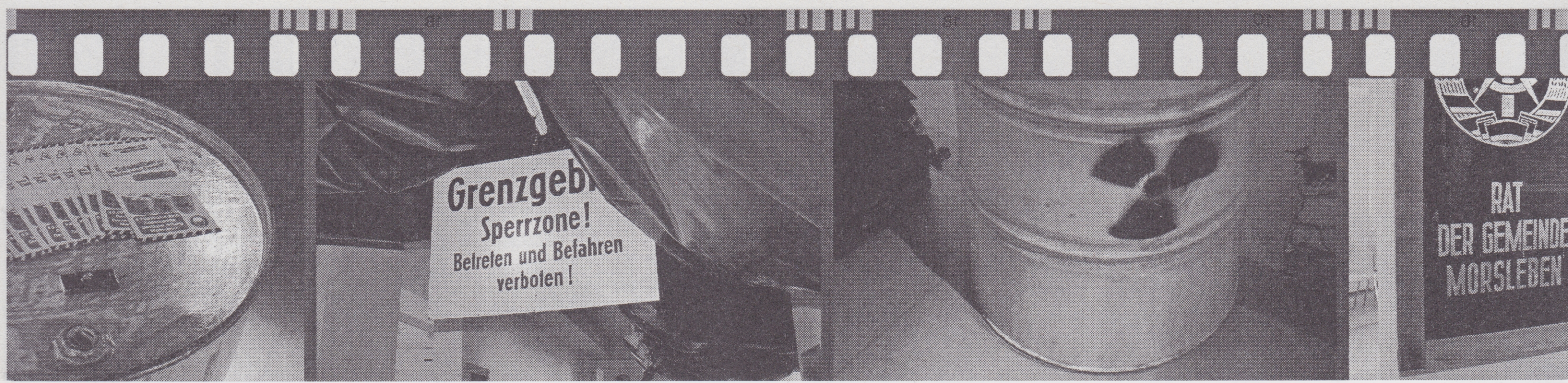
NukeNews Es waren am 5.11.2018 schon 40 Jahre, dass die österreichische Anti-Atom-Szene dieses historische Ergebnis des Referendums aus dem Jahr 1978 feiern konnte. Durch eine kleine Mehrheit mit knapp über 50 % der teilnehmenden Wähler*innenschaft wurde dieses Projekt abgelehnt. Die vorausgehenden Debatten und anschließenden Entwicklungen wurden zu einem Meilenstein in der Geschichte der Demokratie und der erneuerbaren Energien in Österreich. Mittlerweile arbeiten die Aktivist*innen im Lande sehr eng insbesondere mit Kolleg*innen aus der Tschechischen Republik und anderen Nachbarländern zusammen.

Die NGO „Sonne und Freiheit begann nun die Übersetzung von Texten über diesen erfolgreichen Kampf zu organisieren und wird diese schrittweise online stellen. Geplant und teilweise schon realisiert sind Versionen in tschechischer, slowenischer, kroatischer und polnischer Sprache. Die Hauptquelle dafür ist das Buch „Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach .

Finnland: Olkiluoto 3 darf ans Netz

NukeNews Die finnische Regierung hat dem Atomkraftwerksneubau Olkiluoto 3 (OL3) in Westfinnland am 7. März 2019 eine Betriebsgenehmigung erteilt. Die Atomsicherheitsbehörde STUK gab bereits am 25.2. grünes Licht, unter der Bedingung, dass die Betreiberfirma TVO ein technisches Problem im Primärkreislauf beseitigt. Damit kann der neugebaute Europäische Druckwasser-Reaktor (EPR) im Januar 2020 ans Netz.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Finland:_Olkiluoto_permitted_to_add_electricity_to_the_grid 



„Tar Sands“: Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb **Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading sowie die Abbauverfahren und Probleme der Renaturierung. Im vorletzten Teil und letzten Teil wurde versucht, Geschichte und Hintergründe des Landraubs an den indigenen Gemeinschaften Nordamerikas einzuordnen. Daran schließt dieser Beitrag mit einem Einblick in die Geschichte der Fort McKay First Nation und die verschiedenen Aspekte der Unterdrückung der indigenen Gemeinschaften im Einzugsbereich der heutigen Tar Sands-Abbaue an.**

Indigene Gemeinschaften

In der Region Albertas, in der die Tar Sands ausgebeutet werden, leben viele indigene Menschen in verschiedenen Städten und Dörfern, aber auch in den vom kanadischen Staat zugewiesenen Reservaten. Fünf „First Nations“, die Selbstbezeichnung der indigenen Gemeinschaften Kanadas, aus diesem Gebiet haben sich im *Athabasca Tribal Council* organisiert, einem Organisierungszusammenschluss, der die Selbstverwaltung und Souveränität dieser indigenen Gemeinschaften gewährleisten soll – quasi die Regierung und Verwaltung der vertretenen First Nations, die sich aus Mitgliedern der Cree *(Eigenbezeichnung: Néhinaw oder Néhiyaw[1])* und Dené zusammensetzen.[2] Wenn im weiteren Verlauf des Texts von historischen Ereignissen die Rede ist, werden, wo möglich, die damaligen Bezeichnungen der indigenen Gemeinschaften verwendet, auch wenn ihre Nachfahren sich heute manchmal anders bezeichnen. Oft wird vereinfachend nur von den großen indigenen Gruppierungen gesprochen, z.B. von den Cree, mit mehr als 350.000 Menschen mit entsprechender Abstammung in Kanada eine der größten Gruppen von First Nations Nordamerikas,[1] – was der teils mangelhaften historischen Dokumentation und der oft nur einseitig aus europäischen Quellen stammenden schriftlichen Dokumentation geschuldet ist.

In diesem Beitrag wird nun zunächst die derzeit bekannteste in die Tar Sands-Ausbeutung verstrickte First Nation behandelt; die anderen vier betroffenen indigenen Gruppen sollen in einem späteren Artikel vorgestellt werden.

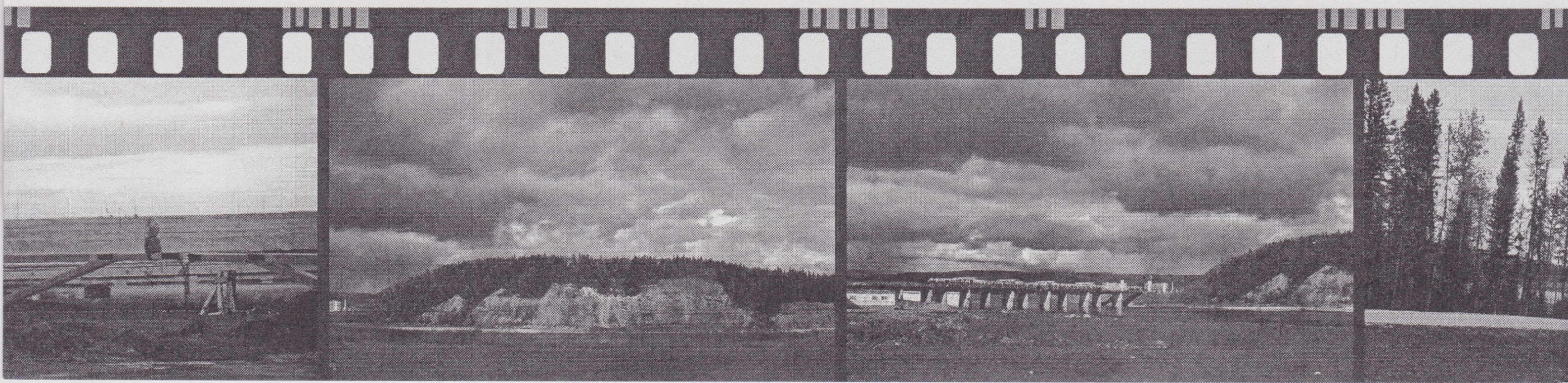
Fort McKay First Nation

Die *Fort McKay First Nation (FMFN)* war in der Anfangszeit der Tar Sands-Industrie in Alberta im Kampf mit dieser, wurde aber von den weißen Umwelt-NGOs Kanadas damals im Stich gelassen und gab ihren Widerstand schließlich auf. Seit den 1980ern versucht sie unter Chief *Jim Boucher*[3] durch Kooperationen mit der Industrie und durch das Angebot von Dienstleistungen wie die Pflege renaturierter Flächen, aber auch industrielle Zuarbeiten, zumindest einen kleinen Teil von den Profiten der Konzerne für die eigene Gemeinde abzuschöpfen.[4] Im Artikel zur Brandkatastrophe in der Region Fort McMurray im Sommer 2016 behandelt ein Absatz dieses Thema noch einmal konkret.

„We believe the practice and preservation of our traditional ways of life can occur simultaneously alongside continuous and responsible oil sands development. This phil[o]sophy has allowed us to enhance our community's social and economic conditions through effective partnerships with industry and government.

We are known for our solid working relationships with the surrounding oil sands companies and strive to balance resource development with protecting the health of our community and the environment.“ (Zitat von der Website der Fort McKay First Nation)[5]

Die Gemeinde Fort McKay befindet sich in der Regional Municipality Wood Buffalo, ca. 65 km nördlich von Fort McMurray.[4] Damit gehören Teile der von der Ölindustrie besetzten Gebiete zu ihrem Territorium.[6] Die Fort McKay First Nation gehört zu den Unterzeichnern des Vertrag Nr. 8. Sie gehören zu den früher nomadisch lebenden Chipewyan (Denesuline), die einst von der Jagd, dem Fallenstellen, Fischfang sowie dem Sammeln in den Wäldern entlang des Athabasca River lebten, aber dann mit dem Aufkommen des Pelzhandels und 1820 der Errichtung eines Hudson's Bay Company-Handelsposten sowie feindlichen nach Nordwesten vordringenden *Bush Cree* der *Woodland Cree* bald zusammen mit den Cree als sogenannte Homeguards dauerhaft bei den Posten siedelten.



– Fortsetzung (Teil 14) –

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Mitglieder der Fort McKay First Nation haben Wurzeln in den Cree, Métis und Dené.[7,4] Aus einer 2011 veröffentlichten Statistik[8] gehen folgende fünf Reservate mit einer Fläche von ca. 149 km² und einer Bevölkerung von 888 *(2019)*[9] hervor: *Fort McKay 174, Fort McKay 174C, Fort McKay 174D, Namur Lake 174B und Namur River 174A.*[6,10]

Lediglich die Reservate am Namur Lake und Gardiner Lake, unter der Bevölkerung bekannter als *Moose Lake* (Elchsee) und *Buffalo Lake* (Büffelsee), etwa 50 km nordwestlich von Fort McKay, sind weit genug von den Tar Sands-Abbaugebieten entfernt, um den Menschen von Fort McKay zu erlauben sicher und in Frieden Jagd, Fallenstellen, Fischen und Beerensammeln nachzugehen. Dieses Territorium ist Teil der Traditional Lands der Fort McKay First Nation und gilt deren Mitgliedern als heilig sowie ist die Grabstätte vieler ihrer Vorfahren. Die indigene Gemeinschaft versucht nun wenigstens das Reservat am Moose Lake zu beschützen und zu bewahren, um *„sicherzustellen, dass unsere Kinder und Enkelkinder einen sauberen, friedlichen Ort haben, wo unsere Tradition und Kultur lebendig bleiben"*.[11]

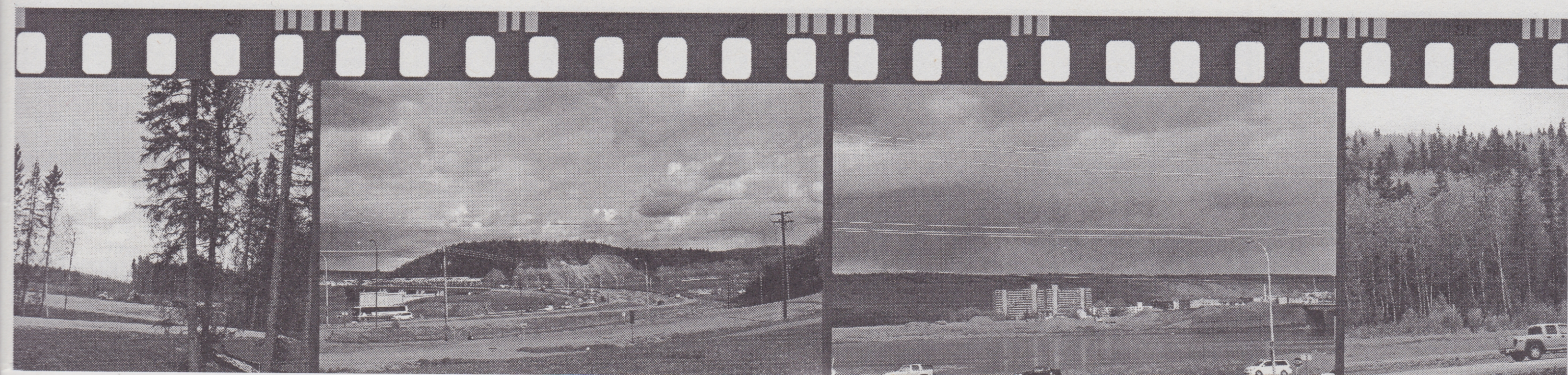
Die Cree erweiterten schon vor dem Jahr 1500 ihre Einflussgebiete ausgehend von der Region der James Bay, also dem südlichen Ende der Hudson Bay, westwärts.[6] Die ältesten Funde von als *Clearwater Punctuate* bezeichneten Tonwaren in Saskatchewan stammen aus dem 16. Jahrhundert. In Alberta gibt es zwei kulturell stark unterschiedliche Cree-Gruppen, die *Plains Cree*, die in den Graslandschaften der Prärien leben und früher überwiegend von der Jagd auf Büffel in ausgedehnten Gebieten lebten, und die *Woodland Cree*, deren Lebensraum die Waldgebiete waren, wo sie vergleichsweise ortsfest auf relativ engem Raum wanderten und vom Fischfang, vor allem White Fish, lebten.[10]

Spätestens mit dem Auftauchen französischer bzw. englischer Pelzhändler vergrößerte sich der Bereich, in dem sie agierten – vor allem durch die Vermittlerrolle, die sie zwischen den Handelsposten der Europäer und den davon weiter abgelegenen anderen First Nations spielten. Diese Ausbreitung erfolgte der Geschichtsschreibung auf Wikipedia zufolge nicht ohne Gewalt, sondern ging mit Kriegen gegen schlechter ausgerüstete indigene Gemeinschaften einher, denn durch den direkten Kontakt zu den Weißen hatten sie privilegierten Zugriff auf neue Waffen. Mit der Zeit dehnten sich die europäischen Handelsposten in diesen Breiten Nordamerikas so weit aus, dass mehr und mehr andere First Nations direkten Zugang zu derartiger Ausrüstung hatten und immer neue Bündnisse, Allianzen und Konfliktlinien entstanden. Oft bildeten die Cree neue Siedlungen im Umfeld der Handelsposten vor allem der Hudson's Bay Company und der North West Company, um ihre Zwischenhändlerfunktion effektiv ausüben zu können. Wikipedia zufolge waren die Gewinnspannen bei der Weitergabe europäischer Handelsgüter *(einschließlich fragwürdiger „Luxuswaren" wie Glasperlen)* enorm, was andere First Nations motivierte den direkten Kontakt mit den Handelsposten zu erlangen und zu konkurrenzmotivierten Kriegen führte. Neben dem Handel mit Pelzen und vielen anderen von anderen Gemeinschaften produzierten Waren betrieben die Cree weiterhin die Jagd und tauschten daraus gewonnene Produkte mit den Europäern.[10]

Die Fort McKay First Nation entstand aus einer auf die 1820er Jahre zurückgehenden Cree-Ansiedlung nahe eines Handelspostens der Hudson's Bay Company,[4] der 1912 nach Dr. William Morrison MacKay, dem ersten Anstaltsarzt Albertas und ersten Präsidenten der Medizinischen Vereinigung Nord-Albertas *(Northern Alberta Medical Association)*, benannt wurde.[12] Das heutige Gebiet der indigenen Gemeinschaft erstreckt sich entlang der Ufer des Athabasca River und grenzt an das Gebiet der *Fort McKay Métis Community*[7].

Beeinträchtigungen

Das Vordringen der weißen Siedler*innen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und insbesondere die industriellen Aktivitäten zur Erschließung der damals kaum bekannten Bodenschätze haben massiven Einfluss auf das Leben und die Umwelt der hier seit Tausenden Jahren ansässigen[13] Gemeinschaften: *„Da Wälder kahlgeschlagen und Feuchtgebiete zerstört wurden, sind die Möglichkeiten der indigenen Menschen der Gegend ihr Leben in traditioneller Weise zu führen geschwunden. Der Straßenbau öffnete die Gebiete für Überfischung und Bejagung, was die im Treaty 8 versprochene Lebensweise noch wei-*



ter herabsetzt. Außerdem wurden Teile Nordost-Albertas durch die Verschmutzung von Luft und Wasser durch die Tar Sands-Gewinnung erheblich beeinträchtigt, was die Qualität und den Wert von Fischen und Tieren, die von lokalen indigenen Gemeinschaften gejagt werden, verringert hat." (Einschätzung auf Wikipedia basierend auf einem 2014 bei der Konferenz „Energy in the Americas" vorgestellten Dokument)[14,15]

Epidemien

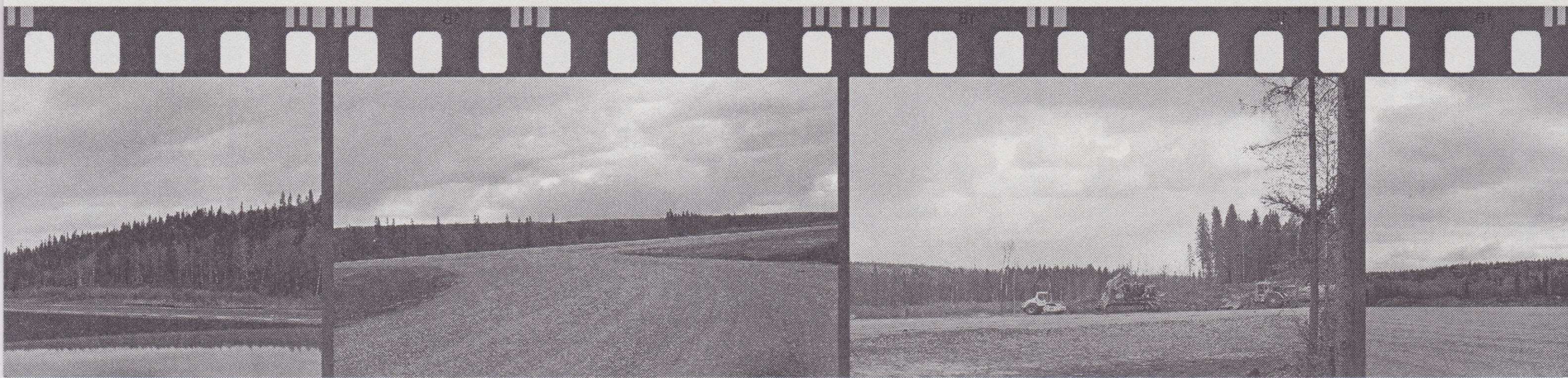
Der Handel mit den europäischen Eroberern brachte eine Reihe Krankheitserreger, mit denen die indigenen Gemeinschaften bis dahin nie konfrontiert waren und die zum Tod von oft mehr als der Hälfte bis nahezu der gesamten Bevölkerung betroffener First Nations führte. 1835 zum Beispiel tötete eine Grippe-Epidemie, die entlang des Athabasca River und des Peace River ausbrach, eine Vielzahl der Wood Stoney *(Eigenbezeichnungen: Iyethkabi, Îyârhe Nakodabi)*, Woodland Assiniboine *(Eigenbezeichnung: Nakonabi)* und Woodland Cree *(Eigenbezeichnungen: Saka Wi Iniwak, Sakau Wiyiniwak, Sakawithiniwak, Nihithawak)*. Eine ebenso heftige Epidemie führte 1838 zum Tod von fünf Sechstel oder mehr der Plains Cree *(Eigenbezeichnungen: Paskwa Wi Iniwak, Paskwawiyiniwak, Nehiyawak)*. Zwischen 1836 und 1839 starben die Hälfte bis zwei Drittel der Assiniboine an den Pocken. Bereits in den Jahren 1780–1781 traf eine Pockenepidemie die nahe dem Red Deer Lake *(auch: Lac La Biche)* lebenden Nêhiyawak, der bereits etwa die Hälfte jener Plains Cree zum Opfer fiel.[10]

Verdrängung

Die Cree lebten vor allem von der Jagd auf den Amerikanischen Bison, auch bekannt als Büffel. Vor der Ankunft der europäischen Eroberer in Nordamerika lag der Bestand der Büffel bei geschätzten 30 Millionen Tieren; Ende des 19. Jahrhunderts waren nur noch verschwindend kleine Restpopulationen von insgesamt weniger als 1.000 Büffel übrig; heute leben wieder etwa 30.000 dieser Tiere in Freiheit. Neben dem bekannten Yellowstone-Nationalpark ist vor allem der in Nordalberta, nördlich der Tar Sands-Industriestandorte und in dem Wirkungsfeld der flussabärts transportierten Schadstoffe liegende, 1922 errichtete *Wood Buffalo-Nationalpark* ein wichtiges Rückzugsgebiet der heute als „potenziell gefährdet" eingestuften Art.[16] Als Ende des 19. Jahrhunderts deren Zahl mehr und mehr schrumpfte, wurde es für die Cree und andere First Nations schwer zu überleben. Dies verursachte Kämpfe zwischen den indigenen Gemeinschaften um die letzten Büffel und schließlich trugen Hungersnöte dazu bei, dass auch die Cree den Nummerierten Verträgen Nr. 4, 5 und 6 zustimmten und ihren Lebensstil aufgaben, in der Hoffnung als Bäuer*innen zu überleben. Die letzten kleinen Gruppen, die noch versuchten, unabhängig zu bleiben und von der Büffeljagd zu leben, mussten gegen 1880 resignieren und sammelten sich ausgehungert um die Forts. Die Europäer hatten in den schon längst mit einer Reihe von First Nations vereinbarten Verträgen eine Grundversorgung unter der Bedingung, sich den Vorstellungen der Weißen unterzuordnen und ein von diesen vorgezeichnetes Leben unter der Obhut der Königin Großbritanniens zu führen, zugesichert.[17] Der *Commissioner of Indian Affairs*, Edgar Dewdney, dem allzu viel Großherzigkeit im Umgang mit den Ureinwohner*innen vorgeworfen wurde,[18] nutzte diese Situation aus, um die Cree durch Zurückhalten der Notrationen zu zwingen, sich seiner Interpretation der Verträge zu beugen.[10]

Die Büffel „verschwanden" nicht einfach so. Ihre massive Reduzierung war das Ergebnis einer Kombination exzessiver kapitalistischer Logik und imperialistisch-kolonialistischer Strategie. Bis 1870 töteten Rekonstruktionen zufolge sowohl europäische als auch indigene Jäger nur soviele der Tiere, wie sie für ihren eigenen Bedarf brauchten. Nun führte ein seit 1871 in Großbritannien und Deutschland entwickeltes Gerbverfahren zur Verarbeitung von Büffelleder in Schuhsohlen und Antriebsriemen für Maschinen in Kombination mit den Folgen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 zu einer enormen Nachfrage nach Büffelhaut. Mit dem Leder konnte so viel Profit gemacht werden, dass unter Duldung der US-Regierung Bisonjäger Massen dieser Tiere töteten, wobei die Haut abgezogen wurde und die Körper auf den Prärien verrottet lassen wurden. Ein weiterer relevanter Einflussfaktor war die Expansion der Einflussgebiete der weißen Eroberer, die sich hier vor allem durch den Eisenbahnbau zeigte. Die Amerikanischen Bisons wurden in großer Zahl zur Ernährung der Bahnarbeiter abgeschossen. Später, mit der Eröffnung der *Central Pacific Railroad*, wurden Büffel auch in Massen von den Zügen aus erschossen. Dieses „Sports" aus der Sicherheit des Eisenfahrzeugs heraus befleißigten sich die sogenannten „Büffeljäger", die auf diese Weise pro Person zwischen 50–100 Tiere täglich umbrachten. Zwischen 1872 und 1874 wurden pro Jahr etwa eine Million Büffelfelle nach Osten verfrachtet. Schrittweise wurden nun die durch die Eisenbahn aufgesplitteten Herden von den weißen Eroberern ausgerottet. Die letzten 10.000 Tiere, die unter dem Schutz zu diesem Zeitpunkt noch widerständiger indigener Gemeinschaften überlebt hatten, wurden durch Scharfschützen an Wasserlöchern getötet, um die First Nations auszuhungern und in Reservate zu zwingen.[16]

Nachdem die zurückgedrängten und in zahllosen Schlachten dezimierten indigenen Gemeinschaften sich nach und nach dem Willen der weißen Eroberer beugen mussten und sich in die oft zur Selbstversorgung nicht genügenden Reservate zurückgezogen hatten, wurden sie nun oft Ziel der bürgerlichen Aggression der nachströ-



menden weißen Siedler, die Anspruch auch auf diese Ländereien erhoben, die Indigenen als Bedrohung und schlechten Einfluss diffamierten und regelrechte öffentliche Hetze in ihren Zeitungen gegen sie führten. In der heutigen Hauptstadt der Provinz Alberta, Edmonton, gründete sich ein *Edmonton Settlers' Rights Movement* – behauptend, dass die Eindringlinge aus Europa den eigentlichen Anspruch auf das Land erheben könnten. Sie forderten die erneute Umsiedlung der einige Jahre zuvor auf Druck der Weißen im *Papaschase Reserve Number 136* angesiedelten indigenen Menschen. Schrittweise wurden Gesetze erlassen, die eine Enteignung von Reservatsgebieten „im öffentlichen Interesse" erlaubten. Außerdem wurde mittels Aushungern und verschiedenster Mechanismen bewirkt, dass Indigene im Tausch gegen Nahrung ihre Landrechte abgaben. 1888 schließlich gab die kleine First Nation das Papaschase Reserve Number 136 auf, da sie hier ohne Lebensmittel und staatliche Hilfe nicht überleben konnte. Seit 2001 fordert sie ihr Gebiet nun zurück.[10]

Indianeragenten

Die Indianeragenten (später bezeichnet als „Government Agent") waren in Kanada von 1876 bis 1969 im Einsatz. Sie fungierten als lokale Repräsentanten des *Department of Indian and Northern Affairs* mit polizeiähnlichen Befugnissen[18], das dem Innenministerium unterstand und vor allem der Landerschließung und der Ausbeutung seiner Ressourcen diente. Es agierte auf der Grundlage des *Dominion Lands Act* von 1872. Das genannte Gesetz ermöglichte es Siedlern, billiges Land in den Prärien Zentralkanadas zu erwerben und sollte die Besiedlung vorantreiben. Die Qualifikation eines solchen Agenten musste lediglich Ortskenntnis und die Fähigkeit mit internen Verwaltungsabläufen klarzukommen umfassen – Sprachkenntnisse der örtlichen indigenen Gemeinschaften waren irrelevant. Die First Nations wurden vor allem als Hindernis betrachtet und sollten in vollständiger Assimilation integriert werden. Zeitweise war die Rolle des Indianeragenten identisch mit der des *Gold Commissioners*. Diese Leute waren meist sehr lange im Amt und hatten gegenüber den Indigenen das Sagen hinsichtlich der Verteilung staatlicher Zuwendungen, wobei die meisten die Aushändigung soweit wie möglich minimierten, ob Ärzt*innen entsendet würden und ob die Reservate verlassen werden dürften.[19]

Das heute als gesetzwidrig betrachtete kanadische Passsystem verlangte von indigenen Menschen, in ihren Reservaten zu bleiben; die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen wurde durch die Indianeragenten sparsam gehandhabt. Wer ohne Pass oder mit abgelaufenen Dokumenten außerhalb des zugeordneten Reservats angetroffen wurde, konnte eingesperrt werden.[20] Dies führte umso mehr zu Konflikten, wenn auf diese Weise Ehepartner unterschiedlicher Reservatsherkunft getrennt wurden oder die Sesshaftigkeit der früheren Büffeljäger erzwungen werden sollte. Das Passsystem war Bestandteil einer Politik zur Besiedlung des Westens, wofür die Bewegungsfreiheit der einheimischen Bevölkerung limitiert werden sollte. Dies beeinträchtigte auch den indigenen Handel und die Entwicklung einer eigenen Wirtschaft, unterband die Beteiligung an kulturellen oder sozialen Ereignissen benachbarter Gemeinschaften und isolierte die indigenen Menschen von der kanadischen Gesellschaft. Berichten zufolge nutzten christliche Missionare das Passsystem zur Einschränkung der spirituellen Glaubensausübung der indigenen Gemeinschaften, denen hiermit die Reise zu ihren „Sonnentänzen"[21] nicht mehr erlaubt war.[18,19]

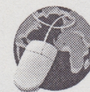
1888 wurde der Hardliner *Hayter Reed* neuer Commissioner of Indian Affairs nach Edgar Dewdney. Die Richtlinie des *Departments* „Beschützen, zivilisieren und assimilieren" wurde von ihm resolut in die Tat umgesetzt. Welchen Rolle den indigenen Einheimischen zugeordnet wurde, macht folgende Aussage Reeds deutlich: „*If the Indian is to become a source of profit to the country, it is clear that he must be amalgamated with the white population.*"[22] Er setzte das ungesetzliche Passsystem gegen den Willen des Chefs der *North-West Mounted Police (NWMP)*, Commissioner Lawrence William Herchmer, durch. In einem Schreiben an Herchmer erkennt er die Illegalität dieser Repressionsmaßnahme an, rechtfertigte ihre Fortführung und meint, mensch solle das Gesetz nicht so genau nehmen: „*I beg to inform you that there has never been any legal authority for compelling Indians who leave their Reserve to return to them, but it has always been felt that it would be a great mistake for this matter to stand too strictly in the letter of the law.*"[23]

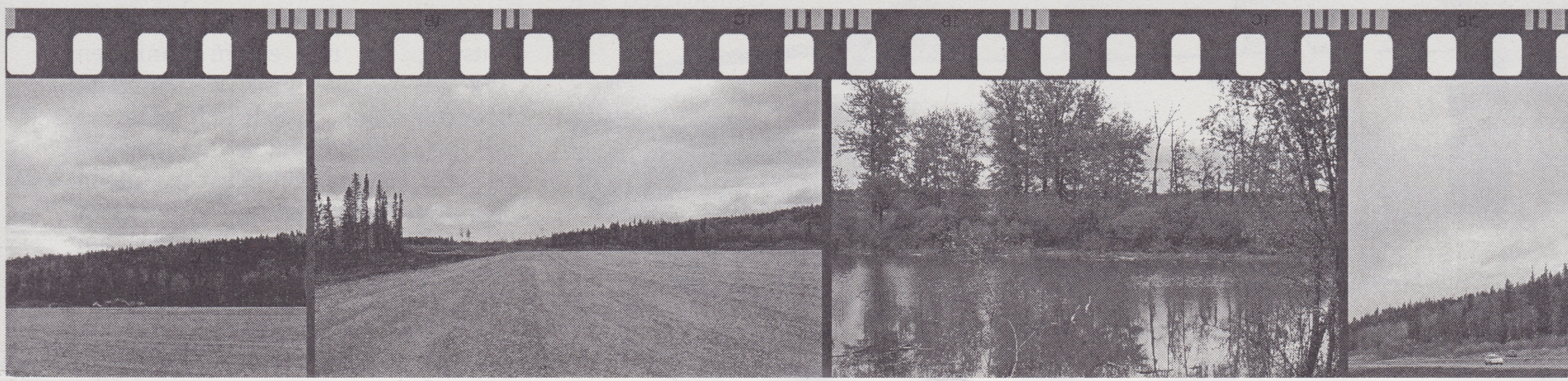
Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe. Oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiterlesen. Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*

Mehr Informationen:

https://tar-sands.info





Der Mythos des legitimen SUV-Kaufs im Kontext der Automobilrepublik

Grillmöbel Es wurde viel und vergleichsweise öffentlichkeitswirksam dazu geforscht, was Menschen dazu bringt, massenhaft zu Mittätern in totalitären Systemen zu werden. Zahlreiche Individuen und Gruppen aus den Bereichen der Soziologie, Psychologie und politischen Theorie versuchen seit Jahrzehnten dieser Frage aus verschiedenen Perspektiven auf den Grund zu gehen.

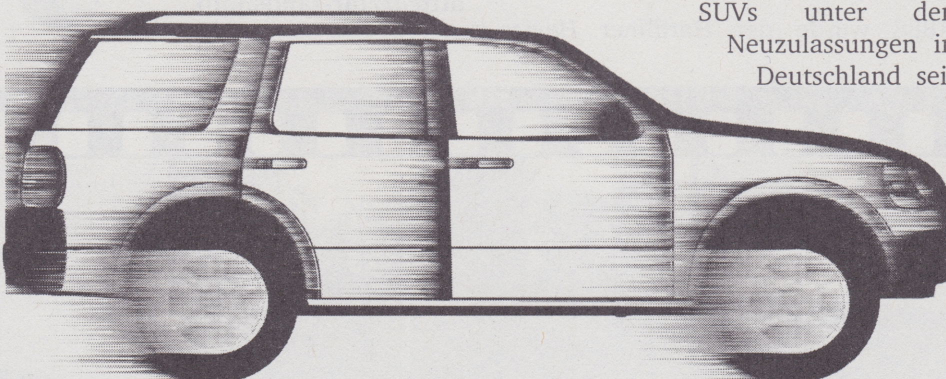
Einem neueren, aber verwandten Phänomen wurde bisher weniger wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil, nämlich der Frage, was (ebenso: massenhaft) Menschen dazu bringt, sich einen SUV[1] anzuschaffen. Es sollen hier nicht Argumente abgehandelt werden, weshalb der Kauf eines SUVs in diesen Zeiten ein Problem darstellt. Zum einen existieren dazu genügend Publikationen und wo das nicht reicht, kann der gesunde Menschenverstand weiterhelfen. Darüber hinaus bin ich mir sicher, dass jegliche inhaltliche Debatten irrelevant sind bzw. nicht stattfinden, wie viele Debatten, deren Kennzeichen verhärtete Fronten sind. Sie bilden nicht den Rahmen, innerhalb dessen dieses Thema verhandelt wird. So es überhaupt verhandelt wird.

Das zunächst markt- und nun neoliberale Fundament der Industrieländer, speziell der deutschen Automobilgesellschaft, versieht diejenigen, die der Meinung sind, an der Welt vorbeileben zu können, ohnehin mit einer Art Immunität gegenüber Argumenten, indem es die moralische Verantwortung in die Kaufentscheidung explizit nicht integriert:

Mit meinem Geld kann ich machen, was ich will. Zum Beispiel Warlords unterstützen, Menschen ihre Wohnung wegnehmen oder eben zu Zeiten der sogenannten Verkehrswende ein Auto kaufen, das unter anderem so angelegt ist, dass es Menschen, die in seine Bahn geraten, eine möglichst geringe Überlebenschance lässt und als Bonus erheblich mehr zur Zerstörung der Lebensgrundlagen beiträgt, als es die meisten anderen Modelle ohnehin schon tun. Solange ich Geld habe, kann ich mir eine solche Anschaffung leisten, da es keinen anderen Maßstab gibt. Das nenne ich dann Freiheit, weil alles andere Ökodiktatur bedeuten würde. Und da wir ja gerade in Deutschland eine moralische Pflicht des "Nie wieder" haben ...

Es kommt in dieser Debatte zu argumentativen Wirrnissen und Verdrehungen, denen keine Definition von Revisionismus gerecht werden kann. Daher breche ich diesen inhaltlichen Teil, zu dem ich nun doch angesetzt habe, unverzüglich wieder ab, um mich der Eingangsfrage zuzuwenden.

Was also führt dazu, dass der Marktanteil der SUVs unter den Neuzulassungen in Deutschland seit Jahren die größte Wachstumsrate vorzuweisen hat; eine Entwicklung, die auch insofern zum Kotzen ist, als sie jegliche Klimapolitik lähmt – denn welche Gesellschaft, oder hier: welches Volk soll klimapolitische Forderungen stellen, während es gleichzeitig für jene Wachstumsraten sorgt?



"Mit einer (mal wieder) gewaltigen Steigerungsrate übernehmen die SUV und Geländewagen die Marktführerschaft in Deutschland. Um 42 Prozent stiegen die Neuzulassungen bei den SUV gegenüber dem Vorjahres-Monat, insgesamt 94.353 Offroader bekamen im Juni 2018 erstmals eine Zulassung. Damit weisen sie auch die bislang führende Kompaktklasse (72.515 Neuzulassungen. 21,2 Prozent Marktanteil) in die Schranken. Mit einem Marktanteil von 27,6 Prozent der insgesamt 341.308 Neuzulassungen im Juni stammt demnach inzwischen mehr als jeder vierte Neuwagen aus dem SUV-Lager." (auto motor sport, 12.07.2018)

Nun, das Hauptproblem – und dies zu benennen, halte ich für immens wichtig – besteht selbstverständlich darin, dass diese Autos überhaupt produziert werden. Gleichzeitig ist dieser Schritt derjenige, der den irrationalen Präzedenzfall bildet, denn was massenweise produziert wird, muss ja legitim sein, sonst würde es nicht massenweise produziert werden.

Das Angebot lebensfeindlicher Produkte ist immer moralisch verwerflicher als deren Erwerb, wobei ich sicherlich nicht dafür eintreten würde, lebensfeindliche Produkte zu verbieten. Wie in den meisten Fällen lohnt es sich auch hier, zu differenzieren. Selbst der Tabakindustrie, die mit einem ähnlichen Grad an Schad- und Boshaftigkeit aufwarten kann, würde ich nicht so viel Lebensfeindlichkeit zuschreiben wie der Automobilindustrie, denn Zigaretten kann ich eher ausweichen als diesen riesigen Festungen auf Rädern.

Erkennen wir allerdings an, dass wir nun einmal im entfesselten Turbokapitalismus leben (und das sollten wir, denke ich), so können wir natürlich nicht erwarten, dass an irgendeiner Stelle der Produktionskette jemandem der Gedanke kommt, dass extrem umweltschädliche Autos per se allem zuwiderlaufen, was gerade geboten ist. Denn unser Wirtschaftssystem, möge man es nennen, wie man will, ist eines der Profitlogik und man muss nicht Naomi Klein lesen, um zu verstehen, dass die Welt durch diese Folie betrachtet eine völlig andere Art von Rationalität erhält. All dies ist außerdem standortpolitisch in Stein gemeißelt in der Autobahnrepublik Deutschland, wo die Automobilindustrie etwa 13 % des BIP ausmacht (wobei man gerne diverse % des BIP für die Kosten der von ihr angerichteten Schäden abziehen darf).

Die Rolle der Vermarktung sollte ebenfalls nicht unerwähnt bleiben in ihrer über 100-jährigen Tradition, Sozialdarwinismus in Automobilform zu verbreiten, doch sie bedarf einer eigenen, über diesen Text hinausgehenden Analyse.

Somit wären wir also bei der Kaufentscheidung: Was nun veranlasst Menschen, unter einer Riesenauswahl an Autos, die verschiedene Vor- und Nachteile haben, ausgerechnet eines derjenigen auszuwählen, die sowohl einen hohen Verbrauch als auch einen hohen Preis haben und in keinen, normalen Parkplatz, geschweige denn durch kleinere Straßen passen?[2] Von den enormen Summen für Instandhaltung und Versicherung und der viel höheren Umweltbelastung ganz zu schweigen?

Schnell wird offensichtlich, dass rationale Erklärungsmuster hier nicht gefragt sind. Die Antworten derjenigen, die sich für einen solchen irrationalen Erwerb entscheiden, können hingegen hilfreich sein, allerdings erst auf einem genügend hohen Abstraktionslevel.

"Die Welt ist voller Möglichkeiten – und die BMW-X-Modelle bieten Ihnen die Gelegenheit, sie zu erkunden. Mit der übersichtlichen Sitzposition, dem intelligenten BMW Allradantrieb xDrive und den sparsamen Motoren finden Sie in einem BMW X Ihr Fahrzeug für jeden Moment in Ihrem Leben." (BMW Website, Mai 2019)

Wieso also kaufen Leute diesen Schrott? Die Lieblingsantwort lautet Sicherheit, am liebsten gekoppelt an eine (deutsche) Vorzeigekleinfamilie, die das Riesenauto also beschützen soll. Die Begründung taugt natürlich nichts, da der durch den SUV geschützten Personengruppe die nun gewachsene Gefährdung der kompletten restlichen Menschheit entgegen steht. Dennoch verstehen SUV-Fahrer*innen offenbar, dass sie sich zu rechtfertigen haben, wenn sie so ein Auto anschaffen. Immerhin, könnte man sagen; doch die hinterhältige Anbiederung an das favorisierte Bedürfnis der deutschen Kleinbürgerlichkeit (Sicherheit! Sicherheit! Sicherheit!) lässt schnell erahnen, dass es hier um Taktik geht und um sonst nichts. Die besteht darin, den Vorwurf von sich wegzuhalten durch die Betonung eines vermeintlich menschlichen (eigentlich: deutschen) Grundbedürfnisses, das alle verstehen können.

Was noch? SUVs bieten mehr Platz, die hohe Sitzposition birgt gesundheitliche Vorteile und ist bequemer für ältere Menschen. Auch diese Begründungen taugen nichts, da sich mit ihr unter entsprechenden Umständen so gut wie alles, zum Beispiel auch Massenerschießungen an Europas Grenzen, legitimieren ließen, solange man das eigene Gefährdungspotenzial einfach ausblendet. Und mehr Platz boten bisher Kombis und Minivans. Die Erklärung, weshalb das plötzlich nicht mehr ausreichen sollte, bleiben die SUV-Apologeten schuldig. Doch auch hier ist klar zu sehen, worum es eigentlich geht: Wieder werden Dinge genannt, die einen breiten gesellschaftlichen Konsens geradezu einfordern und ausgerechnet an moralische Binsenweisheiten anknüpfen à la „Kümmere dich um deine Gesundheit“ und „Sei nett zu alten Menschen“. Solcherlei Begründerei soll außerdem dazu führen, dass, wer SUVs kritisiert, etwas kritisiert, was gesundheitliche Vorteile birgt und bequemer für ältere Menschen ist – ein cleverer rhetorischer Kniff, gleichbedeutend mit der Denunziation von Kritik als menschen- oder fortschrittsfeindlich, die innerhalb reaktionärer Kreise eine lange Tradition hat.

Einer der witzigeren Gründe ist der Auftritt des SUVs als Geländewagen.[3] Allradantrieb und überhaupt braucht man nur eben in der Stadt (und wenn wir ehrlich sind, in Deutschland) ungefähr so sehr wie man, um ein Papier zu zerschneiden, einen Laserstrahlschneider statt einer Schere einsetzen würde.

Manche geben aber auch an, einen SUV anzuschaffen, weil mit den wachsenden Zahlen von SUVs auf den Straßen ebendiese für all diejenigen gefährlicher werden, die keine Riesenkarre fahren. Das nun ist interessant: Diese Menschen haben verstanden, dass das Problem ein strukturelles ist, und lösen es auf individueller Ebene, wodurch sie es gleichzeitig auf der strukturellen Ebene größer machen und damit weitere Menschen dazu anregen, es individuell zu lösen. Zu solch urkomischen Teufelskreisen infolge von Logikfehlern ist die SUV-Debatte jederzeit und gerne bereit; man könnte wirklich lachen, wenn es auch nur im Geringsten lustig wäre.

Anschließend daran entwickelt sich tatsächlich - je mehr SUVs unterwegs sind - aus Angst eine wirre Form von Gruppenzwang, wodurch das Ganze zum Selbstläufer zu werden droht. Und je weiter wir auf dieser linearen Todesrennbahn fortschreiten, desto mehr wird es zu Forderungen kommen, dass der Rest der Welt sich den SUVs anzupassen habe, anstatt wie zuvor dann doch im gesunden



Menschenverstand festgeschrieben: Die SUVs sich der Welt. So geschehen bereits mehrmals durch den Autolobbyclub ADAC, der in vorauseilendem Gehorsam beispielsweise zur manuellen Verbreiterung von Straßen aufrief, damit SUVs keine Platzprobleme haben. Fehlendes Problembewusstsein kann man diesen Leuten also immerhin nicht vorwerfen, doch hier zeigt sich, dass nicht nur im ideologischen Bereich mehr und mehr sagbar wird, was eigentlich unsagbar sein muss.

" 'Wir müssen uns Gedanken machen über unsere Parkplätze und Straßen', sagt der Leiter des CAR-Instituts Ferdinand Dudenhöffer. Er hält zwei Lösungen für denkbar: Entweder die automatische Einparkfunktion setzt sich schneller durch, so dass der Fahrer aussteigen und das Auto selbstständig auch in engste Lücken fahren kann. Oder die Parkhausbetreiber müssen über Parkplätze in verschiedenen Breiten nachdenken. 'Wer mehr Platz braucht, muss dann aber auch mehr zahlen', sagt der Experte. Ein Vorschlag, der bei SUV-Besitzern nicht gut ankommen dürfte." (WELT, 19.04.2018)

Es gibt natürlich auch eine Gruppe von Menschen, die SUVs ausschließlich als Status-Symbol anschaffen und diese Dynamik bewusst affirmieren. Da diese allerdings weder von Natur noch Kultur aus auch nur einen Deut Problembewusstsein verinnerlicht haben werden, denke ich, dass es, wenn auch sicher nicht uninteressant, zumindest nicht pragmatisch ist, ihre Motive zu analysieren.

Über Massenproduktion, irrwitziges Marketing und eine dahinterstehende Einheitsfront von Autolobby und deutscher Politik hinaus ist also zu sehen, dass das ideologische Gebilde des Sicherheitsfanatismus stets fruchtet: Bietet ein Produkt Sicherheit (was auch immer das heißt), ist alles andere egal, vor allem moralische Erwägungen; das kennen wir bereits unter anderem aus der Sparte Überwachung.

Es geht aber auch ums Mitmachen, ums kollektive Verwirklichen der



selbsterfüllenden Prophezeihung: der SUV hat, wenn alle daran mitarbeiten, durchaus die Chance, zum Volksauto zu werden; nicht umsonst liegt der lupenreine Volkswagen-Konzern weit vorne in den Rankings.

Wir haben außerdem gesehen, dass das Anbieten von SUVs vor allem mit dem deutsch-bürgerlichen Zeitgeist korrespondiert, wobei das Riesenauto sicherlich auch alle möglichen Defizite in der Persönlichkeitsstruktur auszugleichen hat. In einer Welt, in der Menschen zunehmend zur Entmenschlichung und Selbstausbeutung gedrängt oder auch nur genötigt werden, ist es nur folgerichtig, dass die Autos, die solcherlei kompensieren sollen, größer, stärker und breiter werden. Immerzu.

Dass dieser Aspekt der Autoindustrie mehr als bewusst ist, zeigt sich in der Wahl des Namens der SUV-Reihe der Firma BMW, die mit dem X5 ins SUV-Geschäft eingestiegen war und mittlerweile Fahrzeuge zwischen X1 und X7 anbietet, wobei eine höhere Zahl höhere Werte in Bezug auf Größe, Verbrauch, Preis und Umweltschädlichkeit bedeuten. BMW hätte auch bei X9 beginnen und abwärts zählen können. Sie konnten aber natürlich darauf bauen, dass im Kapitalismus beim Wachstum immer Luft nach oben ist. Und zwar unendlich viel.

Der Autor lässt seiner (vernunftbasierten) Verachtung für Autofahrer und das Leben im Kapitalismus regelmäßig auf diesem Blog freien Lauf : https://grillmoebel.github.io

Fußnoten:

[1] SUVs – die Abkürzung steht entlarvenderweise für Sport Utility Vehicle – sind Geländelimousinen, also sehr große und breite Autos, die wie Geländewagen aussehen und deren Fahrkomfort dem einer Limousine ähnelt. Sie zeichnen sich aus durch eine erhöhte Sitzposition und ein ebensolches Unfallrisiko sowie durch einen höheren Kraftstoffverbrauch im Vergleich zu sämtlichen anderen PKWs, was auch mit einer deutlich ungünstigeren CO2-Bilanz einhergeht. Viele tanken übrigens Diesel und einer der größten Hersteller ist ... na? ... der Volkswagen-Konzern. Wegen aller dieser Verlockungen sind SUVs seit einigen Jahren in Deutschland sehr beliebt (vgl. auch Zitat auf dieser Seite).

[2] Die folgenden Gründe für den SUV-Kauf sind zum Teil aus eigenen Erhebungen und zum Teil aus der Reklame gewonnen. Meine Sorge, wichtige „Argumente" dabei zu übersehen, hält sich in Grenzen.

[3] Obwohl nur ein Teil der Modelle tatsächlich geländetauglich ist. Es geht eben doch mehr um Schein als Sein.

grünes blatt

Umfrage 2019

Danke, dass du dir die Zeit für unsere Umfrage nimmst. Wir interessieren uns für die Meinungen und Vorschläge unserer Leser*innen zum grünen blatt. Damit das Feedback-Geben einfach ist, haben wir ein paar Fragen für dich vorbereitet. Zuerst geht es darum, wie du das grüne blatt liest, dann was du am grünen blatt gut und schlecht findest und zuletzt um das Thema Mitmachen. Außerdem kannst du uns am Ende einen freien Text schreiben. Die Umfrage dauert ca. 15 Minuten.

Du kannst sie entweder hier auf Papier ausfüllen und uns zuschicken (an Redaktion grünes blatt, Postfach 32 01 19, D-39040 Magdeburg) oder online beantworten unter https://form.jotformeu.com/91403437186356

Wie liest du das grüne blatt?

Seit wann liest du das grüne blatt?

Bitte das Jahr angeben, z.B. 1995. ____________

Wie hast du vom grünen blatt erfahren?

☐ lag auf einer Veranstaltung aus (z.B. auf einem Camp)
☐ liegt (oder lag) immer an einem Ort aus (z.B. Weltladen)
☐ bei Freund*innen/Bekannten gesehen
☐ Anzeige in einer anderen Zeitschrift
☐ in einem Onlineshop gesehen
☐ online (außer Onlineshop)
☐ weiß nicht mehr
☐ sonstiges: ____________________

Wie oft liest du das grüne blatt?

○ jede Ausgabe
○ häufiger als jede zweite Ausgabe
○ ungefähr jede zweite Ausgabe
○ seltener als jede zweite Ausgabe
○ bisher nur eine Ausgabe
○ nie
○ weiß nicht

Woher bekommst du meistens das grüne blatt?

○ Es liegt irgendwo aus.
○ Ich habe es abonniert.
○ Ich kaufe es in einem Online-Shop.
○ Ich lese es digital auf der grünes-blatt-Website.
○ sonstiges: ____________________

Wenn du das grüne blatt digital liest, auf welche Weise liest du dann die Artikel?

○ Ich lese die Artikel direkt auf der Website.
○ Ich lese die Artikel als PDF, bevorzugt die Druck-PDF.
○ Ich lese die Artikel als PDF, bevorzugt die Web-PDF.
○ Ich lese das grüne blatt nicht digital.
○ weiß nicht

Wenn du eine Ausgabe liest, wieviel Prozent davon liest du?

0% ○ ○ ○ ○ ○ 100%

Feedback

Wie findest du folgende Aspekte des grünen blatts?

	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht
die behandelten Themen	○	○	○	○	○
die Qualität der Artikel	○	○	○	○	○
das Design des Hefts	○	○	○	○	○
das Design der Website	○	○	○	○	○

Zu welchen Themen liest du gerne Texte im grünen blatt? (Mehrfachnennungen möglich)

☐ Ökologie allgemein
☐ Energie
☐ Verkehr
☐ Klima
☐ Tierrechte/Tierbefreiung
☐ Repression/Knast
☐ Antimilitarismus/Frieden
☐ Kapitalismuskritik
☐ Rassismus
☐ Gender/Feminismus
☐ Utopien
☐ Kurzgeschichten
☐ Lyrik
☐ Aktionsberichte
☐ Ankündigungen von Camps, Aktionen und Veranstaltungen
☐ Artikel über die Entwicklung des grünen blatts
☐ Rezensionen
☐ die Termine-Seite
☐ sonstiges: ____________________

Wie findest du folgende Aspekte des grünen blatts?

	zu viel	genau richtig	zu wenig	weiß nicht
Dicke eines Hefts	○	○	○	○
Erscheinungshäufigkeit (derzeit 1–2 Ausgaben pro Jahr)	○	○	○	○
Abopreis (15€ für 4 Ausgaben)	○	○	○	○
Ladenpreis (3,80€ für 1 Ausgabe)	○	○	○	○

✂ hier abschneiden

Was sollte das grüne blatt besser machen?

Was sollte das grüne blatt beibehalten?

Mitmachen und Sonstiges

Würdest du gerne beim grünen blatt mitmachen?

☐ nein
☐ ja, in der Kerngruppe (Projekt als Ganzes betreuen, Konzept weiterentwickeln)
☐ ja, Artikel schreiben
☐ ja, Korrekturlesen
☐ ja, Layouten
☐ ja, Illustrationen/Titelbilder entwerfen
☐ ja, das grüne blatt verteilen
☐ ja, Finanzierung organisieren
☐ sonstiges: ____________________

Wenn ja, was hindert dich daran?

☐ Gar nichts! Ich melde mich gleich bei euch via mail@gruenes-blatt.de oder Telefon 03431/5894169.
☐ Ich weiß nicht, wie ich Kontakt aufnehmen kann.
☐ Ich habe nicht genug Zeit/Kapazitäten.
☐ Ich komme mit der Website nicht klar.
☐ sonstiges: ____________________

Sonstiges, das du uns mitteilen möchtest:

Danke für dein Feedback! Du kannst diese Seite nun heraustrennen und an die Redaktion schicken.

Redaktion grünes blatt
Postfach 32 01 19
D-39040 Magdeburg

hier abschneiden

Der Termin

Ich habe schon viele Menschen in meinem Leben geweckt. So habe ich im zarten Alter von 5 Jahren meine Mutter zu Muttertag aus dem Schlaf gerissen damit ich ihr mitteilen kann, dass ich sie ausschlafen lasse, habe meine Nachbarn morgens um halb drei geweckt, was mir leider zwei Jahre auf Bewährung eingebracht hat und wodurch ich gelernt habe, dass man sich beim Einbrechen nicht am Schluss verabschiedet, und einmal habe ich sogar meinen Lieblings-Wecker geweckt, aber Konstantin hat eh einen leichten Schlaf.

Umgekehrt will ich manchmal unbedingt zu ganz bestimmten Zeiten ganz bestimmte Dinge tun. Und einmal hatte ich meiner Mutter auch versprochen, eine ganz bestimmte Zeit einzuhalten – bei allem was mir heilig ist. Und das war nicht allzu viel. Damit fingen dann aber auch alle meine Probleme an. Ich wollte ausnahmsweise einmal diesen Termin einhalten. Natürlich hätte ich einfach einen telefonischen Weckservice nutzen können, um den Termin nicht zu verschlafen, aber nachdem ich schon von anderen gehört hatte, dass dies manchmal daneben ging, entschied ich mich dagegen. Auch die Möglichkeit einer persönlichen Weckkraft auf Ein-Euro-Basis war mir nicht verschlossen. Aber nachdem ich sie bezahlt hatte, teilte sie mir mit, dass sie erst geweckt werden wollte, wenn sie mit ihrer Arbeit beginnen sollte, und das daraus resultierende Paradox brachte mir nur Kopfschmerzen. Erst im Nachhinein kam mir die Idee einfach zwei Ein-Euro-Jobber zu engagieren damit sie sich gegenseitig wecken, aber eine so genial einfache Idee kommt mir nie zum richtigen Zeitpunkt.

So entschied ich mich für den Klassiker. Ich klaute mir einen Wecker. Mit Batterien. Erst als ich ihn scharf gemacht hatte fiel mir ein, dass vielleicht die Batterien leer laufen können und ich dann verschlafen würde. Deshalb ging ich auf Nummer sicher und organisierte mir noch einen Radiowecker, und stellte ihn auf die selbe Zeit wie meinen batteriebetriebenen Wecker. Meinem Nachbarn würde es gut tun auch mal auszuschlafen, er musste als Bahnfahrer immer furchtbar früh raus. Erst dann fiel mit ein, dass wir letztes Jahr auch einmal Stromausfall hatten und es daher möglich war, dass auch dieser Wecker mir meinen Schlaf leider nicht beenden würde. Fünf Minuten später hatte ich dann noch einen mechanischen Wecker gefunden. Das örtliche Museum hatte noch einen übrig, sonst hätten sie ihn nicht achtlos in eine der Vitrinen gelegt.

So richtig sicher fühlte ich mich noch immer nicht. Da kam ich auf die Idee, mir selbst einen todsicheren Wecker zu konstruieren. Ich besorgte mir aus der Kirche eine Mehrstundenkerze, stellte sie in eine Wanne voller Benzin und zündete sie an. Sobald sie etwas heruntergebrannt wäre, würde sie das Benzin entzünden und damit eine Stichflamme erzeugen, welche wiederum die Sprinklerlöschanlage in meiner Wohnung anwerfen müsste. Das viele Wasser würde dann das brennende Benzin gleichmäßig in der Wohnung verteilen und damit die Gardinen, welche mein Zimmer vor dem Sonnenlicht schützten, komplett abfackeln.

An diese hatte ich vorher wiederum große Glocken gehängt; die dann lautstark herabfallen würden. Diese sollten dann von Eimern abgefangen werden, die durch das zusätzliche Gewicht im Benzin-Wasser-Gemisch untergehen müssten. Dadurch würde der Wasserstand steigen und dem Feuer die Chance geben die etwas höher liegenden Dynamitstangen an der Wand zu entfachen. Diese sollten dann die Rückwand meiner Wohnung komplett pulverisieren.

Dadurch wiederrum würde frischer Wind in die Wohnung gelangen, die von mir aufgestellten feuerfesten Segel aktivieren und über einen superkomplexen Flaschenzug mein Bett umwerfen. Und an mein Bett hatte ich einen Ballon mit einer Pfeife befestigt, der durch das Gewicht des Bettes zusammengedrückt werden und damit laut fiepen würde. Das fiepen von Ballons war mir so unangenehm, das ich auf jeden Fall davon wach werden würde.

Stolz über meine Konstruktion schaltete ich das Licht aus, legte mich zu Bett und blies, damit es dunkel wird, die Kerze aus. Natürlich hatten wir in dieser Nacht auch einen Stromausfall und auch die Batterien liefen pünktlich – wenige Minuten vor der Weckzeit – leer. Nur der mechanische Wecker tat seinen Dienst. Ich hätte ihn nur noch stellen müssen, damit er mich weckt. Ich bin dann trotzdem noch pünktlich erwacht. Genau um die Zeit, zu der ich geweckt werden wollte, rief zufällig mein Ein-Euro-Jobber an und fragte nach, wann er denn jetzt geweckt werden würde.

So habe ich also doch nicht verschlafen. Und konnte das Versprechen meiner Mutter gegenüber erfüllen. Was ich ihr versprochen hatte? Ach nichts weiter, nur dass ich einmal im Leben pünktlich im Bett sein werde.

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*

Camps, Termine & Veranstaltungen

8.-16. Juli in Büchel:
Internationales Aktionscamp gegen Atomwaffen
https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com

9.–15. Juli bei Nantes, Frankreich:
Transborder Summer Camp near ZAD

10.–14. Juli in Harzgerode:
MOVE Utopia
https://move-utopia.de

12.–14. Juli in Hannover:
Aktionskonferenz gegen Tierproduktion
https://aktionskonferenz-tierproduktion.de

17.–27. Juli bei Poznan, Polen:
Second Climate Camp
https://obozdlaklimatu.org/about

24.–28. Juli in Lärz:
AJUCA (Alternatives Jugendcamp)
http://ajuca.de

26. Juli – 4. August am Hambacher Forst:
Camp for [future]
https://www.campforfuture.de

31. Juli – 5. August in Zuid-Holland (NL):
No Border Camp
https://no-border.nl/2019/01

im August in Verden:
Permakultur-Workcamp
genauer Termin auf http://allmende.bplaced.net

1. August weltweit:
Final Pre-Earth-Strike Protest
https://www.earth-strike.com

3.–12. August bei Leipzig:
Klimacamp Leipziger Land
https://www.klimacamp-leipzigerland.de

6.–10. August in Wolfenbüttel:
Sommerakademie „Atomares Erbe“
https://www.atommuellreport.de/projekte-termine/sommerakademie.html

8.–11. August im Rheinland
Sommer, Sonne, Antifa! Kultur- & Politik-Festival
https://sommersonneantifa.blackblogs.org

8.–16. August bei Berlin:
Ecotopia
pre-registration:
WelcomeHome2Ecotopia@posteo.net

9.–10. August in Ventschau:
e-Ventschau - 7. Benefiz-Open Air für die Kinder von Tschernobyl und Fukushima
https://e-ventschau.de

12.–18. August in Döbeln:
Internationales Anti-Atom-Sommercamp
http://camp2019.nuclearheritage.net

22.–25. August bei Basel (CH):
FemWo [Feministisches Wochenende]
https://www.femwo.ch

22.–25. August bei Wittstock:
Fre!lauf – DIY BIKE CAMP
http://mitradgelegenheit.org/freilauf/

Summer 2019 in Biarritz, Frankreich:
Widerstand gegen G7
https://enoughisenough14.org/2018/08/26/call-out-no-g7-in-biarritz-2019

1.–9. September in Unterlüß:
War Starts Here Camp
https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

7.–8. September in Warschau (PL):
4th Warsaw Independent Bookfair
https://warsawbookfair.noblogs.org

19.–25. September in Brunsbüttel:
FreeTheSoil Agriculture & Climate Justice Camp
https://freethesoil.org

27. September weltweit:
Earth Strike
https://www.earth-strike.com

ISSN 1612-2186



Details ähneln sich die Be-
im Großteil der in den
ahren abzuschaltenden
erke handelt es sich um
mehr rentable Steinkohle-
n den kommenden Jahren
hehin abgeschafft worden,
nnen die Konzerne für die-
Stilllegungsprämien ver-
sie sonst nicht erhalten
esonderen Clou gibt es für
des umstrittenen, nach
ßen bei der Genehmigung
technischer Probleme nie
e-

s rechtswidrig auf erdbe-
tem Grund errichtet wor-
nach nur rund 30 Monaten
Netz genommen werden
m RWE mehr als 30 Jahre
eb als Reststrommenge
en und konnte sie auf an-
ertragen.

wurde damals wie heute
lanungssicherheit für die
klusive Bestandsschutz für
sten Anlagen. Und das in
inde gesagt – herausfor-
rktumfeld: angesichts ei-
ukushima schockierten Öf-
2011 und angesichts einer
Energiewende, der Aus-
ung um den Hambacher
rachend verfehlter Klima-

Energiepolitik mit Zeitzünder

le Erkenntnis des sog.
egs" ist, dass derlei Politik

vor allem die Reaktion auf aktuelle Kräfteverhältnisse ist und Konzerne und Regierung versuchen, die Zeit für sich spielen zu lassen. Nach Fukushima 2011 war die Liste der sofort abzuschaltenden Schrottreaktoren schnell zusammengestellt. Für die Übrigen wurde das Ende der Stromproduktion vage für zehn Jahre später benannt. Erst als angesichts der massiven Proteste klar wurde, dass dieser Plan wegen seiner unsicheren Aussichten nicht durchsetzbar war, entschied sich die Regierung Merkel für Zwischenschritte: Vier, sechs und acht Jahre nach dem GAU sollte jeweils ein Reaktorblock abgeschaltet werden (Ende 2019 Philippsburg 2). Die übrigen Kraftwerke sollten dann alle zehn bzw. elf Jahre später stillgelegt werden.

BEI DER NÄCHSTEN ERDE
MACHEN WIR ALLES BESSER

EHRLICH!

Politisches Schnippelbilderbuch

Ähnliches findet sich im sog. Kohleausstieg. Nach einer initialen Stilllegung von größtenteils unrentablen Steinkohlekraftwerken, die öffentlichkeitswirksam inszeniert wird, soll ähnlich wie bei den Entwürfen zum Atomausstieg bis Anfang des übernächsten Jahrzehnts erst einmal nicht mehr passieren als das, was marktwirtschaftlich geboten erscheint: „Die aktuell vorliegenden Studien gehen davon aus, dass bis 2030 die Emissionen der Energiewirtschaft auch ohne zusätzliche Maßnahmen signifikant sinken werden." (S. 17 des Abschlussberichts). Die Zielmarke „Ausstieg" wird dann auf das Jahr 2038 verlegt.

Aber werden sich Politiker*innen in 3,5 Legislaturperioden noch an Beschlüsse aus dem vorletzten Jahrzehnt gebunden fühlen? Ist das nicht ebenso zweifelhaft wie das Versprechen, dass gut zweieinhalb Legislaturperioden nach dem verkündeten Atomausstieg 2022 die verbliebenen Reaktoren tatsächlich vom Netz gehen? Obwohl Bayern den Netzausbau behindert, wo es geht? Obwohl die CDU den Ausbau der Windenergie erfolgreich torpediert? Und obwohl die aktuelle Umweltministerin vernehmbar warnt, dass nirgendwo sonst in der Welt Kohle- und Atomausstieg gleichzeitig stattfinden sollen, während in den Zeitungen die neuesten AKW-Technologien als Klimaretter vorgestellt werden? Doch, ist es. Zweifel an Ausstiegsversprechen sind höchst angebracht, meinen wir, und halten es für keineswegs unwahrscheinlich, dass man sich je nach Opportunität zum gegebenen Zeitpunkt „Laufzeitverlängerungen" überlegt, wie 2010, als die schwarzgelbe Merkel-Regierung kurzerhand den rot-grünen „Atomkonsens" vom Tisch wischte.

Wach bleiben!

Wachsamkeit und ungebrochener Widerstandsgeist wären somit mehr als angebracht. Doch fatalerweise werden mit Ausstiegsversprechen ganz unabhängig von ihrer Glaubwürdigkeit selbst radikale Umweltbewegungen befriedet. Mit der Verkündung des sog. „Atomausstiegs" schwand die Mobilisierungsfähigkeit der ehemals beeindruckenden Anti-Atom-Bewegung. Heute werden Personen, die aus denselben guten Gründen aufstehen, die vor zehn Jahren noch Tausende auf die Straßen und in die Wälder brachten, für ihre Aktionen bestenfalls belächelt.

Es wird kluges Agieren brauchen, um die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung beim Thema Kohle vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Gelingt dies nicht, könnte der Kohlekompromiss nicht nur keine Verbesserung, sondern in seiner Eigenschaft als Schlafmittel für die kritische Öffent-

lichkeit sogar
schlechterung
für das Klima be

Um aktionsfähi
uns angezeigt,
Dörfern zu u
Weiterbetrieb
werke betroffen
lässt sich wohl
dass ein Kohlea
und in den Initi
Verbündete fin
Aktionsfeld we
das Thema Kli
Zeit als abgeha

Energiepolitik

Für eine Gesel
lagen nicht m

Anti-

Kontakt: new
Deadline: 6.
Internet: htt

Aus dem Nucl
Infotool für A
Namen „Nuke
acht Sprachen
slowenisch un
wird.

Die NukeNew
aus dem Netz
und übersetzt

Ihr könnt die
Eure Unterstü
sehr willkomn
verfasst sein.
per Link auf

Eure Beiträge
bis zum 06.0

